

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 2019-2020**

NWO-Sonderheft Nr. 32



Die Neue Weltordnung der USA von 2019-2020

NWO-Sonderheft Nr. 32

NWO-Moloch USA vom 01.01.2019-31.12.2020

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2019-2020	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2019-2020

Ich kann nicht sagen, wann ich Politiker wurde, weil ich nie einer war.
John Adams (1735-1826, nordamerikanischer Politiker, von 1797-1801 2. US-Präsident)

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 18. Februar 2019 (x1.166/...):

>>München. Stehende Ovationen für Merkel. Für was denn? Von wem denn?

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Meine beiden Sonntagszeitungen hatten gestern den identischen Aufmacher: "Merkel rechnet mit Trump ab". Das ist populär und es ist berechtigt. Aber Merkel hat es bei entscheidenden Sachfragen gar nicht getan. Sie blieb voll auf NATO-Linie und mit wenigen Ausnahmen auch auf US-Linie. Merkel wurde in München gefeiert. Wenn man sich ihre Rede anschaut, dann muß man sich fragen, warum darauf so begeistert reagiert wird. Die Erklärung ist relativ einfach: in München waren jene versammelt, die wie Merkel und von der Leyen auf Militär und NATO setzen. Deren Vorlieben ist Merkel gerecht geworden.

Darüber hinaus erreichte sie ein paar fortschrittlich denkende Kreise mit Bemerkungen zur Entwicklungspolitik und zur multilateralen Zusammenarbeit. Aber das waren nicht die Kernbotschaften. Das überwältigende Echo in den deutschen Medien ist in der Summe eher ein Armutszeugnis für diese Medien als ein Beleg für die Großartigkeit dieser Rede der deutschen Bundeskanzlerin. ...

Beim Thema "Multilateralismus" fällt der deutschen Bundeskanzlerin die NATO ein. Sie behauptet, wir lebten in stürmischen Zeiten und bräuchten die NATO als Stabilitätsanker. Meint Merkel mit "stürmischen Zeiten" die Attacken von Trump und seinem Umfeld auf die NATO und die angebliche Infragestellung der NATO? Das würde zu diesem hochgespielten Thema passen. Die USA und selbst ihr Präsident haben die NATO nie in Frage gestellt. Das ist ein künstlich hochgezogenes Thema. Wenn man mehr Geld für Militär will, wenn man mehr Gefügigkeit der Alliierten will, dann tut man halt mal so, als würde man die NATO in Frage stellen. Dann jammern sie alle und sind bereit zu zahlen.

Merkel stilisiert die NATO zur Wertegemeinschaft, wie üblich. Das ist eine ideologische Überhöhung, die mit der Realität dieses Militärbündnisses und seiner Taten nur wenig gemein hat.

Interessant bis läppisch ist der Beleg für die "große Attraktivität", über die die NATO angeblich verfüge: Weil der ursprünglich Mazedonien genannte Teilstaat des ehemaligen Jugoslawiens in die NATO wollte, war seine Führung bereit, sich um des Friedens mit Griechenland willen in Nordmazedonien umbenennen zu lassen. Wenn man weiß, wie die einzelnen Völker Ost- und Südosteuropas in die NATO gelockt worden sind, dann kann man über solche Bemerkungen wirklich nur schallend lachen.

Unter der Überschrift "Verhältnis zu Rußland" erzählt Angela Merkel eine tolle Geschichte über die Zeit nach dem Mauerfall: danach ist Rußland der einzige Erbe des früheren "Antagonisten" im Kalten Krieg. Wieso eigentlich? Gehörten Polen und Tschechien und Rumänien die anderen Ostblockstaaten nicht auch zum Warschauer Pakt?

Dann berichtet Merkel davon, nach dem Mauerfall hätte es die Hoffnung gegeben, daß wir zu einem besseren Miteinander kommen könnten. Sie beruft sich dabei auf Gespräche zwischen Hillary Clinton und Lawrow im Jahre 2011 und tut dann so, als sei die neue Konfrontation eine Folge dessen, was "in den letzten Jahren passiert ist", gemeint ist die Ukraine-Krise und die Übernahme der Krim durch Rußland im Jahre 2014. - Das ist die übliche Verkürzung einer Erzählung. Was nicht in den Kram paßt, wird weggelassen, so zum Beispiel die Ausdehnung der NATO schon in den neunziger Jahren und danach weiter.

Merkel schlappert den Jugoslawien-Krieg. Sie macht vergessen, daß Rußlands Präsident noch 2001 im Deutschen Bundestag die große Zusammenarbeit angeboten hat und daß er schon im Jahr 2007 (auch) in München signalisierte, wie enttäuscht Rußland ist, weil der Westen die ausgestreckte Hand nicht ergriffen hat. (Siehe dazu meinen Beitrag vom 8. Februar 2019: "In 30 Jahren die Außen- und Sicherheitspolitik von den Beinen auf den Kopf gestellt")

Unter der Überschrift "Internationale Rüstungskontrolle" kommt Merkel auf die Kündigung des INF-Vertrages zu sprechen. Auch hier macht sie sich die US-Version zu eigen: "Nach jahrelangen Verletzungen durch Rußland dieser Vertragsbedingungen ist diese Kündigung unabwendbar gewesen." Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Harald Kujat hat in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am vergangenen Samstag beschrieben, wie leichtfertig Deutschland mit dem INF-Vertrag umgegangen ist.

Es hat, obwohl von Merkel angekündigt, die angeblichen Verletzungen nicht geprüft und nicht zum Thema von Verhandlungen gemacht. Er verweist weiter darauf, daß der Westen die Möglichkeiten des NATO-Rußland-Rates nicht genutzt und sogar hat einschlafen lassen.

Unter der Überschrift Verteidigungsausgaben "eiert" die Bundeskanzlerin herum, verbunden mit der immanenten Zustimmung auch zur prozentualen Erhöhung der Militärausgaben. Sie hätte ja auch feststellen können, daß wir sinnvollerweise besser abrüsten. Das wäre mutig gewesen. - Die enthaltenen Bemerkungen zu Militärausgaben und Rezession sind unverständlich.

Merkel feiert die Präsenz der Bundeswehr in den baltischen Staaten und ihre Rolle als NATO-Speerspitze. Sie tut dies ohne jegliche Differenzierung und ohne jegliche Sensibilität für die Problematik der Präsenz deutscher Soldaten an der russischen Grenze.

Dann begrüßt sie die Tätigkeit Deutschlands auch außerhalb der NATO. Sie erinnert an den Einsatz in Mali und nennt die Beteiligung an Militäreinsätzen dieser Art einen "Riesenschritt" - auch wenn wir das "kulturell nicht eingeübt" hätten "wie zum Beispiel bei unseren französischen Freunden". Das ist eine kaum verdeckte Drohung, sich an den nach-kolonialen Kriegen der Franzosen und Briten beteiligen zu wollen.

Unter der Überschrift "Flucht und Migration" machte Merkel den Versuch, das Flüchtlings-thema und die Flüchtlingsursachen auf die Situation in Syrien, die sie einen Bürgerkrieg nennt, einzuengen. Das ist der typische westliche Versuch, von den Flüchtlingsursachen

"Kriege des Westens" in Libyen, im Irak, in Afghanistan und den Folgen der westlichen Wirtschafts- und Agrar-Politik in Afrika abzulenken.

Und in Bezug auf Syrien ist die Bundeskanzlerin natürlich auch nicht präsent bzw. will nicht wahrhaben, daß der dortige Konflikt ganz wesentlich vom Westen und Freunden des Westens in der arabischen Welt angedreht und genutzt worden ist.

Merkel verteidigt das Abkommen mit dem Iran, aber sie übernimmt ansonsten die üblichen Beschuldigungen des Iran. "Ich sehe den Iran im Jemen ... Und in Syrien" meint sie anklagend. Die anderen, die westlichen Kriegstreiber, sieht sie nicht.

Zu guter Letzt: die Klagen der USA über deutsche Autoexporte kontert die deutsche Bundeskanzlerin recht clever. Das ist aber auch so ziemlich das Einzige, was einem kritischen Menschen jenseits des verbalen Eintretens für den Multilateralismus an dieser Rede in München wirklich gefallen kann.

Hier nun die Rede der Bundeskanzlerin Merkel in München am 16. Februar 2019 (Originalwiedergabe einer Veröffentlichung der Bundeskanzlerin).

KANZLERIN BEI DER 55. MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

Merkel: "Nur wir alle zusammen"

"The Great Puzzle: Who Will Pick Up the Pieces?" - wer setzt die Teile des großen Puzzle zusammen - lautet das Leitmotiv der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz. Für die Kanzlerin ist die Antwort darauf klar: "Nur wir alle zusammen." Merkel warb in ihrer Rede für die Weiterentwicklung multilateraler Strukturen.

Auszüge aus der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Münchner Sicherheitskonferenz:

Multilateralismus

"Ja, wir brauchen die Nato als Stabilitätsanker in stürmischen Zeiten. Wir brauchen sie als Wertegemeinschaft, denn wir sollten nie vergessen, daß wir die Nato nicht nur als Militärbündnis gegründet haben, sondern als eine Wertegemeinschaft, in der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Richtschnur für das gemeinsame Handeln sind.

Daß diese Nato heute immer noch über eine große Attraktivität verfügt, haben wir in den letzten Monaten gesehen, als darum gerungen wurde, ob auch Nordmazedonien, wie wir es jetzt glücklicherweise alle gemeinsam nennen können, Mitglied der Nato werden kann."

Verhältnis zu Rußland

"Rußland war ja in Form der Sowjetunion sozusagen der Antagonist in Zeiten des Kalten Krieges. Wir hatten ja nach dem Mauerfall durchaus die Hoffnung - in der Zeit ist dann auch die Nato-Rußland-Grundakte entstanden -, daß wir zu einem besseren Miteinander kommen könnten.

Wenn ich mich jetzt noch einmal daran erinnere, daß im Jahr 2011 am Rande dieser Sicherheitskonferenz zwischen Hillary Clinton und Sergej Lawrow die Ratifikationsurkunden für den Abrüstungsvertrag "New START" ausgetauscht wurden, dann erscheint einem das heute, 2019, ziemlich lange her zu sein. Aber damals haben beide von einem Meilenstein in der strategischen Partnerschaft gesprochen. Ich sage das, um zu zeigen, was einerseits in den letzten Jahren passiert ist und daß es aber andererseits in ein paar Jahren wieder ganz anders aussehen kann, wenn sich Seiten auch miteinander auseinandersetzen."

Internationale Rüstungskontrolle

"Für uns, die Europäer, wenn ich das so sagen darf, war in diesem Jahr die wirklich schlechte Nachricht die Kündigung des INF-Vertrags. Nach nicht jahrzehnte-, aber jahrelangen Verletzungen der Vertragsbedingungen durch Rußland ist diese Kündigung unabwendbar gewesen.

Wir haben sie als Europäer alle mitgetragen. Trotzdem ist es - das sage ich unseren amerikanischen Kollegen - eine ganz interessante Konstellation:

Ein Vertrag, der im Grunde für Europa gefunden wurde, ein Abrüstungsvertrag, der unsere Sicherheit betrifft, wird von den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland in der Rechtsnachfolge der Sowjetunion gekündigt; und wir sitzen da und werden natürlich mit unseren elementaren Interessen auch alles versuchen, um weitere Abrüstungsschritte möglich zu machen. Denn die Antwort kann jetzt nicht in blindem Aufrüsten liegen."

Verteidigungsausgaben

"Deutschland steht nun in diesem Zusammenhang (mit der Höhe der Verteidigungsausgaben) in der Kritik. Wir haben unsere Verteidigungsausgaben aber von 1,18 Prozent im Jahr 2014 auf immerhin 1,35 Prozent erhöht. Wir wollen 2024 bei 1,5 Prozent liegen. Vielen reicht das nicht, aber für uns ist das ein essentieller Sprung.

Natürlich müssen wir auch fragen: Was tun wir denn mit dem Geld? Ich sage es einmal so: Wenn wir alle in eine Rezession verfallen und kein Wirtschaftswachstum haben, dann wird es mit den Verteidigungsausgaben leichter. Aber daß das dem Bündnis dient, glaube ich nicht. Deshalb ist es richtig, daß wir einerseits solche Richtgrößen haben, aber uns andererseits auch überlegen, was die Beiträge sind."

Internationaler Beitrag Deutschlands

"Deutschland leistet seine Beiträge. Wir sind jetzt seit 18 Jahren in Afghanistan und haben dort ungefähr 1.300 deutsche Soldatinnen und Soldaten. ... Wir sind in Litauen Rahmennation. Wir haben zum zweiten Mal die Führung der Nato-Speerspitze übernommen. Ich will jetzt nicht alles aufführen. Aber das alles sind Dinge, die gerade auch der Bündnisverteidigung sehr nutzen. Insofern sind wir auch bereit, unseren Beitrag zu leisten.

Wir sind inzwischen auch außerhalb der Nato aktiv, zum Beispiel in Mali. Das ist für Deutschland ein Riesenschritt, der kulturell nicht so wie zum Beispiel bei unseren französischen Freunden eingeübt ist."

Flucht und Migration

"Das Flüchtlingsthema ist von der Situation in Syrien getrieben worden. Das ist ja sozusagen ein Bürgerkrieg, der gleichzeitig noch mit terroristischen Herausforderungen aufgeladen worden ist. Damit stand für uns eine Sicherheitsaufgabe ganz anderer Natur an als die, die wir zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bündnisverteidigung sehen.

Europa stand nämlich vor der Frage: Sind wir auch bereit, in gewisser Weise bei einem humanitären, zivilisatorischen Drama Verantwortung mit zu übernehmen oder sind wir es nicht? Daß so viele Flüchtlinge nach Europa kamen, hatte damit zu tun, daß wir uns vorher eben nicht um die Situation der Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in der Türkei gekümmert haben. Dort waren bereits drei Millionen oder mehr angekommen.

Die Stabilität dieser Länder war wirklich gefährdet. Das hat die Flüchtlinge dazu gebracht, sich zum Schluß Schleppern und Schleusern anzuvertrauen und zu sagen: Wir suchen uns andere Wege."

Entwicklungspolitik

"Wir haben in der gleichen Zeit - in der Zeit, in der es die Beschlüsse von Wales gab; das Gehen in Richtung zwei Prozent innerhalb der Nato - in ebenso großem Umfang unsere Entwicklungskosten hochgefahren, weil wir der Überzeugung sind: Auch das ist eine Sicherheitsfrage. Wenn wir nicht endlich für die humanitäre Hilfe, für die Welthungerhilfe und für den UNHCR hinreichend Zahlungen vornehmen - dabei sind wir schon einer der größten Geber auf der Welt -, damit es den Menschen mit deren Hilfe besser geht, dann wird sich das Flüchtlingsdrama perpetuieren. "

Das iranische Atomprogramm

"Dann haben wir das Thema Iran, das uns im Augenblick spaltet. Wir müssen aufpassen, was diese Spaltung angeht, die mich sehr bedrückt. Ich habe mich in einer Rede in der Knesset dazu verpflichtet, daß das Existenzrecht Israels zur Staatsräson Deutschlands gehört. Und das

meine ich auch so, wie ich es gesagt habe. Ich sehe das ballistische Raketenprogramm, ich sehe den Iran im Jemen und ich sehe vor allen Dingen den Iran in Syrien.

Die einzige Frage, die in dieser Frage zwischen uns, den Vereinigten Staaten und den Europäern, steht, ist: Helfen wir unserer gemeinsamen Sache, unserem gemeinsamen Ziel, nämlich die schädlichen oder schwierigen Wirkungen des Iran einzudämmen, indem wir das einzige noch bestehende Abkommen kündigen, oder helfen wir der Sache mehr, indem wir den kleinen Anker, den wir haben, halten, um dadurch vielleicht auch auf anderen Gebieten Druck machen zu können? Das ist die taktische Frage, über die wir streiten. Aber die Ziele sind natürlich die gleichen."

Wirtschaftliche Beziehungen und Welthandel

"Ich unterstütze alle Bemühungen der Fairneß und des Handels. Ich spreche von Reziprozität. Darüber müssen wir reden. Wir sollten das im Sinne der Partnerschaft und der Tatsache tun, daß wir noch so viele andere Probleme auf der Welt zu lösen haben, weshalb es hilfreich wäre, wir könnten uns verständigen. Ich setze ja in die Verhandlungen, die jetzt im Handelsbereich mit den Vereinigten Staaten von Amerika geführt werden, große Hoffnungen.

Ich sage ganz offen: Wenn es uns mit der transatlantischen Partnerschaft ernst ist, dann ist es für mich als deutsche Bundeskanzlerin zumindest nicht ganz einfach, jetzt zu lesen, daß offensichtlich - ich habe es noch nicht schriftlich vor Augen gehabt - das amerikanische Handelsministerium sagt, europäische Autos seien eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika.

Schauen Sie: Wir sind stolz auf unsere Autos; und das dürfen wir ja auch sein. Diese Autos werden auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gebaut. In South Carolina ist das größte BMW-Werk - nicht in Bayern, in South Carolina. South Carolina liefert wiederum nach China. Wenn diese Autos, die ja dadurch, daß sie in South Carolina gebaut werden, doch nicht weniger bedrohlich werden als dadurch, daß sie in Bayern gebaut werden, plötzlich eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika sind, dann erschreckt uns das." <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 23. Februar 2019 (x1.000/...): >>>**Kommunismus - Ziehkind der Hochfinanz!**

... 10 Dinge, die die Weltgemeinschaft endlich einsehen sollte!

1. Sowohl Kommunisten als auch Nicht-Kommunisten sollten endlich begreifen, daß der Kommunismus ein Ziehkind der Hochfinanz ist. Der Kommunismus ging als reinste Erfindung aus der Hochfinanz hervor. Er ist nichts anderes als ihr strategisches Schlaginstrument, mit dem sie ihren Hauptgegner, den feudalen Mittelstand, zerschmettern. Gutgläubige Kommunisten, also der sklavische Bauernstand der Hochfinanz, verrichten unwissentlich deren Vernichtungskrieg.

So wie aufrichtige Christen schon immer unwissend irgendwelchen Macht- und habgierigen Kirchenfürsten dienten, so dienten aufrichtige Kommunisten schon immer dem reinen Staatskapitalismus bzw. irgendwelchen Staatskapitalisten! Sowohl gutgläubige Christen als auch gutgläubige Kommunisten wurden daher schon immer als ahnungslose Opfer und Täter in einem mißbraucht.

2. Sowohl Menschenrechtler als auch Nicht-Menschenrechtler sollten endlich begreifen, daß die am meisten hochgejubelten Menschenrechte einzig der strategischen Umerziehung der Menschheit und ihrer Versklavung unter das Diktat einer Hochfinanz-Elite dienen. Diese wollen im Namen der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit über den zuletzt allein verbleibenden wehrlosen Arbeiterstand herrschen.

Kommunisten! Laßt Euch nicht weiter von diesen Global-Strategen instrumentalisieren und gegen den Mittelstand und die Religion verhetzen. Verbindet euch statt dessen mit diesen gegen die wahren Angreifer und Menschenfeinde! Sagt nicht weiter mit Mordechai Levi: "Alles,

was dein ist, ist auch mein!" Sagt mit den wahren Religionen: "Alles, was mein ist, ist auch dein!"

3. Die Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, daß ihre gegenwärtige politische Zwangs-umerziehung haargenau den 5 wesentlichsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes entsprechen. Geschaffen aber wurde dieses Kommunistische Manifest von den Hohepriestern einer neuen Geld-Religion: Mordechai Marx Levi - alias Karl Marx - und Friedrich Engels. Diese Geld-Religion wird durch den Staatskapitalismus verkörpert.

Hier einmal zusammengefaßt die fünf zentralsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels:

- Aufhebung des Privateigentums einschließlich aller Produktionsmittel.
- Aufhebung der Familie; an die Stelle der elterlichen und häuslichen Erziehung soll die gesellschaftliche Erziehung treten.
- Aufhebung der Nationalitäten zu Gunsten des Internationalismus.
- Abschaffung von Religion und Moral.
- Abschaffung jeder Monarchie im Namen der Demokratie.

4. Die betrogene Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, daß der Schrei nach Demokratie von Anfang an das Haupt-Lockmittel des kommunistisch getarnten Staatskapitalismus war. Der Schrei nach Demokratie bildete schon den ideologischen Schlachtruf der Hochfinanz-Freimaurerei während ihrer französischen Revolution. Das gesamte kommunistische Konzept der Hochfinanz ist daher nichts als ein strategisches Programm zur Abschaffung aller altbewährten Gesellschaftsordnungen und Machtstrukturen.

5. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Privatisierung auf die Abschaffung jedes Privateigentums ab.

6. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Demokratie auf die Abschaffung aller nationalen Rechte ab.

7. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen des Familien- und Kinderschutzes auf die Abschaffung der Familie - und vielerlei mehr.

8. Zusammengefaßt trachtet ein Geheimbund, sprich eine seit über 100 Jahren hinterhältig wirkende luziferische Sekte, nach ihrer Eine-Welt-Regierung, ihrer Eine-Welt-Religion und -Moral - und dies dreister Weise im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

9. Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin die Vergesellschaftung ihres Besitzes, ihres Bodens, ihrer Güter und Produktionsmittel durch dieses trojanische System der Hochfinanz tolerieren, dann möge sie Letzteres weiterhin ungestraft bestehen lassen.

Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin diesen Globalstrategen dienen und deren innerstaatliche Erziehung weiterhin mit der Auflösung der traditionellen Familie und der Geschlechter bezahlen, dann möge sie weiterhin gegen schuldlose Parteien statt gegen die wahren Urheber der Spaltung streiten.

Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Auflösung ihrer eigenen Souveränität tolerieren, dann akzeptiere sie weiterhin ihre Landes- und Staatsverräter, sprich Hochfinanz-Verschwörer, samt ihren blindwütigen Vasallen. Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Zerstörung jedes Gottes-Glaubens und jeder Moral durch eine staatlich verordnete Religion, Moral und Ethik ersetzen, dann lasse sie sich weiterhin durch die hochkapitalistisch-kommunistischen Umstürzler ausplündern:

10. Kurzum: Will die Weltgemeinschaft zu guter Letzt jede Autarkie gegen eine Eine-Welt-Regierung einer kommunistisch getarnten Hochfinanz-Sekte eintauschen, dann lasse sie sich weiterhin von diesem alles versklavenden, heimtückischen und hinterhältigen Geheimbund endgültig jeder Freiheit und Selbstverwaltung berauben.<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 11. März 2019 (x1.158):

>>**Harmloser "Vermögensverwalter"?**

BlackRock als Finanzkrake und Organisator von Netzwerken

Werner Rügemer

Der häufigste und größte Aktionär in Unternehmen am Standort Deutschland ist der US-Finanzakteur BlackRock Inc. Das hatte sich während der Kanzlerschaft von Angela Merkel (CDU) still und konsequent angebahnt. Erst als sich der ehemalige CDU-Politiker Friedrich Merz, Vorstandsvorsitzender der BlackRock Deutschland AG, im November 2018 plötzlich um den CDU-Vorsitz bewarb, wurde in deutschen Medien gefragt: Wer und was ist BlackRock? Der Multimillionär Merz selbst, aber auch die deutschen Leitmedien, präsentierten BlackRock als freundlichen, eher passiven "Vermögensverwalter".

Tatsächlich ist BlackRock die größte Schattenbank der Welt, Lobbyist der Superreichen, Verkäufer krisenverursachender Finanzprodukte, größter Organisator von Briefkastenfirmen, Lobbyist für die Privatisierung von Renten und Mietwohnungen, Finanzier von politischen Einfluß-Netzwerken. Blackrock dereguliert Unternehmen, das Finanzsystem und die Politik der wichtigsten westlichen Staaten.

Die größte Schattenbank der Welt

BlackRock zählt zu den Schattenbanken, so die Einstufung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die westlichen Finanzaufsichtsbehörden.

Schattenbanken gelten nicht als Banken und unterliegen nicht den Bank- und Wettbewerbs-Regulierungen. Die Schattenbanken, zu denen Blackrock und einige Dutzend ähnliche Kapitalorganisatoren wie Vanguard, State Street, Capital Group, Wellington und T Rowe Price gehören, agieren in einer rechtlichen Grauzone.

BlackRock ist der größte Kapitalorganisator der westlichen Welt. Das eingesetzte Kapital von 6,4 Billionen US-Dollar beträgt das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts, das die größte europäische Volkswirtschaft, Deutschland, im Jahre 2017 erwirtschaftet hat. Während das deutsche BIP dahindümpelt und gegenwärtig schrumpft, expandiert BlackRock sehr schnell: Hier besteht ein ursächlicher Zusammenhang.

Die Erfindung eines neuen Finanzprodukts

BlackRock-Gründer Lawrence Fink entwickelte an der Wall Street das neue Finanzprodukt, das später weite Verbreitung fand und zur Finanzkrise 2008 führte: Immobilien- und andere langlaufende Kredite in größerer Zahl bündeln, zu einem Wertpapier machen und weiterverkaufen. Die spekulativen Hypothekenspanien wurden zu einem führenden Finanzprodukt.

Es wurde von zahlreichen Banken übernommen, von Wirtschaftsprüfern testiert, von der US-Finanzaufsicht abgenickt, von den US-Ratingagenturen bestens bewertet und auch von EU-Banken wie der Deutschen Bank und deutschen Landesbanken gierig aufgegriffen und weiterverkauft. Bis 2008 wuchs so das eingesetzte Kapital von BlackRock auf 1,3 Billionen Dollar.

Größter Organisator von "dark pools"

BlackRock ist ein aktiver Deregulator. BlackRock ist zwar Großaktionär aller großen regulierten Börsen wie in Frankfurt, London und New York. Gleichzeitig betreibt BlackRock "dark pools", dunkle, unregulierte Handelsplätze. Hier können Banken, Unternehmen, Versicherungen und sonstige Finanzakteure Aktien und sonstige Wertpapiere untereinander handeln. Die Teilnehmer dieser okkulten Parallelwelt bleiben anonym. Etwa 40 Prozent aller Aktiengeschäfte in den USA werden über dark pools abgewickelt.

Aufstieg mit der Finanzkrise

BlackRock hatte die Finanzkrise mitverursacht, wurde aber von der US-Regierung unter Präsident Barack Obama ab 2008 für die staatliche Rettung der Banken, auch diejenige des weltgrößten Versicherungskonzerns American International Group (AIG), beauftragt. AIG hatte die neuen "Wertpapiere" gegen Gebühr versichert, konnte dann aber nicht zahlen. Anstatt AIG

zahlte nun der US-Staat auch an europäische Banken wie die Deutsche Bank Milliarden an Entschädigung. BlackRock entschied über die Verteilung des Geldes und erhielt für die Abwicklung 180 Millionen Dollar Honorar.

Diese 180 Millionen waren peanuts. Denn BlackRock war mit dem Auftrag Top-Insider der westlichen Wirtschaft, bekam günstige Kredite und kaufte den Pleitebanken mit hohen Abschlägen Wertpapiere ab, die sie abgeben mußten. So war schon 2009 das eingesetzte Kapital auf 3,3 Billionen Dollar hochgeschwollen. Danach gingen die Aufkäufe von regulären Unternehmens-Aktien in den USA und weltweit weiter.

Gegenwärtig ist BlackRock über Aktienanteile weltweit Miteigentümer von knapp 18.000 Unternehmen. Dazu gehören 438 der 500 größten US-Konzerne, auch die Digitalgiganten Amazon, Google, Facebook, Apple und Microsoft, die meisten Banken der Wall Street und Westeuropas, die wichtigsten westlichen Rüstungs- und Chemiekonzerne wie Lockheed, BAE-Systems und Rheinmetall, Fluglinien wie Lufthansa und Ryan Air, die Konzerne der fossilen Energie wie RWE, Autokonzerne wie General Motors und Daimler, die größten privaten Gefängnisbetreiber, und in Deutschland buchstäblich alle DAX-Konzerne.

Agent einer superreichen Kundschaft

BlackRock arbeitet mit dem Kapital von Superreichen, Multimilliardären und Multimillionären. Die werden als High Net Worth Individuals (HNWI) und Ultra High Net Worth Individuals (UHNWI) bezeichnet. Unternehmer, Unternehmerclans, Topmanager, aber auch Unternehmensstiftungen, Pensionsfonds und Versicherungen gehören zur Kundschaft und erwarten hohe Gewinne.

Dafür agiert Blackrock auch als der weltweit größte Organisator der Steuervermeidung. Das ist nicht nur den Leitmedien, sondern auch den investigativen Journalisten der Süddeutschen Zeitung und des International Consortiums of Investigative Journalists (Luxemburg Leaks, Panama Papers, Paradise Papers) bisher nicht aufgefallen.

Wenn die HNWI- und UHNWI-Kunden ihre Millionen BlackRock anvertrauen und der Kapitalorganisator damit z.B. die 7,86 Prozent der E.ON-Aktien zusammenkauft und damit zum größten Eigentümer des "deutschen" Energiekonzerns wird, dann läßt BlackRock allein für diesen Zweck 152 BlackRock-Briefkastenfirmen gründen. Sie sind über ein Dutzend Finanzoasen verteilt: In Wilmington im winzigen US-Bundesstaat Delaware - dort hat Blackrock selbst seinen rechtlichen Sitz -, in Luxemburg, den Niederlanden, auf der britischen Insel Jersey, in Singapur usw.

Einfluß-Instrumentarium in den Unternehmen

BlackRock hält in der Regel zwischen drei und zehn Prozent der Aktien eines Unternehmens. Aber BlackRock bildet immer mit Vanguard, State Street, Capital Group usw. mit zusammen zwischen 30 bis 40 Prozent den weitaus größten Block.

Zur Vermeidung des Eindrucks, daß sie sich öffentlich abstimmen, beauftragen und bezahlen BlackRock & Co die Abstimmungsberater ISS Corporate Solutions und Glass Lewis.

BlackRock scheut die Öffentlichkeit in den Aktionärsversammlungen und bleibt dort unsichtbar. "Wir nehmen Einfluß im Hintergrund", verriet 2015 Deutschland-Chef Christian Staub der FAZ. "Wir sprechen nicht auf Hauptversammlungen oder stellen dort Anträge... Wir tauschen uns direkt mit Vorstand und Aufsichtsrat aus."

Geschäftsmodell: Aktien als Spekulations-Material

BlackRock wartet nicht, wie die Quandts bei BMW auf die jährliche Dividende. Für BlackRock sind Aktien die Basis für ganz andere Geschäfte. Dazu gehört das Verleihen im großen Stil gegen Gebühr an Banken und andere Kunden. Damit wurden etwa die Cum-Ex-Betrügereien ermöglicht.

Zudem wettet BlackRock als größter Unternehmens-Insider der westlichen Wirtschaft auf jede Bewegung seiner Aktien, sei es nach unten oder nach oben. Als größter Insider der westlichen

Wirtschaft kann BlackRock die Bewegung der Aktienwerte selbst verstärken, durch dosierte Käufe und Verkäufe.

An einem Stichtag im November 2018 wettete Blackrock mit einem Einsatz von 178 Millionen Euro auf den Abstieg der Aktien von 15 Unternehmen in Deutschland, an denen Blackrock Aktien hält: Software AG, Südzucker, K+S, Siltronic, GFT Technologies, Alstria, Gerry Weber, Deutsche Euroshop, ADVA, RIB Software AG, Zooplus, Jost Werke, Stratec Biomedical, SLM Solutions GRP, ElringKlinger.

Die größte Finanzdaten-Verarbeitungs-Anlage

Dazu betreibt die größte Schattenbank der Welt auch die größte Finanzdaten-Verarbeitungsanlage der westlichen Wirtschaft: Aladdin. Mit Aladdin werden im Nano-Sekundenbereich alle Aktienwerte in allen Börsen der Welt untereinander abgeglichen. Durch roboterisierte millionenfache Käufe und Verkäufe werden Millionengewinne generiert, selbst wenn die Aktienwerte sich nur zwei Stellen hinter dem Komma unterscheiden. Aladdin übernimmt auch Aufträge für andere Kapitalorganisatoren, Banken, Versicherungen und auch Zentralbanken.

Wie BlackRock die Finanzaufsicht umgehen kann

So kann BlackRock das bißchen Regulierung, das es gibt, unterlaufen. Die deutsche Finanzaufsicht Bafin verhängte 2015 gegen BlackRock eine Geldbuße von 3,25 Millionen Euro, die höchste Geldbuße, die die Bafin jemals verhängt hat. BlackRock hatte bei Käufen und Verkäufen eigener DAX-Konzern-Aktien die Meldepflichten nach § 21, 22 und 25 Wertpapierhandelsgesetz verletzt. Die Verletzungen hatten 2013 stattgefunden. Für dieses Jahr hatte die Bafin eine aufwendige stichprobenartige Prüfung durchgeführt.

Solche Verletzungen von Meldepflichten, wenn also die Konkurrenz zu spät von Aktienkäufen und -verkäufen erfährt, sind für BlackRock gewinnsteigernd. BlackRock zahlte die Geldbuße aus der Portokasse der deutschen Niederlassung. Die Bafin ist personell und technisch nicht in der Lage, die zahlreichen, meist roboterisierten Bewegungen von BlackRock-Aktien zu kontrollieren.

BlackRocks "Volksaktie" als private Rente

Mittlerweile haben BlackRock & Co auch etwas für das "Volk" entwickelt - das Volk soll für Notlagen vorsorgen: Aktien kaufen! Das populistische Finanzprodukt heißt ETF, Exchange Traded Fund, börsengehandelter Fonds. Eine besonders "volksnahe" Variante von ETF sind iShares. Sie sind eine Wette auf die Entwicklung von Aktien-Indizes wie den deutschen DAX und den US-Index S & P500. Solche Scheine sind schon ab tausend Euro zu kaufen.

Auch in Deutschland wirbt BlackRock: "Die gesetzliche Rente reicht nicht mehr aus." Sie müsse privat aufgestockt werden, z.B. durch ETF/iShares. Dazu präsentiert BlackRock auf seiner Website Fotos von weißhaarigen, braungebrannten Rentnern und Rentnerinnen, die sorglos an südlichen Gestaden im strahlend blauen Meer planschen.

Politisches Netzwerke

BlackRock bildet politische Einfluß-Netzwerke in allen wichtigen Staaten.

BlackRock erhielt von Obama den Auftrag für die Koordination der Bankenrettung. Der BlackRock-Chef Laurence ("Larry") Fink galt als möglicher Finanzminister der Präsidentschaftskandidatin Clinton. BlackRock holte sich Mitglieder der Obama-Regierung in das Management. Nach anfänglicher Kritik an Trump lobte Fink: "Trump ist gut für die US-Wirtschaft und auch für die globale Wirtschaft."

Das Political Action Committee (PAC) von BlackRock bespended in Washington Abgeordnete beider Parteien. Dabei geht man ganz opportunistisch vor: Unter Obama wurden vorrangig die Demokraten bespended, aktuell, mit Trump als US-Präsident, werden die Republikaner bevorzugt.

In Europa holte Fink als Einflußagenten etwa den Ex-Präsidenten der Schweizer Zentralbank, Philipp Hildebrand, in den internationalen Aufsichtsrat.

2016, gleichzeitig mit der Berufung von Merz zum Vorsitzenden des BlackRock Deutschland AG-Aufsichtsrats wurde Jean-Francois Cirelli zum Präsidenten von BlackRock Frankreich ernannt. Der Topmanager von Gaz de France war seit den Zeiten der Präsidentschaft von Jacques Chirac als Privatisierer der französischen Energiewirtschaft aktiv. Der britische Ex-Finanzminister der Tories, George Osborne, bekommt jährlich 750.000 Euro für einen Tag Lobbyarbeit pro Woche, u.a. für Steuersenkungen zugunsten von BlackRock-Finanzprodukten.

Für Vorstandsfunktionen in Deutschland greift BlackRock v.a. auf Führungspersonal regierungsnaher Unternehmen zurück. Christian Staub von Allianz/PIMCO wurde Deutschland-Vorstandschef von BlackRock, gleichzeitig verantwortlich für die Schweiz, Österreich und Osteuropa. Ihm folgte 2018 Dirk Schmitz von der Deutschen Bank. Ex-Deutsche Bank-Chef Jürgen Fitschen wurde 2018 Aufsichtsratschef des von BlackRock & Co beherrschten Wohnungskonzerns Vonovia.

Politisches Netzwerk: Europäische Kommission und EZB

Die Blackrock-Vertretung in Brüssel verzehnfachte seit 2011 bis 2018 ihre Lobby-Ausgaben von jährlich 150.000 Euro auf 1,5 Millionen Euro. Die Anti-Korruptions-Organisation Transparency International rechnete vor, daß sich EU-Finanzkommissar Jonathan Hill 2015/2016 mit Lobbyisten keines Finanzkonzerns so oft getroffen hat wie mit BlackRock. Die Organisation Finance Watch konstatiert, daß Kapitalorganisatoren wie BlackRock viele Millionen investieren, um Entscheider mit langen Stellungnahmen zu überhäufen und zu Veranstaltungen einzuladen, "um die Risiken ihrer Geschäfte klein zu reden."

Die Brüsseler BlackRock-Lobbyisten unter Führung des britischen Ex-Finanzministers Osborne haben erreicht, daß die Europäische Kommission 2018 eine Verordnung zur privaten Rentenversicherung vorgelegt hat.

Mietexplosion in deutschen Städten

BlackRock & Co sind inzwischen die größten Eigentümer von privaten Wohnungskonzernen in Deutschland: LEG in Nordrhein-Westfalen mit 130.000 Mietwohnungen, Deutsche Wohnen mit 163.000, Vonovia mit 400.000 - in diesen drei Großunternehmen ist Blackrock der Hauptaktionär.

Vonovia & Co setzen auf "Schwarmstädte": Sie kaufen, betreiben, modernisieren und wandeln Wohnungen in Eigentumswohnungen um, und zwar dort, wo der Zuzug und die Wohnungsnot am größten sind. Vonovia erhöhte den Gewinn für seine Aktionäre für das Jahr 2017 um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr, ebenso für das Jahr 2018. So befördert BlackRock die Mietpreisexplosion in Deutschland und die Verarmung und Vertreibung vieler bisheriger Mieter und Familien.

Vonovia hat die Nebenkosten als zusätzliche Gewinn-Maschine ausgebaut. Den bisherigen Dienstleistern für Hauswartung, Gartenpflege, Heizungs- und Warmwassermessung, Reparaturen, Winterdienst und TV/Internet wurde gekündigt. Vonovia hat eigene Tochterfirmen gegründet. Aus zahlreichen Städten wie Berlin, Hamburg, Dresden, Hannover, Potsdam, Köln und Magdeburg melden Mietervereine: Durch das "Insourcing" setzt Vonovia überhöhte Kosten an. Die Gewinne der Tochterfirmen stiegen laut Geschäftsbericht 2017 um 80 Prozent.

Monopolbildung, Rüstungsengagements und Billiglöhnerei

BlackRock & Co organisieren mit Hilfe ihrer gleichzeitigen Miteigentümerschaften Monopole: nicht nur bei Wohnungen, sondern auch bei Fluglinien, bei Banken und in zahlreichen Industriebranchen, zuletzt bei Bayer und Monsanto.

BlackRock, Miteigentümer der größten Rüstungskonzerne in den USA, in der EU und in Deutschland, profitiert von den wachsenden Rüstungsexporten etwa des Rheinmetall-Konzerns an kriegführende und völkerrechtsverletzende Staaten wie Saudi-Arabien.

BlackRock ist Großaktionär etwa des Weltkonzerns Amazon, der weltweit besonders aggressiv Gewerkschafts-, Arbeits- und Menschenrechte mißachtet. Ähnlich organisiert Ryan Air Niedriglöhner für Kabinenpersonal und auch für Piloten, die als Leiharbeiter eingesetzt werden.

BlackRock ist nach dem Staat der größte Aktionär bei der Deutschen Post DHL. Die Bundesregierung hat erklärt, daß sie keinen Einfluß auf die Geschäfte nimmt. Die Deutsche Post beging 2015 Tarifflicht, brach überfallartig eine Vereinbarung mit der Gewerkschaft ver.di und zog mit Hilfe von McKinsey 49 vorgegründete Delivery-Tochterfirmen aus der Tasche. Bisher befristete Post-Beschäftigte bekamen das erpresserische Angebot, in diese Firmen unbefristet zu wechseln, aber zu wesentlich niedrigerem Lohn.

Dazu ausführlich und mit Quellenangaben: Werner Rügemer: "Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure. Köln 2018 ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/14016" berichtete am 15. März 2019 (x1.165/...): >>**Finanzcrashes - eine Strategie der Finanzelite**

Laut dem Finanzexperten Ernst Wolff ist ein weltweiter Finanzcrash nur noch eine Frage der Zeit. Hauptursache dafür ist die riskante Geldpolitik der Zentralbanken - obwohl davon auszugehen ist, daß diese sehr wohl die Folgen ihrer Geldpolitik einschätzen können. Warum riskieren die Zentralbanken einen weltweiten Finanzcrash und wem würde er nützen? ...

In der Sendung vom 18.1.2019 "Die Finanzwelt steht am Wendepunkt - eine Einschätzung von Ernst Wolff" zeigte Wolff auf, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis es zu einem weltweiten Finanzcrash komme. Laut dem Finanzexperten Ernst Wolff liegt die Hauptursache für einen möglicherweise bevorstehenden Finanzcrash an der riskanten Geldpolitik der Zentralbanken. Da man davon ausgehen muß, daß die Zentralbanken sehr wohl die Folgen ihrer Geldpolitik einschätzen können, stellen sich folgende Fragen: Warum riskieren die Zentralbanken einen weltweiten Finanzcrash und wem nützt ein solcher Crash?

Um diesen Fragen nachzugehen, ist es wichtig zu verstehen, daß es sich bei nahezu allen weltweit existierenden Zentralbanken um privat kontrollierte Banken handelt. So ist die New Yorker FED z.B. zu 80 % im Besitztum von acht mächtigen Familien. Eine besondere Stellung unter diesen Familien nehmen die Rothschilds ein.

In der Sendung vom 16.12.2018 "Die Rothschild-Kontrolle" wurde aufgezeigt, daß nur noch vier von allen weltweit existierenden Zentralbanken nicht durch die Familie Rothschild kontrolliert werden. Dies schließt nicht aus, daß diese trotzdem im Sinn des Gemeinwohls handeln könnten. Daß die Zentralbanken jedoch vor allem die Interessen ihrer Besitzer vertreten, zeigt sich, wenn man zurückliegende Finanzkrisen betrachtet. Dabei tritt ein immer wiederkehrendes Muster zutage.

Bereits die Gründung der FED wurde durch einen von J. P. Morgan 1907 ausgelösten Finanz- und Wirtschaftscrash vorbereitet. Verbunden mit einer geschickten Manipulation von Öffentlichkeit und Politik wurde so der starke Widerstand gegen die FED gebrochen. Dabei wurde von den Gründern versprochen, daß mit deren Gründung (im Jahr 1913) ab sofort Inflation und Wirtschaftskrisen der Vergangenheit angehören würden.

Doch das genaue Gegenteil war der Fall. Bereits 1920 wurde durch die FED ganz gezielt eine Bankenkrise ausgelöst, bei der über 5.400 Banken in den Ruin getrieben wurden. Der Finanzcrash 1929 führte dann zum Zusammenbruch von weiteren ca. 16.000 Banken. Auf diese Weise konnten konkurrierende Banken und Unternehmen für einen Bruchteil ihres Wertes aufgekauft werden.

Der Kongreßabgeordnete Louis McFadden sagte damals über den Crash und die darauf folgende Wirtschaftsdepression: "Es war ein sorgfältig gestelltes Ereignis. Internationale

Bankiers stellten einen Zustand der Hoffnungslosigkeit her, so daß sie sich zu den Herrschern über uns alle entwickeln können."

Auch bei der Bankenkrise 2008 wiederholte sich dieses Muster. Innerhalb von nur drei Jahren erhöhte die FED die Leitzinsen von 1 % auf 5,25 %. Als Folge dieser extremen Zinserhöhung kam es zum Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes, zu Zwangsversteigerungen von Häusern und bei den Banken zu Verlusten durch Kredite, die nicht mehr zurückgezahlt werden konnten. Als diese Verluste sich in Milliardenhöhe hinaufschraubten, kam es zur Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers.

Doch diese relativ kleine Investmentbank ging nicht einfach so Konkurs. Lehman Brothers wurde als einziger Bank jegliche Hilfe von der FED wie auch vom Staat verweigert, wodurch sie quasi gezielt in den Bankrott gestoßen wurde. Damit war das Vertrauen innerhalb des Finanzsystems ruiniert. Die Folge war, daß der Geldfluß zwischen den Banken abrupt gestoppt wurde, da diese befürchteten, ihr Geld nicht mehr zurück zu bekommen. Vergleichbar einem Kartenhaus brach daraufhin das Finanzsystem zusammen und es kam zu einer weltweiten Finanz- und Bankenkrise, die laut Deutscher Zentral-Genossenschaftsbank einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 3,8 Billionen Euro verursachte.

Zu den größten Gewinnern dieser Krise gehörten die US-Großbank J. P. Morgan Chase und die Londoner Großbank Barclays. Letztere wird von der Familie Rothschild beherrscht. Diese Großbanken konnten durch die Krise wieder andere Banken zu einem Bruchteil ihres Wertes übernehmen. Bei der Übernahme der Washington Mutual Bank z.B. zahlte J. P. Morgan für Vermögenswerte von rund 300 Milliarden Dollar lediglich 1,9 Milliarden Dollar, während die Anleihehaber dieser Bank 30 Milliarden Dollar verloren.

Durch diese Zusammenhänge wird einmal mehr deutlich: Finanzkrisen ereignen sich nicht zufällig, sie werden gemacht! Sie sind wie eine Erntezeit für die Finanzelite, in der diese in ihrer unersättlichen Gier ohne Rücksicht zuschlägt. Es stellt sich die Frage: Wann werden sie dafür zur Rechenschaft gezogen?<<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 15. April 2019 (x1.167/...): >>"**Die USA im Niedergang" - ein Gerede, das verdeckt, daß das Imperium nach wie vor weltweit agiert und uns voll im Griff hat.**

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Immer wieder ist zu hören und zu lesen, die USA befänden sich im Niedergang. Der Historiker Münkler und der sogenannte Querdenker Dylan Grice äußerten sich dem Sinne nach so, Joschka Fischer und jetzt auch Michael Lüders. ...

Weil China ökonomisch erfolgreich ist, hohe Forderungen gegenüber dem Ausland anhäuft und Milliarden dort investiert, weil Rußland aufrüstet und Indien eigene Wege geht, ist doch das Ende des US-Imperiums nicht eingeläutet?! Die USA sind weltweit tätig und regieren in Europa bis ins Kleinste hinein. Hierzulande sind sie die offenkundigen Herren des Geschehens.

Dem Gerede vom Niedergang der USA sind ein paar Fakten und Fragen entgegenzusetzen. Weltweit kein Rückzug, im Gegenteil:

Nur weil die USA sich aus Syrien zurückzuziehen erklärt haben, kann man doch nicht blind für die sonstigen Realitäten werden: Die USA sind nach wie vor dort und haben zum Beispiel der Annexion der Golanhöhen zugestimmt. Sie sind im Irak, sie sind in Afghanistan und in vielen anderen Ländern.

Die USA haben zusammen mit der NATO deren Betätigungsfeld bis an die Grenzen Rußlands ausgedehnt. Der Westen hat Rußland erfolgreich eingekreist. Die USA und der Westen machen weiter beim Versuch, auch die Ukraine und Georgien in den Bereich ihres Imperiums einzubeziehen.

Sie haben dafür nach wie vor ihre Helfershelfer: die deutsche Bundeskanzlerin zum Beispiel, sie hat den Kandidaten für das Präsidentenamt in der Ukraine, den bisherigen Präsidenten Poroschenko als Wahlhilfe extra nach Berlin eingeladen. Meint jemand, das hätte Frau Merkel ohne Anbindung an die Interessen des Imperiums getan?

Die USA haben im Vorfeld des Maidan 5 Milliarden \$ zur Umerziehung der Menschen in der Ukraine und zum Aufbau genehmer NGOs investiert.

Die USA haben sehr großen Einfluß auf einzelne Regierungen in Europa und auch auf die Einrichtungen und Personen der EU.

Lange Zeit galt die Vereinigung größerer Staaten außerhalb des Imperiums unter dem Namen Brics als ein hoffnungsvolles Zeichen für einen Zusammenschluß gegen das US-Imperium.

Wo ist denn Brics geblieben? Indien? Vor allem Brasilien.

Brasilien ist inzwischen eines der wichtigsten Instrumente und Partner des US-Imperiums.

Wo sind denn die sonstigen eigenständigen Völker und Staaten Lateinamerikas geblieben?

Wo Chile und Argentinien? Venezuela, Kuba, Nicaragua und allenfalls Mexiko sind noch widerborstig. Ansonsten beanspruchen die USA die ungeteilte Macht in ihrem Hinterhof - schlimmer als vor zehn, vor 20 und vor 30 Jahren. Vom Niedergang des Einflusses der USA in Lateinamerika kann keine Rede sein.

Weltweit beanspruchen die USA die Entscheidung, bestimmen zu können, wie andere Völker regiert werden. Sie haben Kriege zum Regime Change mit der Folge von Millionen Toten geführt.

Europäische Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland machen die Politik des Regime Change in Venezuela mit. Durch Anerkennung eines fragwürdigen Interimspräsidenten.

Die USA gehen offen gegen Venezuela, gegen Kuba und Nicaragua vor. Um zu begreifen, wie falsch die Vorstellung ist, die USA seien im Niedergang, muß man sich daran erinnern, daß und wie die europäischen Staaten und Völker vor einigen Jahrzehnten noch solidarisch mit aufmüpfigen Völkern im Hinterhof der USA waren.

Unzählige Menschen, Stiftungen und auch Parteien haben sich für den Widerstand gegen die USA in Nicaragua, in Kuba und anderen Ländern Lateinamerikas eingesetzt. Sie sind dorthin gereist, haben praktisch vor Ort und zu Hause geholfen. Das ist alles dezimiert oder ganz vergessen. Zeichen eines Niedergangs der USA?

Im Gegenteil: Zeichen brutaler Machtausübung.

Die USA haben die anderen NATO-Staaten gezwungen aufzurüsten, obwohl beim Ende der West-Ost-Konfrontation 1990 alles dafür sprach und auch so beabsichtigt war, abzurüsten, auf gemeinsame Sicherheit zu setzen, statt auf Abschreckung und Aufrüstung.

Alleine schon das Gehabe beim Umgang mit der Forderung nach mehr Geld für die Rüstung ist typisch für Vasallen und nicht typisch für eigenständige politische Kraft.

Der Generalsekretär der NATO hat zum 70-jährigen Jubiläum vor dem amerikanischen Kongreß geredet, nicht in Brüssel, sondern in Washington; und er ist dort gefeiert worden und nicht zu Unrecht, weil die Abgeordneten und Senatoren der USA sehr genau wissen, daß NATO-Generalsekretär Stoltenberg ihr Mann ist und nicht der Beauftragte aller anderen NATO-Mitglieder.

Das Imperium nutzt seine Militärstützpunkte in Deutschland und Europa ohne Hemmungen für die eigene Politik, auch für Interventionen und auch für Mord und Totschlag, so etwa über die Drohneneinsätze, die vom deutschen Standort Ramstein zwischengesteuert werden.

Die USA zwingen uns zum Transport von Militärgütern auf deutschen Straßen und Schienen - auch bis an die Grenze Rußlands in den baltischen Staaten.

Wir zahlen für die Stationierung von US-Truppen in Deutschland und Europa. Ein Beispiel: In Weilerbach bei Ramstein in der Westpfalz wird gerade das größte US-Militär-Krankenhaus

außerhalb der USA errichtet. Allein die (aktuellen) Planungskosten verschlingen 151 Mio. Euro, gezahlt vom deutschen Steuergelder. ...

Sie haben uns, die Europäer, veranlaßt, ihre kriegerischen Interventionen in Afghanistan, in Syrien, in Libyen und im Irak mitzumachen und/oder logistisch zu unterstützen.

Die USA haben inzwischen direkten Einfluß auf entscheidende Personen in der deutschen Politik: Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Röttgen, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP und zugleich sicherheitspolitische und außenpolitische Sprecher seiner Fraktion, Alexander Graf Lambsdorff, und der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Nils Schmid stehen offensichtlich alle drei auf dem Ticket der USA. Vermutlich konnten sie diese Funktion auch nur deshalb übernehmen, weil sie so nah an die USA und atlantische Organisationen angebunden sind.

Wichtige Stiftungen stehen unter Einfluß der USA. Die Bertelsmann-Stiftung zum Beispiel oder auch die Heinrich-Böll-Stiftung. Der ehemalige Chef der Heinrich-Böll-Stiftung Fücks hat vor kurzem in devoter Weise ein Interview mit dem US-Diplomaten Kornblum geführt. Dieser typische Vertreter des Imperiums wird regelmäßig zu Talkshows in Deutschland eingeladen.

Der US-Botschafter mischt sich in Deutschland in innere Angelegenheiten des Landes ein.

Die große Anzahl der deutschen etablierten Medien steht unter Einfluß des US-Imperiums, berichtet und kommentiert jedenfalls ganz auf der Linie des Interesses der zentralen Macht in der Welt.

Sie alle, Politiker und die Medien, wirken mit am Feindbild-Aufbau Rußland.

In vielen dieser genannten Bereiche war das vor 30 und 40 Jahren nicht so, jedenfalls gemischerter. Der Einfluß der USA auf Meinungsbildung und politische Entscheidungsfindung hat seit 1990 zu- und nicht abgenommen.

Die USA bestimmen unsere wirtschaftlichen Beziehungen und unsere wirtschaftspolitischen Entscheidungen in markanter Weise: Sie schreiben uns vor, jene Sanktionen, die sie zum Beispiel gegenüber Rußland und dem Iran verhängen, zu befolgen.

Wir haben wie geölt und eingeübt die Sanktionen gegen Syrien und die Blockade des syrischen Volkes mitgemacht. Wir haben hunderttausende von Flüchtlingen aus Syrien ohne Überprüfung aufgenommen - alles dem Ziel untergeordnet, Syrien personell ausbluten zu lassen und so unter Druck zu setzen. Das war und ist die Strategie des Imperiums USA. Wir sind dem ohne die in einer Demokratie übliche und notwendige Debatte und demokratische Entscheidungsfindung gefolgt. Ohne Wenn und Aber.

Die USA intervenieren gegen einzelne Projekte wie etwa Nordstream 2 und sie verlangen auch von Staats wegen den Import ihres Flüssiggases. Auf Kosten der Bürger Europas werden die entsprechenden technischen Einrichtungen in den Häfen gebaut.

US-Unternehmen wie Microsoft, Facebook, Amazon zum Beispiel können ihre monopolartig auftretenden Angebote, ohne Beschränkungen und ohne angemessene Steuern zu bezahlen, in Europa und in Deutschland und in der Welt feilbieten. Wettbewerbsrecht kommt nicht konsequent zur Anwendung. Steuervermeidung und Steueroasen werden nicht konsequent bekämpft.

In jedem DAX-Konzern in Deutschland gibt es inzwischen eine Beteiligung des großen amerikanischen Fonds BlackRock. Durch die Verflechtung haben die Vertreter dieses Unternehmens trotz geringer Beteiligungen von 3-5 % spürbaren Einfluß auf die Unternehmensleitungen.

Diese lange Liste, die keinesfalls vollständig ist, vorzutragen, war nötig, um sichtbar zu machen, wie grotesk die Vorstellung ist, das US-Imperium sei auf dem Rückzug und die USA würden eine Art Niedergang erleben.

Statt den Niedergang der USA zu behaupten, sollten wir eher darüber nachdenken, wie wir uns aus der Vormacht befreien. Wie schon bei früherer Gelegenheit, zum Beispiel im Oktober 2014 vermerkt, sollten wir offen von unserem Koloniestatus reden, statt diesen zu verschleiern. Die offene Diskussion darüber ist die Voraussetzung dafür, daß überhaupt erst die Diskussion darüber in Gang kommt, wie wir uns aus dieser gefährlichen Vormacht befreien können. Einfach ist das nicht, aber nötig.

Anhang: Hier noch ein paar Belege für die Behauptung, die USA seien eine Nation im Niedergang. Schon vor Jahren berichtete das Handelsblatt über den angeblichen Querdenker Dylan Grice und dessen These, die USA seien "eine Nation im Niedergang"; später dann Herfried Münkler in der Zeit mit der These vom "Abschied vom amerikanischen Zeitalter" und Joschka Fischer mit Abgesang auf Amerika und zuletzt Michael Lüders "Hier die Weltmacht USA im Niedergang".<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 10 berichtete am 23. April 2019: >>**Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen"**

Buchbesprechung von *Rita Müller-Hill*

In der Sendung Les Terriens du samedi, ausgestrahlt am 9. März im französischen Fernsehen Canal+, wurde Philippe de Villiers vom Journalisten Thierry Ardisson gefragt, ob Angela Merkel die Geschichte Walter Hallsteins, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, bekannt war, als sie am 13. November 2018 im Deutschen Bundestag eine große Lobrede auf ihn hielt. Philippe de Villiers antwortet sehr ernst: "Ja, und ich denke, sie hat gelogen."

Erläuterung zum Buchtitel

Auf den ersten Seiten seines Buches erzählt Philippe de Villiers, wie er dazu gekommen ist, sich mit der Geschichte der EU zu beschäftigen, und wie der Titel seines Buches zustande kam. Er berichtet auf Seite 19 von einer Unterhaltung mit dem langjährigen (1958-1968) französischen Außenminister Maurice Couve de Murville, der dieses Amt schon während der Präsidentschaft Charles de Gaulles innehatte.

Im Laufe dieser Unterhaltung habe sich Couve de Murville über den Marshallplan, dessen Akzeptanz er als Unterwerfung bezeichnete, über Walter Hallstein und den europäischen Einigungsprozeß geäußert: ... "Ach Europa! Das Europa der Gründerväter! Es genügt, wenn Sie an einem Faden ziehen, dann kommt alles." - "Aber an welchem Faden?" - "Am Faden des Lügengespinnstes."

Öffnung der Archive

Ein Professor der Sorbonne, den Philippe de Villiers nicht namentlich nennt, kommentierte später diesen sybillinischen Spruch: "Couve de Murville hat das erste Stottern des europäischen Projektes miterlebt. Er wußte alles über alle, über die Trugbilder und die Hintergedanken, die ganze Verwickeltheit, das Getue, den faulen Zauber. Am Faden ziehen sollte in seinem Sinne sicher heißen: an die Quelle gehen." "Aber an welche Quelle?", fragt de Villiers. "An die Quelle der Informationen, die in den Archiven schlummern. ... Sie sind nicht mehr geheim, sie sind nach und nach geöffnet worden, zugänglich gemacht worden", bekam er zur Antwort.

Als de Villiers vermutet, daß nun viele Forscher in die Archive stürzen, muß ihn der Professor enttäuschen. Es seien nur sehr wenige, die das tun. Und auf die Frage, warum die Forscher so wenig neugierig seien, erhält er zur Antwort, dies geschehe aus Vorsicht. Man könne seinen Lehrstuhl, seinen Lehrauftrag, seinen Job, seinen Verleger verlieren. - Auf die Frage, ob es sich da um ein Tabu handle, bekommt er zur Antwort: "Mehr als das, es geht um einen Mythos, eine Ideologie, ein Glaubenswerk. Alles, was diese Gründerväter betrifft, liegt im Bereich des Heiligen, Unberührbaren." - "Eine offizielle Wahrheit, also."

Diese Unterhaltung ist eine Art Initialzündung. Philippe de Villiers stellt vier Arbeitsgruppen

zusammen, die er seine "Brigaden" nennt, und schickt sie auf die Quellsuche.

Im Buch dokumentiert er mit 28 Faksimilekopien auf 111 Seiten die Richtigkeit seiner Aussagen. Und Philippe de Villiers spricht aus, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Nur ein enger Kreis von Eingeweihten wußte, wie die Dinge wirklich waren. General de Gaulle, der nicht zu diesen gehörte und den man lieber unschädlich gemachte hätte, wußte aber auch seit der Gründung der "France libre" in London (1940): Jean Monnet war nicht auf seiner Seite. Er vertrat die Interessen Amerikas, das auf den mit Hitler kollaborierenden Marschall Pétain setzte und de Gaulle als Störfaktor ansah.

"Philippe de Villiers hatte also Forschergeist und den Mut, sich in die Archive zu begeben und zu veröffentlichen, was er dort fand: Dokumente, die eindeutig beweisen, daß Jean Monnet von der CIA für seine Aktivitäten als Gründervater Europas bezahlt wurde, daß Robert Schumann eine zwielichtige Gestalt war, die zwischen den jeweiligen Machthabern hin und her wechselte und letztlich im Dienste der US-Amerikaner war."

Forschergeist und Mut

Im deutschsprachigen Raum hat Andreas Bracher bereits 2001 die sakrosankte Europa-Ideologie in Frage gestellt. In Zeit-Fragen wurden 2010 und 2011 zwei Artikel veröffentlicht, die eindeutig aufzeigten, in wessen Diensten Jean Monnet stand und in welche Netzwerke er eingebunden war.

Und Walter Hallstein, NS-Ausbildungsoffizier und juristischer Spezialist der Nazis für "Das Neue Europa", stellte seine Dienste ebenfalls den Amerikanern zur Verfügung.

Wer es wirklich wissen wollte, fiel jetzt bei der Veröffentlichung von de Villiers Buch nicht aus allen Wolken. Einiges ist jedoch neu: zum Beispiel die Tatsache, daß Monnets "Memoiren" nicht von ihm selbst geschrieben wurden, sondern im Auftrag Kennedys, bezahlt von der Ford Foundation, von einer Historikergruppe verfaßt wurden.

Wie entstanden Jean Monnets "Memoiren"?

De Villiers erzählt, wie er hinter dieses Geheimnis gekommen ist. Diese Episode ist beispielhaft für de Villiers Vorgehen: Die vielen menschlichen Beziehungen, die er in seinem Leben eingegangen ist, seine Fähigkeit zuzuhören, gepaart mit einem guten Gedächtnis und einer gehörigen Portion Humor, führen dazu, daß er auch Jahre später noch in der Lage ist, bestimmte Informationen, die er anfangs nicht verstand, in ihren Kontext einzuordnen und ihren Sinn zu erfassen.

Wegen der Eindrücklichkeit und des exemplarischen Charakters sei an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen. Da es noch keine offizielle deutsche Übersetzung des Buches gibt, sind alle Passagen von der Autorin des Artikels übersetzt worden.

Philippe de Villiers besucht als Student Jacques Chapsal, seinen ehemaligen Professor der Politischen Wissenschaften, der während ihrer Unterhaltung überraschend Besuch von seinem Kollegen und Freund, dem Professor für moderne Geschichte Jean-Baptiste Duroselle, Autor eines Grundlagenwerks der Internationalen Beziehungen, - dem Duroselle, den damals jeder Student kannte - erhält. De Villiers darf bleiben und erhält Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren Jean Monnets. Chapsal fragt Duroselle: "Und, was machen diese Memoiren? Geht es voran?"

Duroselle: "Ja. Die Studenten arbeiten hart daran. Wir haben die Arbeit aufgeteilt."

Chapsal: "Das ist ja sicher wichtig für die Stiftung und für ihr Renommee in den USA."

Duroselle: "Ja, aber noch viel wichtiger, lieber Jacques, ist es für die Vereinigung Europas. Sie braucht einen neuen Anstoß, neuen Elan."

Bei anderer Gelegenheit sagt der französische Diplomat und Politiker Jean Francois-Poncet: "Die Memoiren Jean Monnets sind 'die kleine rote Bibel der Vereinigung Europas', die wir so dringend brauchen."

Wer wollte dieses Buch?

In diesem Zusammenhang stellt Philippe de Villiers drei Fragen: Wer hat diese Memoiren in Auftrag gegeben? Wer hat sie bezahlt? Wer hat sie geschrieben?

An dieser Stelle des Buches wird deutlich, wie unterschiedlich man an die Beantwortung solcher Fragen herangehen kann. Im umfangreichen Referenzwerk, der von Eric Roussel verfaßten Biographie Jean Monnets, werden Namen über Namen genannt. Menschen, mit denen Monnet in Kontakt war. Aber wer waren diese Leute? Welche Funktionen übten sie aus? In welche Netzwerke waren sie eingebunden? Welche Interessen verfolgten sie? In wessen Diensten standen sie? Von wem wurden sie bezahlt?

Dem ist de Villiers nachgegangen, hat die Zahlungsbelege gefunden und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die US-Amerikaner haben das Werk in Auftrag gegeben und bezahlt. Dazu muß man Hintergrundwissen haben und den Mut, es offenzulegen. De Villiers beweist, daß die Ford Foundation als Geldgeber nicht einfach nur die Ford Foundation war, sondern einer der Geldverteiler der CIA. Wer hat die Memoiren verfaßt? Duroselle als leitender Professor verteilte die Arbeit an eine Gruppe von Studenten. Pierre Gerbet, Eric Westphal, André Kaspi, Richard Mayne. "Es funktionierte wie eine Maschine, die Nachforschung, Erzählung und Schreiben herstellt."

Jean Monnet selbst interessierte sich kaum für das Werk. Geschrieben wurde es letztlich von François Fontaine, einem Romanautor, der im Römischen Reich die Vorankündigung einer vollendeten Europäischen Union sah.

Wir haben bei unseren eigenen Nachforschungen festgestellt, daß die oben genannten Autoren fester Bestandteil der "Monnet-Forschung" sind. Sie werden immer wieder zitiert - insbesondere zitieren sie sich gegenseitig -, wenn man sie konsultiert, wird man im Kreis herumgeschickt.

EU eine Etappe auf dem Weg zur Welt-Governance?

Nur der letzte Abschnitt der Memoiren Jean Monnets stammt von ihm selbst. Und da erschließt sich nach Philippe de Villiers das Geheimnis seiner Intentionen: Die Europäische Gemeinschaft ist kein Ziel an sich. Wichtig ist, daß die alten Nationen von gestern mit ihrer jeweiligen Souveränität nicht mehr der Rahmen sein sollen, in dem die aktuellen Probleme gelöst werden. Die Gemeinschaft als solche ist nur eine Etappe auf dem Weg zu Organisationsformen der Welt von morgen.

Da erhebt sich dann in der Sicht Philippe de Villiers die Welt-Governance, Globalia, die von allen Attributen wie Souveränität, Demokratie und verschiedenen Völkern "befreit" ist. Der Traum vom planetarischen Management, die Beherrschung der Menschheit durch die Technik, durch einen allumfassenden Markt in einen dauerhaften Frieden gehüllt und eine grenzenlose individuelle Freiheit garantierend. "Weicher, aufgeklärter Despotismus", sagte Jacques Delors zustimmend dazu.

Das Buch Philippe de Villiers' hat bereits viele Leser gefunden. Der Autor tritt in vielen Fernsehsendungen auf und hält den hinterhältigen Fragen vieler Journalisten auf beeindruckende Weise stand. Das Presseecho reicht von "das ist alles nicht neu" über "Verschwörungstheorie" bis "Unwahrheit". Philippe de Villiers zeigt auf, wer die wirklichen Verschwörer sind, wer ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit im dunkeln bleibt, und welches die Interessen, Ziele und Beweggründe der europäischen Vereinigung sind und waren. Ein äußerst lesenswertes Buch, hinter das die Geschichtswissenschaft nicht mehr zurückgehen kann. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Juni 2019 (x1.000/...):

>>Warum in Deutschland die Frage nach Beendigung der Rußland-Sanktionen nicht gestellt werden darf?

... Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer löste durch ein Treffen mit Rußlands Präsident Wladimir Putin am Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, eine teils heftige Debatte aus. Kretschmer warb dort am vergangenen Freitag, dem 07.06.2019, für das Ende der Ruß-

land-Sanktionen. Zudem lud er Putin nach Sachsen ein. Zwischen Sachsen und Rußland bestehen seit der DDR-Zeit enge Beziehungen, vor allem auch in der Wirtschaft. Durch die Sanktionen brachen die einst boomenden Wirtschaftsbeziehungen extrem ein. Auf Äußerungen Michael Kretschmers, es gäbe im Osten durchaus eine eigene Meinung in der Sanktionsfrage, erntete er teils heftige Kritik.

Wieso ist ausgerechnet die Beziehung zu Rußland solch ein Reizthema? Sehen Sie im Anschluß eine Archivsendung von Kla.TV, die aufzeigt, weshalb dieses Feindbild zwischen Rußland und Deutschland kein Zufall ist und wer ein Interesse daran hat, es um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Archivsendung, 21.03.2015: DIE DEUTSCHE FRAGE

Nur auf eine Bedrohung hätten die US-Amerikaner keine Antwort parat. Friedman spricht ein mögliches deutsch-russisches Bündnis an. "Wenn deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischer Arbeitskraft und russischen Ressourcen kooperiert, wäre das eine existentielle Bedrohung für die USA" so Friedman. Jedoch sei die Position Deutschlands unbestimmt und damit das größte Problem.

"Die deutsche Frage" veranschaulicht nach George Friedman "Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen" behauptet er. Diese Unbekannte nennt er die "Deutsche Frage". Diese bestehe bereits seit 1871 und sei bis heute das größte Problem der USA. Deswegen würden US-Regierungen seit einem Jahrhundert versuchen, ein solches "deutsch-russisches Bündnis zu verhindern".

Hören und sehen Sie gleich im Anschluß noch mehr über den Sicherheitsgürtel rund um Rußland, über die USA, wie sie alle Ozeane der Welt kontrollieren und darüber, wie sie strategisch stets beide Kriegsseiten unterstützen, wenn es Ihnen persönlich nützt. Vernehmen Sie auch mehr zur deutschen Frage. Wer diesen roten Faden kennt, wird künftig auch alle weiteren Ereignisse in der Welt mühelos einordnen können.

Der Moderator des *THE CHICAGO COUNCIL ON GLOBAL AFFAIRS: Mein Name ist Nick Brand, und ich bin der Direktor der gemeinsamen Programme bei "The Chicago Council on Global Affairs". Danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich nutze diese Möglichkeit für die Begrüßung von George Friedman hier bei "The Chicago Council". Ich denke, er ist zum ersten Mal hier. Danke, daß Sie bei uns sind.*

George Friedman: Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben. Auch die USA nicht. Ich meine, wir (USA) werden von Kriegen begleitet. Europa wird - wie ich vermute - zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren: Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten und es wird seine Leben verlieren. Es wird keine 100 Millionen Tote geben, wie im letzten Krieg, aber die Idee von der europäischen Auserwähltheit - wie ich denke - wird dazu beitragen.

Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten - wir haben keine Beziehungen mit "Europa". Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein "Europa", mit dem die USA Beziehungen hätte.

Moderator N. Brand: Bitte der Herr dort. Frage aus Publikum: Ist der islamistische Extremismus die Hauptbedrohung für die Vereinigten Staaten, und wird er absterben oder wird er auch weiterhin fortbestehen?

George Friedman: Er ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existentielle Bedrohung. Man muß sich damit angemessen befassen. Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. Wenn Sie ein Ukrainer sind,

werden Sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann. Und das sind die Vereinigten Staaten.

Letzte Woche oder vor etwa 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der amerikanischen Bodentruppen, General Ben Hodges, in Europa zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, daß die US-Militärberater in die Ukraine offiziell kommen sollen. Eigentlich hat er dort die Medaillen an die ukrainischen Kämpfer verteilt, was das militärische US-Protokoll verbietet, daß die Medaillen an Ausländer verliehen werden.

Doch er tat das, weil er zeigen wollte, daß die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er. Und die Vereinigten Staaten liefern den baltischen Staaten Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstung - den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien - das ist ein sehr interessanter Punkt.

Gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, daß sie vorhaben, Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde dementiert, aber sie tun das; die Waffen werden geliefert. Und bei all diesen Handlungen agieren die USA außerhalb der NATO.

Denn NATO-Entscheidungen müssen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die USA ein "Cordon Sanitaire", einen Sicherheitsgürtel, um Rußland herum aufbauen. Und Rußland weiß das. Rußland glaubt, daß die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern nur etwas verletzen bzw. Schaden hinzufügen.

Jedenfalls sind wir jetzt zurück im alten Spiel. Und wenn Sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen, sie leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, und die Deutschen leben in einer ganz anderen Welt als die Spanier. Also, es herrscht Uneinigkeit in Europa. Aber was die Ukrainer bevorzugen werden, das werde ich Ihnen genau sagen: Sie werden versuchen, die USA in ihr Land zu holen. Die Vereinigten Staaten aus ihrem fundamentalen Interesse kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grunde marschieren wir in die Völker dieser Welt ein, und sie können nichts dagegen tun. Und das ist eine sehr schöne Sache.

Die Aufrechterhaltung die Kontrolle über die Ozeane und im Weltall begründet unsere Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen ist, daß diese errichtet wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, daß keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, daß die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewandt hat im Iran und im Irak (Iran-Irak-Krieg 1980-88). Er unterstützte beide Kriegsseiten, sodaß sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns. Es war zynisch. Es war nicht moralisch vertretbar, aber es funktionierte.

Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den dortigen Boden berühren, sind wir demografisch zahlenmäßig unterlegen. Wir können eine Armee zerschlagen, aber wir sind nicht in der Lage den Irak zu besetzen. Schon die Idee, daß 130.000 US-Soldaten ein Land mit 25 Millionen Menschen okkupieren. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der Polizisten und der Einwohner in New York ist größer als das Verhältnis von US-Soldaten und der irakischen Bevölkerung war.

Also, wir sind nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, die gegeneinander kämpfenden Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie zu unterstützen - politisch, finanziell, militärisch, Waffen liefern und die US-Berater aussenden. Und in außerordentlichen Fällen - wie wir in Japan vorgegangen sind, nein, in Vietnam, Irak und Afghanistan - mit Präventivschlägen ("spoiling attacks") intervenieren.

Die Taktik der Präventivschläge beabsichtigt nicht, den Feind zu besiegen, sondern sie verfolgt das Ziel, den Feind aus der Balance zu bringen. Das versuchten wir in jedem Krieg, wie

z.B. in Afghanistan, wo wir al-Qaida aus der Balance brachten. Das Problem, was wir haben, seit wir so jung und dumm sind, ist, daß wir die Feinde aus der Balance bringen. Anstatt zu sagen: "Wir haben den Job gut gemacht, laß uns nach Hause gehen", sagen wir: "Mann, das war aber leicht, laßt uns hier noch eine Demokratie aufrichten." Das war der Moment unserer Geistesschwäche, von der wir befallen wurden. Deswegen die Antwort darauf lautet, die USA können nicht überall in Eurasien militärisch intervenieren.

Man muß selektiv intervenieren und möglichst selten. Eine militärische Intervention stellt für uns einen Sonderfall dar, die letzte Möglichkeit. Wir können nicht im ersten Schritt schon US-Truppen aussenden. Aber wenn wir die Truppen schicken, dann - und das haben wir schon aus Erfahrung klar verstanden - muß die Intervention eingeschränkt erfolgen und nicht gigantische Ausmaße erreichen.

Hoffentlich haben wir es dieses Mal verstanden, denn gewöhnlich dauert es eine Weile, wenn Kinder im Unterricht lernen. Aber Sie haben absolut Recht, wir als ein Imperium können das (überall intervenieren) nicht tun. Die Briten damals haben Indien nicht okkupiert, sie haben einfach die einzelnen Staaten Indiens genommen und ließen sie gegeneinander kämpfen. Sie haben die britischen Offiziere bei der indischen Armee installiert. Die alten Römer haben auch keine Truppen in entlegene Regionen außerhalb des Römischen Imperiums entsandt, sondern sie haben pro-römische Könige dort eingesetzt.

Diese Könige regierten für das römische Imperium in anderen Ländern, und sie waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung des pro-römischen Friedens an den Grenzen des Imperiums. So war es z.B. auch bei dem Parther-Reich. Also, Imperien, die versuchen direkt in okkupierten Gebieten zu regieren, solche Imperien scheitern, wie es z.B. mit dem Nazi-Imperium der Fall war. Denn niemand hat so viel Macht, um direkt zu regieren. Da muß man schon clever vorgehen.

Wie auch immer, das ist nicht unser Problem. Es bedeutet eigentlich, daß wir ein Imperium als solches sind. Wir sollten aber deswegen nicht denken, daß wir uns entspannen könnten, nach Hause gehen und uns über nichts Sorgen machen. Wir sind erst etwa im dritten Kapitel des Buches.

Moderator N. Brand: Bitte die nächste Frage. Frage aus Publikum: Habe ich Sie richtig verstanden, daß die europäische Währung Euro nicht überleben wird?

George Friedman: Die Frage, die jetzt für die Russen auf dem Tisch ist, ist, ob man die Ukraine als eine Pufferzone zwischen Rußland und dem Westen haben will, die wenigsten neutral bleiben wird oder wird der Westen in die Ukraine so weit vordringen, daß er nur 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer von Moskau entfernt sein wird. Für Rußland stellt der Status der Ukraine eine existentielle Frage dar. Und die Russen können bei dieser Frage nicht einfach so weggehen und loslassen.

Für die USA gilt, wenn Rußland sich weiter an die Ukraine hängt, werden wir Rußland stoppen. Dafür wurden Maßnahmen unternommen für die General Hodgens eingesetzt wurde, um dafür beschuldigt zu werden. Es geht um die Präpositionierung von Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und die baltischen Staaten. Das Intermarium ("Zwischenmeer-Land"), das Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wovon Pilsudski träumte. Das ist die Lösung für die USA. Und die Sache, worauf wir keine Antwort parat haben, ist die Frage, was wird Deutschland in dieser Situation unternehmen.

Die reale unbekannt Variable in Europa sind die Deutschen, wenn die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine sondern zu dem Westen, und der Einfluß der Russen in der Ukraine wird schwinden. Wir wissen nicht, wie die deutsche Haltung ausfallen wird. Deutschland ist in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen. Sie wissen aber selbst nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren

exportieren, die Russen können ihnen die Waren abnehmen.

Andererseits verlieren sie ihre Freihandelszone, die sie brauchen, um andere Sachen aufzubauen. Die Hauptbefürchtung der USA ist, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien mit russischen Rohstoffressourcen und russischer Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden, die die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern versuchen. Also, wie kann man erreichen, daß diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, die Karten auf den Tisch zu legen. Es ist die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer.

Seitens Rußlands waren die Karten bisher immer schon auf dem Tisch. Für sie ist entscheidend, daß die Ukraine ein neutrales Land wird, kein pro-westliches. Weißrußland ist hier eine andere Angelegenheit. Nun, wer mir eine Antwort darauf geben kann, was die Deutschen in dieser Situation tun werden, der kann mir auch sagen, wie die nächsten 20 Jahre Geschichte aussehen werden. Aber unglücklicherweise müssen die Deutschen immer wieder diese Entscheidung treffen. Und das ist das ewige Problem Deutschlands.

Deutschland ist wirtschaftlich enorm mächtig, aber gleichzeitig geopolitisch sehr zerbrechlich. Sie wissen niemals, wo und wie sie ihre Exporte verkaufen können. Seit 1871 war das immer "Die deutsche Frage". Und die Frage Europas. Denken Sie über die "Deutsche Frage" nach, welche jetzt wieder mal aufkommt. Das ist die nächste Frage, die wir stellen müssen, was wir aber nicht tun, weil wir nicht wissen, was die Deutschen tun werden.

Moderator N. Brand: Ganz herzlichen Dank an George Friedman und einen herzlichen Dank auch an den Chicago-Club für das Co-Sponsoring dieses Abends. Einen guten Abend!

George Friedman - der Chef von Strategic Forecasting, INC (abgekürzt STRATFOR) ist ein führender privater US-amerikanischer Think-Tank, der die Analysen, Berichte und Zukunftsprojektionen zur Geopolitik, zu Sicherheitsfragen und Konflikten in aller Welt anbietet.<<

Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung ("NZZ Digital") berichtete am 23. Juli 2019: >>Yuval Noah Harari: "Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden"

In 100 Jahren wird das Leben auf Erden ziemlich anders aussehen: Laut Yuval Noah Harari könnten biotechnologische Innovationen bald eine neue Spezies entstehen lassen oder den alten Homo sapiens einem neuen Totalitarismus unterwerfen. Sind diese düsteren Visionen mehr als Spekulationen?

Claudia Mäder

"Five more minutes!" - Yuval Noah Hararis Zeit ist knapp bemessen, gleich zwei Assistenten wachen beim Interview über die Einhaltung des eng getakteten Fahrplans. Der israelische Historiker, der 2002 in Oxford promovierte und heute noch in Jerusalem unterrichtet, ist als gefragter Redner auf der ganzen Welt unterwegs. Jüngst machte er an der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) halt. Dort haben wir ihn zum Interview getroffen.

NZZ: Herr Harari, wie man hört, soll aus Ihrem Weltbestseller ein Hollywoodfilm werden. Wenn Sie selber Regie führten, welches Genre würden Sie für Ihre "Kurze Geschichte der Menschheit" wählen - Drama, Komödie, Katastrophenfilm?

Harari: Wir arbeiten tatsächlich an diesem Projekt, und es ist ziemlich schwierig. Die ganze Menschheitsgeschichte in einem Film darzustellen, ohne bei einer Doku zu enden: Das ist eine knifflige Aufgabe. Zurzeit studieren wir an verschiedenen Formen herum. Den Katastrophenfilm und die Komödie kann ich aber definitiv ausschließen! Im Moment sieht es am ehesten nach einem Drama aus, das aber mit Science-Fiction-Elementen angereichert wird, wobei wir nicht ins Phantastische driften werden. Schließlich erzählen wir eine wirkliche Geschichte.

NZZ: In dieser Geschichte ist der Mensch der Hauptdarsteller. Was ist das hier und heute für Sie: "der Mensch"?

Harari: Ich glaube, daß man im Jahr 2019 vor allem eines über uns wissen muß: Der Mensch ist heute ein "hackable animal" - ein Tier, das gehackt werden kann. Bisher gab es großen Aufruhr und viele Diskussionen um gehackte Computer, Bankkonten, Online-Profile, Smartphones oder staatliche Systeme. Doch noch haben wir nicht richtig begriffen, daß einige Firmen und Staaten parallel dazu auch die Technologien entwickeln und erlangen, um uns Menschen zu hacken.

NZZ: Was soll das konkret bedeuten?

Harari: Einen Menschen zu hacken, heißt: ihn besser zu verstehen und zu durchschauen, als er selber das vermag. Früher oder später werden verschiedene Instanzen, seien es nun Unternehmen oder Staaten, die Gefühle, Wünsche, Ängste und Gedanken der Menschen mit Hilfe von Algorithmen ermitteln können. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer die inneren Regungen der Menschen kennt, kann ihre Handlungen antizipieren. Und ihre Begehren natürlich auch manipulieren. Letztlich werden diese Instanzen also immer mehr Entscheidungen an unserer Stelle treffen, weil sie unsere inneren Abläufe absolut perfekt erfassen.

NZZ: Der Mensch kann wohl nur dann derart umfassend gehackt werden, wenn er selber eine Art Computer ist. Glauben Sie, daß wir, mitsamt unseren Gefühlen und Gedanken, nichts als eine Ansammlung von Algorithmen sind?

Harari: Was ich selber glaube, ist nicht von Bedeutung. Ich stütze mich auf die Wissenschaft und gebe das zurzeit dominante Paradigma wieder. Und das lautet in den Life-Sciences ganz klar so: Nicht nur der Mensch, sondern alle Organismen sind im Prinzip Algorithmen, die Informationen verarbeiten. Da kommt also Information rein, das Gehirn - unser eingebauter Algorithmus - verarbeitet sie weiter, und daraus resultieren dann Bewegungen und Entscheidungen, aber eben auch Emotionen, Empfindungen und Persönlichkeitsmerkmale.

NZZ: Wir befänden uns demnach in einem Wettbewerb der Datenverarbeitungssysteme, und der Mensch mit seinem schwachen Algorithmus stünde mittelfristig auf verlorenem Posten?

Harari: Nun, über lange Zeit hinweg verfügte der Mensch über das stärkste System. Zunehmend aber wird es tatsächlich übertroffen von anderen Algorithmen.

NZZ: Diese mechanische Sicht des Menschen gibt es seit langem, schon im 18. Jahrhundert versetzte das Konzept des "homme machine" die Zeitgenossen in Aufregung. Was ist am jetzigen Maschinen-Paradigma neu?

Harari: Die Idee der hochentwickelten Maschine hat als solche tatsächlich nichts Originelles. Wenn Menschen früher mit Maschinen verglichen wurden, dann waren es Uhren oder Dampfmaschinen; sie bildeten die Modelle, nach denen unterschiedliche Bewegungen funktionieren sollten. Mit dem Paradigma des Computers wird nun aber jeder erdenkliche Lebensbereich erfaßt. Alles, bis hin zum sexuellen Begehren, ist nichts als verarbeitete Information: Das Auge oder die Nase nimmt etwas wahr, das Hirn erkennt die Muster der eingespeisten Daten und gibt daraufhin seine Befehle aus. Ob wir uns zu jemandem hingezogen fühlen oder nicht, ist also eine reine Frage der Mustererkennung.

NZZ: In dieser stark auf neuronale Prozesse fokussierten Perspektive bleibt vieles ausgeklammert: Was ist Bewußtsein und Geist? Wie beeinflußt der lebende Körper den menschlichen "Computer"? Meines Wissens sind diese Fragen bis heute nicht beantwortet. Könnte die vermeintlich so wissenschaftliche Algorithmentheorie nicht eine jener Fiktionen sein, mit denen sich der Mensch so gerne die Welt erklärt?

Harari: Doch, das ist durchaus möglich! Ich bin selber skeptisch gegenüber Teilen dieser Thesen, und zwar eben weil bis anhin gute Theorien zum Bewußtsein und zur Erklärung von subjektiver Erfahrung fehlen.

NZZ: In Ihren Büchern ist von dieser Skepsis aber nichts zu spüren.

Harari: Insbesondere mein letztes Buch war dezidiert politisch gedacht. Es gibt offene philosophische Debatten, ja, aber ganz egal, wie wir uns zu ihnen stellen, eins müssen wir sehen:

Die Technologien, die in uns eingreifen können, sind da. Als wir uns noch nach Ähnlichkeiten mit Uhrwerken befragten, gab es keine Möglichkeiten, die menschliche Maschine umzupolen. Das ist jetzt zum allerersten Mal der Fall, und um dieses Problem müssen wir uns dringender kümmern als um die gewiß interessanten philosophischen Fragen.

Wir haben keine Zeit zu verschwenden. Daher täten wir meiner Meinung nach gut daran, die Philosophie eine Weile lang beiseite zu lassen und den Fokus auf das zu richten, was hier und heute geschieht und täglich extremer wird. Ob wir nun ganz genau wissen, wie und wieso das funktioniert, scheint mir in dieser Situation wirklich zweitrangig.

NZZ: Was, zum Beispiel, geschieht denn heute an manipulativen Eingriffen ins Innerste des Menschen?

Harari: Ganz konkret kann ich es Ihnen anhand meiner eigenen Biographie erläutern. Als ich fünfzehn war, habe ich selber nicht realisiert, daß ich schwul bin. Zwar fühlte ich mich von Jungen angezogen, aber es gab eine Blockade in meinem Kopf, ich hatte kein Bewußtsein für meine "andere" sexuelle Orientierung. Heute können Firmen mit geeigneten Technologien die Präferenzen der Menschen ohne weiteres ermitteln - man braucht dafür nur ihre Augenbewegungen aufzuzeichnen. Noch ehe ich selber es begriffen hatte, hätte also irgendein Konzern bemerken können, daß ich am Strand nur Jungs beobachte.

NZZ: Das Resultat wäre wohl eine weitere Personalisierung der Werbung: Die fragliche Firma hätte vermutlich versucht, Ihnen ihre Produkte mit schönen Männerbildern schmackhaft zu machen.

Harari: Ja, aber das ist nur die eine Seite. Natürlich ist es schlimm genug, daß ich auf diese Weise manipuliert und zu vermutlich sinnlosen Käufen animiert werden kann. Jetzt stellen Sie sich aber einmal vor, was passiert, wenn Staaten diese Technologien einsetzen und Ihre sexuelle Orientierung registrieren. Bekanntlich gibt es nicht wenige Länder, die Homosexualität mit dem Tod bestrafen . . . Ich denke, das macht es deutlich: Es ist höchste Zeit, daß wir diese Probleme ernst nehmen und überlegen, wie wir mit ihnen umgehen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

NZZ: Einverstanden. Aber wie soll das gehen? Wer alles menschliche Denken und Handeln auf biochemische Prozesse reduziert, bestreitet in aller Regel auch die Existenz des freien menschlichen Willens. Auch Sie tun das in Ihren Schriften dezidiert. Wie kann der Mensch die Zukunft in die "richtige" Richtung lenken, wenn er nicht frei ist, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen?

Harari: Wenn ich sage, daß wir keinen freien Willen haben, heißt das nicht, daß wir keine Handlungsmacht besitzen und keine Entscheidungen treffen können. Wir müssen das klar vom freien Willen trennen, und eigentlich würde ich sogar sagen: Je weniger wir an der naiven Vorstellung des freien Willens festhalten, desto mehr Handlungsfähigkeit können wir erlangen.

NZZ: Das müssen Sie mir erklären.

Harari: Es ist doch so: Am einfachsten zu manipulieren sind ausgerechnet jene Leute, die alles, was ihnen dauernd durch den Kopf geht, als Ausdruck ihres eigenen Willens oder als Produkt ihres autonomen Geistes sehen. Solche Personen haben keinerlei über sie hinausreichende Neugier und werden sich nie fragen: Moment einmal, wieso genau habe ich nun diese Cornflakes eingekauft oder jene Partei gewählt? Jede Wahl ist diesem naiven Paradigma gemäß einfach ein Reflex des mysteriösen freien Willens. Dagegen bringt es einen sehr viel weiter, wenn man kritisch danach fragt, wie Vorstellungen, Ideen und Wünsche eigentlich entstehen und geformt werden. Denn erst wenn ich begreife, wie stark mein Denken von allen möglichen biologischen, kulturellen und sozialen Faktoren geprägt wird, kann ich mir so etwas wie Freiheit überhaupt erkämpfen.

NZZ: Das würde bedeuten: Man muß sich der äußeren Einflüsse bewußt werden, um sich von

ihnen frei zu machen - und letztlich wohlüberlegt auf die Welt einzuwirken?

Harari: Ja, genau. Das Konzept des freien Willens erweckt den Eindruck, daß Freiheit etwas ist, das man einfach so hat. Aber nein: In unserem normalen Zustand sind wir Menschen dauernd in der Zange etlicher Zwänge, unser Denken speist sich aus anderen Quellen als aus unserer "Seele". Was wir zum Beispiel über die Migration denken, hängt davon ab, in welchem Milieu wir leben und welche Medien wir konsumieren. Um frei zu handeln, ist es unerlässlich, all diesen Mechanismen nachzuforschen. Und wer sich fraglos mit jedem seiner Gedanken identifiziert, tut genau das Gegenteil.

NZZ: Was formt in Ihren Augen die Geschichte des Menschen, was treibt sie voran?

Harari: Es ist eine Kombination von vielen Faktoren. Von materialistischen Sichtweisen, die alles auf die Geographie oder die Ökonomie zurückführen, halte ich nichts. Ich glaube dagegen, daß Erzählungen, Fiktionen, Mythologien einen enormen Einfluß auf den Verlauf der Geschichte haben. Denken Sie doch einmal: Sind Nationen nicht die größten Kräfte in der gegenwärtigen Welt?

NZZ: Doch, das kann man gewiß so sehen.

Harari: Eben, und Nationen sind nichts anderes als Geschichten! Wir reden von Russen, Franzosen oder Deutschen, als ob das natürliche Spezies wären, doch das ist völlig falsch. Anders als etwa Schimpansen und Gorillas, die sich biologisch unterscheiden, sind die unterschiedlichen Nationen reine Erfindungen, sie haben absolut keine objektiven Realitäten.

NZZ: Aber sehr reale, nicht selten blutige Auswirkungen - die Konflikte zwischen Franzosen und Deutschen haben Hunderttausende Tote gefordert.

Harari: Natürlich, das belegt ja gerade die Macht der Fiktionen. Diese Nationen, die wir heute als völlig normal erachten, haben vor 5000 Jahren in keiner Weise existiert - und 5000 Jahre sind in der Menschheitsgeschichte eine wahrlich kurze Zeit. Doch der Mensch lebt eben davon und prägt seine Geschichte dadurch, daß er solche Storys erfindet - und dann im Kollektiv an sie glaubt.

Mit dem Geld oder den Rechtssystemen ist es ja nicht anders. Daneben halte ich aber auch Zufälle für enorm wichtig. Daß zum Beispiel das Christentum oder der Islam eine Weltreligion wurde, war mitnichten determiniert. Wäre Mohammed in einer seiner arabischen Schlachten umgekommen, wäre alles ganz anders verlaufen.

NZZ: Wenn Storys so zentral sind, dann ist es entscheidend, was für Geschichten wir uns erzählen . . .

Harari: Natürlich, eben darum investieren wir jetzt ja zum Beispiel in den Film, und übrigens auch in ein Kinderbuch.

NZZ: ... die Frage ist nur: Welche Erzählung braucht die Welt heute?

Harari: Die Menschheit muß zurzeit den Blick schärfen für drei existentielle Herausforderungen: den Atomkrieg, die ökologische Krise und die technologische Disruption (Erschütterung).

NZZ: Seit ein paar Monaten ist Punkt zwei, die Ökokrise, das dominante Thema. Sie selber fokussieren seit je auf die technologische Herausforderung; den Klimawandel handelten Sie in Ihren bisherigen Büchern nur ganz am Rand bzw. in Unterkapiteln ab. Haben Sie sich verschätzt?

Harari: Es gibt einen guten Grund, warum ich mich auf die dritte Herausforderung konzentriere: Sie ist die komplizierteste. Die Gefahren, die von ihr ausgehen, sind nicht größer, aber vermutlich schwieriger zu erkennen. Natürlich gibt es beim Klimawandel noch die paar Leute, die meinen, das sei alles Fake. Doch keiner steht hin und sagt: Ja, es gibt den Klimawandel, und das ist eine wunderbare Sache, laßt uns die Erderwärmung fördern! Im technologischen Bereich ist die Situation sehr viel diffuser. Es ist ganz und gar nicht klar, ob wir hier etwas stoppen sollen und was wir von den neuen Technologien eigentlich wollen.

NZZ: Viele von ihnen integrieren wir dankbar und freiwillig in unseren Alltag.

Harari: Absolut, und die Forschung, gerade im Hirnbereich, hat ja auch ein großartiges Potential. Just gestern hat man mir auf einem Panel ein wunderbares Projekt vorgeführt, das Gelähmten ermöglichen soll, die Beine wieder zu bewegen. Vereinfacht gesagt, liest da ein Computer die Nachricht im Hirn "Beweg das Bein" und schickt die Information an den richtigen Ort im Körper.

Das ist einerseits phantastisch, bedeutet aber andererseits eben auch, daß ein Computer lesen kann, was in einem Hirn vor sich geht. Ein Bewegungsbefehl ist unproblematisch, klar, aber was ist mit unseren Emotionen oder Ideen? Und nicht nur diese Verbindungen zwischen Computern und Gehirnen haben wir heute, mit Bio- und Gentechnik wird es auch möglich, die menschlichen Körper zu verändern. Wie wollen wir mit alledem umgehen? Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden.

NZZ: Das ist eine überraschende Aussage für einen Historiker. Mir scheint, daß auch frühere Gesellschaften immense Herausforderungen kannten. Überschätzen Sie nicht die Bedeutung unserer Gegenwart?

Harari: Nein. Alle früheren Revolutionen haben bloß die äußere Welt verändert. Egal, wie stark die Seßhaftigkeit oder das Christentum unsere Kulturen umgekrempelt hat, egal, wie die Reformation die Wissenschaften und die Industrialisierung das Arbeiten verändert haben: Wir sind immer die gleichen Tiere geblieben, die wir schon vor 30.000 Jahren waren.

NZZ: Der Mensch hat sich doch stets verändert, immer hat er sich "optimiert", sich Krücken gebastelt, Prothesen eingesetzt oder die Augen scharfsichtig gelasert.

Harari: Das sind noch immer äußere Adaptionen, nie zuvor gab es die Möglichkeit, die Strukturen von Körper und Geist auf wirklich profunde Weise zu verändern. Doch wenn künstliche Intelligenz und Biotechnologien unsere Gehirne modifizieren, werden aus diesen "Upgrades" komplett andere Menschen resultieren. In 100 oder 200 Jahren wird die Erde von Wesen dominiert sein, die etwa so viel mit uns heutigen Menschen gemein haben wie wir selber mit Neandertalern oder Schimpansen.

NZZ: Wäre es schlimm, wenn der Mensch verschwände?

Harari: Das kommt darauf an, wodurch er genau ersetzt wird. Wie die neuen Wesen beschaffen sein werden, ist ja vollkommen ungewiß. Man sollte sich das Ganze auch nicht als Hollywood-Katastrophe vorstellen, die den jetzigen Menschen vernichtet, sondern als graduellen Prozeß. Ganz allmählich werden sich gewisse Menschen technologisch "optimieren", und dieses Szenario birgt vor allem die Gefahr einer Spaltung: Wenn jene Klassen, die es sich leisten können, langsam zu Supermensch werden, bleibt der alte Homo sapiens abgehängt zurück. Diese extreme Ungleichheit könnte zu einer ganz neuen Art von Regime führen und das alte faschistische Ideal des "neuen Menschen" plastisch durchsetzen.

NZZ: Ich erkenne in diesen Horrorszenarien noch eine ganz andere Gefahr: Sie lenken uns von den sehr realen Problemen ab, die sich hier und jetzt in einigen liberalen Ordnungen zeigen. Mich ängstigt weniger der Aufstieg von Supermensch als jener von autoritären Führern, zum Beispiel in Osteuropa.

Harari: Aber diese Dinge hängen doch zusammen! Gerade die illiberalen Regierungen stützen sich ja immer mehr auf die fraglichen Technologien, auf künstliche Intelligenz und Big Data. In Ungarn zum Beispiel geschieht das selbstverständlich, und in China entsteht mit einem technologiebasierten gesellschaftlichen Ranking-System geradezu der Prototyp eines neuen totalitären Regimes.

NZZ: Wenn wir einmal von den hypothetischen "neuen Menschen" absehen: Wie sind die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts an Schrecken zu überbieten?

Harari: Nun, "total" wird in unserem Jahrhundert wirklich "total" bedeuten. Nicht nur wird Überwachung rund um die Uhr möglich sein, sie wird sich eben auch aufs Fühlen und Denken

erstrecken. Die Propagandaslogans eines Regimes nachzubeten, wird künftig nicht mehr reichen. Gut möglich zum Beispiel, daß in Nordkorea in 10 oder 20 Jahren jedermann ein Armband mit Sensoren tragen muß. Fühlt ein Mensch dann innerlich Ärger aufsteigen, während er bei einer Parade dem Machthaber applaudiert - dann wird er umgehend große Probleme bekommen. Eine derart extreme Form von Totalitarismus hat sich nicht einmal George Orwell in "1984" ausmalen können. Aber jetzt ist sie in Reichweite.

NZZ: Sie reden regelmäßig mit wichtigen Politikern, treffen Merkel, Macron und andere zum Gespräch. Welche Ratschläge geben Sie ihnen?

Harari: Ich habe keine Ratschläge oder Empfehlungen abzugeben. Es geht eher darum, die Diskussion zu öffnen, ein Bewußtsein für die Probleme zu schaffen. Die Politiker stecken oft in ihrem Kurzfristdenken fest, selten schauen sie weiter als bis zu den nächsten Wahlen. Ich versuche, ihren Blick auf Dinge zu lenken, die in der Zukunft liegen - die wir aber heute mit Entscheidungen beeinflussen können und müssen.

NZZ: Ist es eine Aufgabe oder gar Pflicht des Intellektuellen, Politik und Gesellschaft aufzurütteln?

Harari: Ja, ich glaube, das ist die Hauptaufgabe von Historikern, Philosophen oder Soziologen. Ein Arzt ist dazu da, Leute zu heilen. Ein Computerexperte hat die Aufgabe, Algorithmen zu entwickeln. Idealerweise sind ihm auch die Gefahren seines Tuns bewußt, und es wäre gut, wenn er die Öffentlichkeit darüber auch in Kenntnis setzte. Primär ist er aber nun einmal mit dem Entwickeln seiner Technologien befaßt. Die Geisteswissenschaftler aber verfehlen ihre wichtigste Rolle, wenn sie nur interne Debatten in ihren Fachgebieten führen. Sie sollen raus, die Leute informieren und Diskussionen führen.

NZZ: Sie waren ursprünglich Mediävist. Jetzt reden und schreiben Sie über alles Erdenkliche, von der Technologie über das Glück bis zum Terrorismus, und die ganze Welt hängt an Ihren Lippen. Wie fühlt sich das an?

Harari: Sehr gut fühlt sich das an, vor allem die Interaktion mit der Öffentlichkeit. Ich bin froh, daß ich nicht mehr in meiner akademischen Blase sitze und nur mit mir selber rede. Doch meine Mittelalterkenntnisse sind eine sehr gute Basis für das, was ich jetzt tue. Ich habe gelernt, in der langen Dauer zu denken, und weiss, daß die Welt, wie wir sie seit fünfzig Jahren kennen, keinen "natürlichen" Zustand darstellt. Weder wird es so weitergehen wie bisher, noch war irgend etwas immer schon so. Menschen können sich ganz unterschiedlich organisieren, und es ist ein ziemlicher Zufall, daß wir hier und heute auf diese scheinbar so normale Weise auf der Welt leben.

Yuval Noah Harari - In seinem ersten populären Buch, "Eine kurze Geschichte der Menschheit" (dt. 2013), hat der Historiker einen Überblick über den Werdegang unserer Spezies gegeben, seine zwei folgenden Werke, "Homo Deus" (2017) und "21 Lektionen für das 21. Jahrhundert" (2018), hat der 43-Jährige ganz auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtet.

Harari beobachtet aufmerksam, wie sich Informations- und Biotechnologie entwickeln, und meint, daß die beiden verschmelzenden Forschungszweige das körperliche und geistige Dasein des Menschen auf drastische Weise revolutionieren werden, ja den Menschen als solchen auslöschen könnten. Hararis Bücher sind allesamt Bestseller geworden, bis Ende 2018 haben sie sich, übersetzt in 50 Sprachen, 19 Millionen Mal verkauft.

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari ist der Autor des Bestsellers "Sapiens: A Brief History of Humankind". Er unterrichtet am Lehrstuhl für Geschichte der Hebrew University of Jerusalem.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 16. September 2019 \(x1.000/...\): >>US-Regierungsberichte zu 9/11 widerlegt: WTC 7 wurde gesprengt](#)

Von *Daniele Ganser*

Kann ein 186 m hohes Gebäude mit einer massiven Stahlskelettkonstruktion in nur sieben

Sekunden durch Brand einstürzen? Diese offizielle Theorie des Einsturzes von WTC 7 am 11.09.2001 in New York wurde nun durch fundierte Forschungsergebnisse eindeutig widerlegt. ...

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. phil. Daniele Ganser veröffentlichte am 7. September 2019 im Online-Magazin Rubikon einen Artikel mit neuen fundierten Forschungsergebnissen zu den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York. Diese wissenschaftlichen Ausarbeitungen widerlegen die offiziellen Darlegungen der US-Regierung ganz grundsätzlich.

Hören sie nun den leicht gekürzten Artikel von Dr. Ganser, der unter den Bedingungen einer Creative Commons frei weiterverbreitet werden darf:

Die Sprengung

Die Geschichte der Terroranschläge vom 11. September 2001 muß neu geschrieben werden, denn nun ist belegt: WTC 7 wurde gesprengt. Am 11. September 2001 ereignete sich in den USA der bisher größte Terroranschlag der Geschichte mit rund 3.000 Toten. Die meisten Menschen glauben, beeindruckt durch das Fernsehen, daß damals in New York nur zwei hohe Türme eingestürzt sind. Aber das stimmt nicht, es waren drei. Nämlich die bekannten, über 400 Meter hohen Zwillingstürme WTC 1 und WTC 2 sowie das 186 Meter hohe WTC 7.

Im Unterschied zu den Zwillingstürmen war WTC 7 zuvor nicht durch ein Flugzeug getroffen worden. Trotzdem stürzte die massive Stahlskelettkonstruktion in nur sieben Sekunden um 17:20 Uhr ein. Der Einsturz setzte plötzlich, ohne erkennbare Vorzeichen, ein und erfolgte vollständig in den eigenen Grundriß. Der Einsturz von WTC 7 kann nur zwei mögliche Ursachen haben: Feuer oder kontrollierte Sprengung. Während den ersten zweieinviertel Sekunden fiel der Turm mit seinen 47 Stockwerken im freien Fall, also ohne jeden Widerstand mit Erdbeschleunigung nach unten.

Das Hochhaus WTC 7 bewegte sich also für 25 Meter auf seiner gesamten Breite genauso schnell nach unten wie ein Fallschirmspringer ohne Fallschirm, der vom Dach des Gebäudes springen würde. Wie ist das möglich? Wie kann ein Stahlskelettbau mit 81 starken, senkrechten Stahlsäulen plötzlich in den freien Fall übergehen? Zu dieser wichtigen Frage wurde nun die Antwort gefunden.

Am 3. September 2019, fast 18 Jahre nach dem Terroranschlag, hat der US-Bauingenieur Dr. Leroy Hulsey von der Universität Alaska Fairbanks (UAF) eine 114 Seiten lange fundierte Studie zum Einsturz von WTC 7 veröffentlicht, welche von der NGO *Architects & Engineers for 9/11 Truth* und deren Präsident Richard Gage in Auftrag gegeben worden war. Die Hulsey-Studie kommt nach vier Jahren Untersuchung zu einem klaren und eindeutigen Ergebnis: "Feuer hat den Einsturz von WTC 7 nicht verursacht. Der Einsturz des Gebäudes kann nur durch das praktisch gleichzeitige Versagen aller Säulen erklärt werden", so der Bericht.

Obschon das Wort "Sprengung" im Bericht nirgends vorkommt, ist der Befund von Hulsey eindeutig und überzeugend: WTC 7 wurde gesprengt. Dieses Forschungsergebnis ist eine Sensation. Die ganze Geschichte zum Terroranschlag vom 11. September 2001 und zu dem darauffolgenden Krieg der USA gegen Afghanistan, der am 7. Oktober 2001 begann und bis heute andauert, muß neu geschrieben werden. Auch die Bundeswehr, die am Afghanistankrieg teilnimmt, muß darüber nachdenken, was die Sprengung von WTC 7 bedeutet. Schon seit einigen Jahren wird über den Einsturz von WTC 7 diskutiert.

In England sorgte damals Reporterin Jane Standley vom BBC, die am Tag der Anschläge live aus New York über den Einsturz von WTC 7 berichtete, für Verwirrung. Sie berichtete am 11. September 20 Minuten zu früh über den Einsturz von WTC 7, das Gebäude stand noch und war hinter ihr klar zu sehen. "Das war ein Fehler", sagte Jane Standley später. Auch BBC-Nachrichtenchef Richard Porter entschuldigte sich 2008 für das Versehen.

Als ich vom Einsturz hörte, schaute ich mir die verfügbaren Videos im Internet an. Ich war damals Senior Researcher an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und kontaktierte 2006 erfahrene ETH Dozenten für Baustatik und Konstruktion. "Nach meiner Meinung ist das Gebäude WTC 7 mit großer Wahrscheinlichkeit fachgerecht gesprengt worden", erklärte mir damals Hugo Bachmann, emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion.

Auch Jörg Schneider, ebenfalls emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion, deutet die vorhandenen Daten so, daß "das Gebäude WTC 7 mit großer Wahrscheinlichkeit gesprengt wurde." Diese Aussagen werden nun durch den Hulseys-Bericht bestätigt.

Auch in Deutschland wird seit Jahren über WTC 7 diskutiert. Der Physiker Ansgar Schneider hat das plötzliche und gleichzeitige Nachgeben aller 81 Stahlsäulen zu Recht als "extrem erstaunlich" eingestuft. "Können Sie mir nun eine wissenschaftliche Erklärung geben, wie vereinzelte, lokal begrenzte Brände es ermöglichen, daß sich die Stahlstützen am östlichen Ende mit denen 100 Meter weiter westlich absprechen, um gleichzeitig nachzugeben?", fragt Schneider in einem Interview, das von Rubikon publiziert wurde. Nur eine absichtliche Zerstörung des Gebäudes könne dies erklären.

In den USA ist die Debatte über WTC 7 schwierig. Im Abschlußbericht zum Terroranschlag von Thomas Kean und Lee Hamilton, der am 22. Juli 2004 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, fehlt der Einsturz von WTC 7 völlig. Dieser Bericht kann daher nicht ernst genommen werden, da nicht einmal die Anzahl der eingestürzten Hochhäuser stimmt. "Die Kommission hat ein unangenehmes Problem - die Erklärung, wie WTC 7 praktisch im freien Fall einstürzen konnte - so umgangen, indem sie den Einsturz des Gebäudes einfach nicht erwähnte", protestierte damals der 9/11 Forscher David Ray Griffin.

Danach hat die US-Regierungsbehörde National Institute of Standards and Technology (NIST) in einem anderen Bericht, der am 21. August 2008 publiziert wurde, behauptet, WTC 7 sei wegen Feuer eingestürzt. Der Hulseys-Bericht zeigt nun, daß dies nicht die Wahrheit ist. ... Feuer kann nicht der Grund für den Einsturz dieses Hochhauses gewesen sein. WTC 7 wurde gesprengt.

Der US-Mathematiker Peter Michael Ketcham, der von 1997 bis 2011 am NIST gearbeitet hatte, aber nicht an der WTC 7-Untersuchung beteiligt gewesen war, hat im August 2016 angefangen, die NIST-Berichte zu lesen. "Ich wurde schnell wütend. Erstens über mich selber: Wie konnte ich so viele Jahre am NIST arbeiten und dies nicht bemerken? Zweitens wurde ich wütend über das NIST", erinnert sich der Mathematiker Ketcham. "Je länger ich nachforschte, desto klarer wurde mir, daß das NIST eine vorgefaßte Schlußfolgerung präsentierte und dafür die Fakten ignoriert und weggelassen hat."

Der Hulseys-Bericht hat die Vertuschung des NIST nun aufgeklärt und damit einen äußerst wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Terroranschläge vom 11. September 2001 geleistet. [https://www.rubikon.news/artikel/die-sprengung ...](https://www.rubikon.news/artikel/die-sprengung...) *Dr. phil. Daniele Ganser*<<

[Die deutsche WDR/SWR-Fernsehsendung "Planet Wissen" berichtete am 26. September 2019 \(x1.026/...\): >>>Blackout in Deutschland - ohne Strom mit Folgen](#)

Von *Jens-Steffen Scherer*

Ein flächendeckender Stromausfall ... (würde) unsere verwundbarsten Stellen treffen. Zu groß ist unsere Abhängigkeit von Strom. Entsprechend dramatisch wären die Folgen, selbst wenn uns für nur wenige Tage der Saft ausgeht. ...

Die ersten Minuten nach dem Blackout

Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts in Deutschland kommt es zum Ausfall aller Kommunikationsnetze. Weder Internet noch Fernsehen funktionieren; und auch wenn Handys noch für einige Stunden Akku haben, besitzen sie dennoch keinen Netzempfang. Als einzige Informationsquelle bleibt vorerst nur das batteriebetriebene Radio.

Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Am Bankautomaten läßt sich kein Geld mehr abheben und die Zahlung per EC-Karte ist nicht mehr möglich. In den Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, um den Betrieb lebensnotwendiger Maschinen zu gewährleisten. Mit jeder weiteren Stunde führt das allgemeine Chaos in den meisten Bereichen zu Personalmangel.

... Durch den Ausfall der Ampeln kommt es zu vielen Verkehrsunfällen.

Ein Tag nach dem Blackout

Nach 24 Stunden wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Polizei und Feuerwehr versuchen an möglichst vielen Orten Patrouille zu fahren, um die Menschen zu informieren und - wenn möglich - die größten Notfälle per Analogfunk an die Zentrale weitergeben zu können.

Mit dem restlichen Bargeld werden Supermärkte leergekauft. Gleichzeitig geben die letzten Akkus von Laptops und Handys ihren Geist auf.

Während in der Industrie viele Anlagen nicht mehr gesäubert oder gekühlt und deshalb beschädigt werden, sterben in den deutschen Mastbetrieben Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner, weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Zwei Tage nach dem Blackout

Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist - es besteht Seuchengefahr.

Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann nur noch in Flüsse abgeleitet werden.

In den Krankenhäusern werden zudem die Medikamente knapp und die Notstromaggregate haben keinen Diesel mehr, um weiteren Strom zu erzeugen. Die Zahl der Todesopfer steigt.

Drei Tage nach dem Blackout

Nach spätestens drei Tagen gehen vielen Menschen die Lebensmittelreserven aus und durch die nur wenigen verlässlichen Informationen steigt die Ungewißheit in der Bevölkerung weiter. Aus Verzweiflung schließen sich die ersten kleineren Gruppen zusammen, um auf Beutezug nach Nahrung und Wertsachen zu gehen. Die Anzahl an Überfällen und Einbrüchen steigt, auch begünstigt dadurch, daß viele Kriminelle aus den elektronisch gesicherten Gefängnissen entkommen.

... Die Anzahl an Einbrüchen und Überfällen steigt nach einem Stromausfall

Eine Woche nach dem Blackout

Eine Woche nach dem Blackout brechen auch die letzten Notstromversorgungen in den Rechenzentren zusammen. Da die Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden können, drohen in den acht verbleibenden Atomkraftwerken Deutschlands nun die Kernschmelze und damit der Super-GAU. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:

>>Bilderbergs Europa: Die Drahtzieher der neuen EU-Spitze

_ von Daniell Pföhringer

Die Spitzenposten der EU wurden im Hinterzimmer ausgekungelt. Fraglich ist allerdings, ob dies wirklich auf dem letzten Gipfel in Brüssel geschah - oder schon viel früher und noch heimlicher.

Am 16. Juli läuft Nigel Farage in Straßburg zur Hochform auf. In der ersten Sitzung des neuen Europäischen Parlaments wettert die Brexit-Ikone über die "Mauschelei", mit der Ursula von der Leyen als Kandidatin für den Kommissionsvorsitz ausbaldowert wurde. Dennoch sei er "erfreut" über dieses erneute Beispiel Brüsseler Demokratieverachtung. Schließlich werde dadurch der EU-Austritt Großbritanniens noch populärer. "Gott sei Dank verlassen wir diese

Union", ruft der englische Haudegen ins Plenum.

Daß die vormalige deutsche Verteidigungsministerin an diesem Tag dann - allerdings sehr knapp, nämlich mit nur neun Stimmen über dem Durst - zur Nachfolgerin Jean-Claude Junkers gewählt wird, liegt auch daran, daß sie die Zustimmung der Abgeordneten der polnischen Regierungspartei PiS, von Viktor Orbans Fidesz und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung erhält.

Was die Euroskeptiker dazu bewogen hat, ausgerechnet einer linientreuen Kosmopolitin in den Sattel zu helfen, ist unklar. Kompetenzgründe können es kaum gewesen sein. Von der Leyens Bilanz als oberste Dienstherrin der Bundeswehr prädestiniert sie nicht gerade für höhere Weihen: Sie hinterläßt eine Truppe mit Personalmangel und mangelhafter Einsatzfähigkeit, die Kostenexplosion bei der Sanierung der "Gorch Fock" geht auf ihre Kappe, die Berateraffäre hat sie schwer belastet.

Ohnehin erscheint das Prozedere ihrer Kür mehr als rätselhaft. Als Königsmacher gilt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der von der Leyen wenige Tage zuvor in einer Nachtsitzung der EU-Staats- und Regierungschefs als Kompromißkandidatin aus dem Hut gezaubert haben soll, nachdem klar war, daß weder der christsoziale Manfred Weber noch der Sozialdemokrat Frans Timmermans ausreichende Rückendeckung erhalten würden.

Doch möglicherweise ist hier nur ein politisches Theaterstück aufgeführt worden, während hinter den Kulissen längst ausgemacht war, daß weder der Bayer noch der Holländer auf den Thron gehoben werden sollen, sondern die Niedersächsin.

Audienz in der Alpenfestung

Szenenwechsel. 11. Juni 2015: Das Interalpen-Hotel Tyrol in Telfs-Buchen gleicht einer Festung. Schwer bewaffnete Einsatzkräfte der österreichischen Polizei schirmen das von Wald umgebene Luxus-Ressort ab, Hubschrauber umkreisen das nahe dem beliebten Tiroler Urlaubsort Seefeld gelegene Bergplateau in 1.300 Metern Höhe, während schwarze Nobelkarossen mit verdunkelten Scheiben vorfahren.

Aus einem der gepanzerten Wagen steigt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen aus. Schnellen Schrittes eilt sie ins Fünf-Sterne-Haus, wo schon andere Gäste warten. Eingeladen hat ein elitärer Klub, der die Öffentlichkeit scheut und seine jährlichen Treffen als private Zusammenkünfte deklariert, obwohl sich dort die internationalen Spitzen aus Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Medien und Hochadel die Klinke in die Hand geben.

Es war das erste Mal, daß von der Leyen an einer Konferenz der Bilderberg-Gruppe teilnahm - und es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. Auch 2016 in Dresden, 2018 in Turin und dieses Jahr in Montreux saß die Merkel-Vertraute am runden Tisch jener Geheimniskrämer, über die der Managementprofessor und Machtforscher Andrew Kakabadse sagt: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will."

Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner, so der Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge. Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Tatsächlich haben sich die Konferenzen der elitären Nadelstreifentruppe - auch für deutsche Politiker - oft als Karrieresprungbrett erwiesen. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte. Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 zur Konferenz nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate danach ins Kanzleramt einziehen.

Von der Leyen ist nicht die einzige neue EU-Spitzenfunktionärin, die vorher bei den Bilder-

bergern vorstellig wurde. Auch der künftige Ratspräsident Charles Michel nahm 2015 als belgischer Ministerpräsident an der Konferenz in Telfs-Buchen teil, die designierte Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, machte dem diskreten Machtzirkel als Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2013 im britischen Watford und 2014 in Kopenhagen ihre Aufwartung.

Auch in diesen Fällen kann kaum davon die Rede sein, daß nur die Besten für Brüssel ausgewählt wurden. Michel scheiterte als Regierungschef, Lagarde wurde 2016 von einem französischen Gericht wegen Korruption und Vorteilsgewährung in ihrem früheren Amt als Wirtschaftsministerin verurteilt. Auf eine Strafe wurde allerdings - seltsam genug - wegen ihrer "Persönlichkeit" und ihres "internationalen Ansehens" verzichtet. Offenbar gab auch hier den Ausschlag, daß beide eingefleischte Eurokraten sind - und das liegt genau auf Bilderberg-Linie.

Geburtshelfer Rockefeller

Der verschwiegene Klub der Reichen und Mächtigen war nämlich von Anfang an treibende Kraft hinter der sogenannten europäischen Integration. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Warwick, schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European Unity*, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten".

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee on United Europe (ACUE) gegründet. Der britische Telegraph berichtete im Jahr 2000: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich stellt fest: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen."

Die Frankfurter Rundschau ließ ihre Leser am 7. Juni 2010 wissen: "So ist bekannt, daß auf Anraten David Rockefellers bei einer Bilderberg-Konferenz die Trilaterale Kommission gegründet wurde, eine Denkfabrik zur Zusammenarbeit der Wirtschaftsräume Nordamerika, EU und Japan. Laut den Memoiren des Ex-US-Botschafters in Berlin, George McGhee, kam Bilderberg zudem bei der Mitgestaltung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eine wichtige Rolle zu. Und laut dem Ehrenvorsitzenden des Zirkels, dem belgischen Unternehmer Étienne Davignon, geht auch der Euro auf Bilderberg zurück."

Schulden- und Migrantenunion

Ist es nun an von der Leyen, Lagarde und Michel, als unheilige Allianz die Eurofizierung und Entnationalisierung im Sinne der Bilderberger voranzutreiben? Diese Vermutung liegt nahe. Mit der Französin an der Spitze der EZB scheint der Weg in Hyperinflation und Enteignung vorgezeichnet. Schon als IWF-Chefin befürwortete sie eine ultralockere und durchpolitisierte Geldpolitik.

So wurde erst vor wenigen Monaten unter ihrer Ägide eine Studie veröffentlicht, in der unter anderem vorgeschlagen wird, daß im Falle der Festsetzung eines negativen Leitzinses durch die Zentralbank auch das Bargeld im gleichen Maße entwertet werden soll. Das veranlaßte

den früheren Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, zu der Bemerkung, daß "es für Deutschland Zeit" wäre, "den Euro aufzugeben".

Der Liberale Charles Michel trat im Dezember 2018 als belgischer Ministerpräsident zurück, als seine flämisch-nationalistischen Koalitionspartner von der Nieuw-Vlaamse Alliantie verhindern wollten, daß Belgien im tunesischen Marrakesch den UN-Migrationspakt unterschreibt.

Mit dieser Haltung ist der Liberale ein idealer Spießgeselle von der Leyens, die gleich nach ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin das europäische Asylsystem in Frage stellte. "Ich habe nie wirklich verstanden, warum Dublin mit der einfachen Gleichung begann: Wo ein Migrant zuerst europäischen Boden betritt, muß er oder sie bleiben", sagte die Christdemokratin und fügte hinzu: "Wir müssen Dublin reformieren, um mehr Fairneß und Lastenverteilung zu erreichen."

Lagarde als Schöpferin der totalen Schuldenunion, Michel und von der Leyen als Vollstrecker der totalen Migrantenunion - die Bilderberg-Vision der Vereinigten Staaten von Europa nimmt Gestalt an.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:

>>**Janichs Welt _ Klima-Planwirtschaft**

Seit mehreren Wochen versuche ich nun schon, unter dem Hashtag *#Oliwillreden* einen prominenten Klima-Alarmisten dazu zu bewegen, mit mir oder einem der Professoren, die skeptisch gegenüber der Hysterie sind, zu debattieren. Bisher haben alle die Aufforderung ignoriert oder abgelehnt. Der Grund ist klar: Ihnen fehlen die Argumente.

Kein Wunder: Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrünte Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. Bereits vor über 100 Jahren haben Vertreter der Österreichischen Schule erläutert, woran die Planwirtschaft scheitern muß: weil echte Marktpreise fehlen, die anzeigen, wie knapp ein Gut ist. Dieses Manko gibt es auch beim CO₂, selbst wenn durch den Handel mit CO₂-Zertifikaten das Gegenteil suggeriert wird. Es sind Politiker, also Planwirtschaftler, die festlegen, wie viel Kohlendioxid-Vermeidung gut wäre.

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO₂ verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO₂-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO₂ Ausstoß kaum gesunken ist. Zitat: "Zwar ist der CO₂-Ausstoß in den Jahren nach der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen (um 25

Prozent), weshalb 1990 gern als Referenzdatum genommen wird. Dieser Rückgang lag jedoch vor allem an der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer." Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). Außerdem versuchten die KPdSU und ihre Bruderparteien "nur", die Produktion zu kontrollieren.

Das führte zu Ineffizienz, aber immerhin gab es bestimmte Produkte. Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete im Oktober 2019 über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x358/46-49,52-53): >>**Flucht**

und Vertreibung

_ von Alfred M. de Zayas

Die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland und anderen Gebieten im Osten zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Millionen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben.

"Homo homini lupus", schrieb der römische Dichter Plautus in seinem (Werk) "Asinaria": Seit Jahrtausenden geht der Mensch unmenschlich mit anderen Menschen um. Seit Jahrtausenden werden Menschen benachteiligt, diskriminiert, unterjocht, ausgebeutet, versklavt, vertrieben, massakriert. Sowohl in Imperien als auch in Demokratien grassiert der Rassismus. So wie es Rassismus gegen Afrikaner, Asiaten oder Aborigines gegeben hat und noch gibt, so gibt es seit Langem auch antideutschen Rassismus.

Der lateinische Spruch "Audacter calumniare, semper aliquid haeret" bekommt eine besondere Bedeutung in der Geschichtsschreibung. Mit der Anschuldigung, Kriegsverbrechen begangen zu haben, werden ganze Völker diffamiert - und oft entsteht so eine starre Täter-Opfer-Schablone. Tatsächlich bleibt immer etwas hängen, egal wie absurd oder ungerecht die Unterstellungen sind. Es bleiben ein Schatten, ein Zweifel, eine Abneigung - es sei denn, daß man begreift, daß Verbrechen nicht nur von einer Seite begangen worden sind.

Verbrechen gegen die Menschheit

Audiatur et altera pars - man soll alle Seiten hören, alle Fakten und Ansichten berücksichtigen. So ergibt sich die Frage: Es ist unbestritten, daß die Deutschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg schwere Verbrechen begingen - doch wie verhielten sich Amerikaner, Briten, Franzosen, Russen, Polen? Diese Frage ist nicht nur legitim, sondern ethisch. Dabei geht es keinesfalls um Aufrechnung oder Relativierung, sondern um Wahrheit - um eine umfassende und kontextualisierte Darstellung der Historie.

Im Bereich der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit ("Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ist eine falsche Übersetzung aus den Englischen) bekommt man den Eindruck, als ob die Deutschen - oder genauer: die Nazis - ein Copyright auf solche Untaten hätten. Die Filme, Bücher, Artikel, Theaterstücke über die Verbrechen, die von den Nationalsozialisten verübt wurden, kann man kaum noch zählen. Die Perzeption (Wahrnehmung) der Geschichte - und die heute zu ziehenden Konsequenzen - werden verfälscht, wenn nur die eine Seite beleuchtet wird und die Verbrechen von anderen systematisch verschwiegen werden.

Zuweilen werden Historiker, die versuchen, sie zu enthüllen, vom Mainstream dreist als "Re-

visionisten" oder gar "Rechtsradikale" beschimpft. Unter jenen, die bemüht sind, alle Seiten zu berücksichtigen, befinden sich Horst Boog, Christopher Clark, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Norman Naimark, Stefan Scheil, Gerd Schultze-Rhonhof, Franz W. Seidler und der Verfasser dieses Beitrages. Da alle Opfer von Gewalt dieselbe Menschenwürde besitzen, darf hier nicht selektiert und diskriminiert werden. Dies tun aber viele Journalisten, Juristen, Politiker und auch Geschichtsforscher, deren Schwarz-Weiß-Malerei im Kern menschenverachtend ist.

Quellen, Archive und Zeitzeugen

Das wahrscheinlich größte Verbrechen an Deutschen war die Vertreibung von insgesamt etwa 15 Millionen Reichsdeutschen aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Ober- und Niederschlesien, aus dem Freistaat Danzig, sowie Volksdeutschen aus den altpolnischen Gebieten, aus Böhmen, Mähren, Slowakei, Ungarn und Jugoslawien in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges und vor allem nach dem Krieg bis 1949.

Damals wurde nicht nur ein Viertel des deutschen Reichsgebietes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 unter fremde Verwaltung gestellt, die dort seit 700 Jahren lebenden Deutschen wurden auch enteignet und massenhaft vertrieben. Dies ist ein beispielloses Verbrechen, das nach den Studien des Bundesarchivs, des Statistischen Bundesamtes und des Bundes der Vertriebenen mehr als zwei Millionen Menschen das Leben kostete - und Traumata und unheilbare Wunden bei den Überlebenden hinterließ.

Im Bundesarchiv lagern abertausende Erlebnisberichte von Vertriebenen, darunter viele von Nachkommen der Ermordeten und von Frauen, die vergewaltigt worden waren. Diese enorme Dokumentation, die in den späten 1940er und in den 1950er Jahren zusammengetragen und von Archivaren in Auswertungsbögen erfaßt wurde, ist bisher von deutschen und ausländischen Historikern nur zum Teil ausgewertet worden. Daraus entstand in den 1960er Jahren die achtbändige Dokumentation der Vertreibung, herausgegeben von Prof. Hans Rothfels und Prof. Theodor Schieder.

Auch meine Bücher Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten (Kohlhammer, 1986), Die Nemesis von Potsdam (Herbig, 2005) und 50 Thesen zur Vertreibung (Verlag Inspiration, 2008) basieren zum Teil auf diesen Akten sowie auf persönlichen Interviews mit Zeitzeugen, Opfern, Diplomaten, Politikern und sogar Tätern. Im Bundesarchiv lagern ebenso tausende richterliche Ermittlungen über alliierte Kriegsverbrechen, die von der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts, einer von Richtern besetzten Behörde, in den Jahren 1939 bis 1945 erstellt wurden.

Diese Akten sind für eine Studie über Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg unerlässlich. Darüber hinaus gibt es in ausländischen Archiven in Washington, London, Bern und so weiter tausende einschlägige Berichte, diplomatischen Schriftverkehr sowie umfangreiches Fotomaterial. Es ist unmöglich, die Megaverbrechen der Vertreibung zu leugnen. Und dennoch gibt es amerikanische, britische, polnische, tschechische und sogar deutsche Negationisten.

Besonders verlustreich waren die Vertreibungen durch polnische Behörden, die sich in keiner Weise an die Bedingungen des Potsdamer Abkommens hielten. Nach Artikel IX des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostprovinzen nur unter polnische "Verwaltung" gestellt, und gemäß Artikel XIII sollten die Deutschen "in geordneter und humaner" Weise aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland übersiedelt werden.

Für den Zeitpunkt und die Organisation der Umsiedlung war vor allem der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig. Gemäß Absatz 3 des Artikels XIII galt ein Vertreibungsmoratorium, bis die Besatzungsmächte in Deutschland für die Aufnahme, Ernährung und Unterkunft der Auszusiedelnden sorgen konnten. Nur Ungarn hielt sich an das Moratorium, und von "geregelt und human" kann nicht die Rede sein, wie ein ausführlicher Bericht des US-

Repräsentantenhauses 1950 feststellte.

Keine gerechte Strafe

Besorgniserregend sind die Bestrebungen von sowjetischen, polnischen, tschechischen und deutschen Historikern, die Vertreibung der Deutschen als sozusagen "legal" beziehungsweise als eine "gerechte Strafe" gegen die Deutschen darzustellen.

Ich habe sämtliche veröffentlichten Akten der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam sowie auch die nicht-veröffentlichten sogenannten Minutes (Ergebnisprotokolle) in den Archiven ausgewertet. Ich habe den Verfasser des Artikels IX des Potsdamer Kommuniqués, Sir Dennis Allen, den Verfasser des Artikels XIII, Sir Geoffrey Harrison, und Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz interviewt, unter anderem den politischen Berater Eisenhowers Robert Murphy (der das Vorwort von Die Nemesis von Potsdam beisteuerte), den Chef der Mitteleuropa-Abteilung im State Department James Riddleberger und den Diplomaten George F. Kennan befragt. Oder besser:

Ich habe sie befragt und hinterfragt. Aus den Akten und aus den Erklärungen der Konferenzteilnehmer wird deutlich, daß es eben nicht um eine "Strafe" gegen die Deutschen ging, sondern um eine geopolitische Maßnahme.

So schrieb Winston Churchill über die deutsch-polnische Grenze: "Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen. ... Ich demonstrierte dann mit Hilfe dreier Streichhölzer meine Gedanken über eine Westverlagerung Polens. Das gefiel Stalin." Was Vertreibungen betrifft, schrieb Geoffrey Harrison am 1. August 1945 an das Foreign Office: "Wir gerieten in eine große Auseinandersetzung, die in der Plenarsitzung behandelt werden mußte. ... Sobolew vertrat die Ansicht, daß der polnische und der tschechoslowakische Wunsch, ihre deutschen Bevölkerungen auszuweisen, einer historischen Mission entspreche, welche die sowjetische Regierung keineswegs zu verhindern suche. ...

Cannon und ich wandten uns nachdrücklich gegen diesen Standpunkt. Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, wollten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden."

Ähnlich äußerte sich der amerikanische Außenminister James Byrnes am 19. Oktober 1945: "Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen."

Mit anderen Worten, es ging um eine Art Mission, rein slawische Staaten ohne deutsche Minderheiten zu bilden. Weder in Teheran noch in Jalta oder Potsdam wurde einen Nexus zwischen deutschen Verbrechen und der Vertreibung als Strafe konstruiert. Es ging lediglich um Geopolitik. Die Sowjets behielten die Gebiete, die sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt im September 1939 besetzten. Man habe Polen dann eine gewisse "Entschädigung" geben müssen. Und was ist einfacher, als Polen auf Kosten des Verlierers zu entschädigen? ...<<

>>... Völkerrechtliche Bewertung

In Kriegszeiten sind Kollektivstrafen gegen Zivilpersonen in der Landkriegsordnung zur IV. Haager Konvention von 1907 ausnahmslos verboten. Die Deportationen, die durch die Nazi-Regierung gegen polnische und andere Zivilpersonen durchgeführt wurden, wurden im Statut des Nürnberger Tribunals (Londoner Abkommen vom 6. August 1945) als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft.

Nazi-Politiker und Militärs wurden nach Artikel 6(b) und Artikel 6(c) des Statuts angeklagt: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung".

Punkt 3 Abschnitt B der Anklage betraf "Deportation der Zivilbevölkerung", und spezifischer wurde der Tatbestand der Vertreibungen von Polen in den Jahren 1939/40 in Punkt 3 Ab-

schnitt J aufgenommen. Danach wurden die deutschen Angeklagten in Nürnberg verurteilt. Auch gemäß der UN-Charta und der UN-Menschenrechtspakte stellt jede Vertreibung eine schwere Menschenrechtsverletzung dar, um so mehr, wenn sie aus rassistischen Gründen geschieht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Millionen deutschen Opfer der Jahre 1944-49 nur deswegen vertrieben wurden, weil sie Deutsche waren.

Vertreibung und Verschleppung können den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Laut Artikel II der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes ist dafür entscheidend, daß die Verantwortlichen in der Absicht handeln, eine bestimmte nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder auch nur teilweise zu zerstören und in dieser Absicht vorsätzlich Mitglieder dieser Gruppen töten, ihnen unerträgliche Lebensbedingungen auferlegen oder andere Tatbestände verwirklichen, die bei Vertreibungen oft erfüllt sind.

Da zumindest einer dieser Tatbestände, nämlich die Zufügung schwerer seelischer Schäden, bei jeder Vertreibung erfüllt ist, sind alle Vertreibungen, die zur zumindest teilweisen Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe führen sollen, zugleich auch Völkermorde. Entscheidend ist hier - und das ist wichtig - die (subjektive) Zielsetzung der Zerstörung einer solchen Gruppe und nicht das (objektiv) erzielte Ergebnis. So besagt es der Wortlaut dieser Konvention. Diese Zerstörungsabsicht steht außer Zweifel bei den sowjetischen, polnischen, jugoslawischen und tschechoslowakischen Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer Resolution 47/121 vom 18. Dezember 1992 die ethnischen Säuberungen, die seinerzeit in Jugoslawien stattfanden, als Völkermord eingestuft. Auch der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hat Aspekte der dortigen ethnischen Säuberungen als Völkermord eingestuft, namentlich das Massaker von Srebrenica.

Im Fall Bosnien und Herzegowina vs. Jugoslawien vor dem Internationalen Gerichtshof erging am 26. Februar 2007 ein Urteil, in dem das Verbrechen des Völkermordes - etwa in Srebrenica - festgestellt wurde.

Auf der Basis dieser Rechtsprechung läßt sich feststellen, daß die Vertreibung der Deutschen, die mit hunderttausendfachen Morden und Vergewaltigungen um ein Vielfaches schlimmer war als die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien, kaum weniger als genozidal einzustufen ist. Gemäß Artikel 6 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 gelten Vertreibungen als Genozid. Gemäß Artikel 7 gelten sie auch als Verbrechen gegen die Menschheit.

Leider haben die Politiker die Erfahrung der Vertreibung der Deutschen und der ethnischen Säuberungen in Jugoslawien noch nicht verinnerlicht.

Lesen wir die Mahnung des ersten UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, José Ayala Lasso, in der Paulskirche am 28. Mai 1995: "Ich bin der Auffassung, daß, hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demografischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären."

Schande für die Welt

Zum Schluß sei aus den Artikeln 4-8 der UN-Erklärung über Bevölkerungstransfers, angenommen 1998 von der UN-Menschenrechtskommission, zitiert: "Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.

... Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demografische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsied-

lung und/oder durch die Selbsthaftmachung von Siedlern ... ist rechtswidrig.

Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden. ... Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus." (E/CN.4/Sub.2/1997/23).

Es bleibt eine Schande für die ganze Welt, daß die Vertreibungsverbrechen straflos geblieben sind, und daß die Opfer nie eine angemessene Wiedergutmachung erhielten - nicht einmal die soziale und historische Anerkennung, Opfer zu sein.

*_ Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas (*1947) ist US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und Professor an der Geneva School of Diplomacy and International Relations. Er war als Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Von 2012 bis 2018 war er unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.*

Er hat 14 Berichte an den Menschenrechtsrat und die UN-Generalversammlung vorgelegt, unter anderem über die Theorie und Praxis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und über das Menschenrecht auf Frieden. De Zayas ist Verfasser zahlreicher Gutachten und Bücher zu völkerrechtlichen Fragen sowie Vertreibungsverbrechen und wurde mit mehreren Menschenrechtspreisen ausgezeichnet.<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/...): >>**Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie**

Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) ...

Der Aufstieg Jean Monnets (1888-1979)

Schon früh konnte, so referiert Gerald Brei aus einem Kapitel de Villiers', Jean Monnet Kontakte zu einflußreichen Personen gewinnen. Als Vertreter des väterlichen Weinbrandunternehmens aus Cognac schloß er 1911, 23-jährig, in London einen exklusiven Liefervertrag mit dem anglo-kanadischen Handelshaus Hudson's Bay Company *"und gewann bei dieser Gelegenheit einen ersten Mentor, Lord Kindersley, künftiger Direktor der Bank Lazard (und von 1914-1946 Direktor der Bank of England), der ihm als Gehilfen die Türen öffnet und wertvolle Kontakte in der Handelswelt verschafft.*

Monnet stieg jetzt in den großen Hotels ab und wurde bald ganz anglo-amerikanisch. In einem Brief an Raymond Aron hat er selbst bekannt, "daß er eine doppelte Treuepflicht empfand, gegenüber England und den USA."

Im Herbst 1914 wurde ihm von der Hudson's Bay Company die Mission anvertraut, dem französischen Premierminister René Viviani die Idee näherzubringen, Logistik und Handelsflotte des Unternehmens für die Armee der Alliierten gegen die Mittelmächte zu nutzen. "Zufällig" war der Anwalt des Familienunternehmens von Monnet, Maître Benon, zugleich auch der Anwalt des Regierungschefs Viviani. *"So sind es freimaurerische Freundschaften, die es dem jungen Mann erlauben, vom Premierminister Viviani sofort selbst empfangen zu werden. In der Folge öffneten sich alle Türen des Grand Orient."*

Die geschäftliche Verbindung mit der Hudson's Bay Company kam zustande, so daß Lord Kindersley seinem Protegé Monnet ausdrücklich gratulierte. Durch Monnets Vermittlung er-

hielt das Kanadische Handelshaus später sogar das Monopol für französische Einkäufe in Kanada.

Dies war aber offensichtlich nur der Anfang einer umfassenden Tätigkeit Monnets für die Alliierten während des Ersten Weltkrieges. Nach Wikipedia arbeitete Monnet in weiteren *"interalliierten Einrichtungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es handelte sich dabei um paritätisch besetzte internationale Organe: zuerst binational britisch-französisch, dann trinational auch mit Italien und zuletzt auch mit den USA als viertem Partner. In dieser immer enger und straffer werdenden Organisation erfolgte die Koordination der kriegswirtschaftlichen Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten.*

1917 war so ein komplexes kriegswirtschaftliches Nachfrage-Kartell mit dem Allied Shipping Control als Zentrum entstanden. Es ging dabei um eine umfassende Verwaltung des kriegsbedingten Mangels und um eine effektive Regulierung der entstandenen heftigen Beschaffungskonkurrenz zwischen den Verbündeten."

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg knüpfte Jean Monnet in den USA, so referiert Gerald Brei aus de Villiers Buch weiter, ein weites persönliches Kontaktnetz, das er selbst "magischen Zirkel" nannte. So lernte er 1919 in der US-Reparationskommission von Versailles den Rechtsanwalt und späteren Außenminister John Foster Dulles kennen und wurde eng mit ihm befreundet.

Dieser verhalf ihm dann 1935 zur Gründung einer eigenen Bank mit seinem Freund George Murnane (*Monnet, Murnane & Co., New York*), in die er selbst investierte. Monnet befreundete sich auch mit dem einflußreichen Wallstreet-Banker Averell Harriman und wurde zusätzlich bei der Investmentfirma Blair & Co. (der späteren Bank of America) aktiv, wo er mit dem Rechtsanwalt John McCloy einen weiteren engen Freund mit zahlreichen Verbindungen gewann.

"Dieser wurde später Präsident der Weltbank, Hochkommissar in Deutschland, Präsident der Chase Manhattan Bank, danach Präsident der Fordstiftung. Er wird auch Verwalter bei der Rockefeller-Stiftung und von 1954 bis 1970 sogar Präsident des Council on Foreign Relations (von wo aus die US-Außenpolitik bestimmt wird). 1941 bis 1945 war John McCloy Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und einer der beiden politischen Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die Jean Monnet direkt führten.

Der andere war Harry Hopkins, die graue Eminenz und einer der für den 'New Deal' verantwortlichen Theoretiker. Von diesem Hopkins druckt de Villiers einen Brief vom Februar 1943 an Monnet ab, der im Befehlston an einen Untergebenen abgefaßt ist und Monnet auf eine geheime Mission nach Algier schickt, um der Politik der USA in Nordafrika zum Erfolg zu verhelfen."

Die Vereinigten Staaten in Europa

Nach dieser gründlichen Vorbereitung war Monnet nach Ende des Krieges der geeignete Mann, die US-amerikanische Vision für die künftige Gestaltung Europas durchzusetzen. Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles. ...

Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.

Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der

heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "in dem er", wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, "Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat."

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: "Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist."

Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.

"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."

Hier ist das Recht aus seiner Verwurzelung in der allgemeinen Moral, den ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, herausgelöst. Das Recht ist aber seinem Wesen nach Teil des moralischen Lebens und zwar der Teil, der wegen seiner besonders gravierenden Wirkung auf das gesellschaftliche Leben aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und allgemein verbindlich gemacht wird.

Das wirkliche Recht ist daher im Rechtsgefühl der Menschen verankert, das ein Gefühl der

Gerechtigkeit, d.h. der Moralität ist. Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.

So ist es folgerichtig, daß *"weder die Richter (des EuGH) noch die Europäische Kommission (welche die Gesetzesinitiative hat) demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt.*

Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."

Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.

Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:

"Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."

Darin komme ein prinzipielles Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen"*, heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"Von Anfang an", resümiert Gerald Brei, "ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde (eine Institution). ... Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos.

Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)

Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."*

Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.

In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:

"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.

Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt):

Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multi-unkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."

1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu*. Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angestrebte Weltregierung der geheimen Machteliten (x949/...):

>>**Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung**

Durch die modernen Kommunikationsmittel können heute die Menschen Anteil nehmen an dem, was fern von ihnen anderen in den entlegensten Gebieten der Erde geschieht. So entwickeln sie immer mehr ein globales Gesamtbewußtsein und wachsen nicht nur der Idee nach, sondern auch real durch die verschiedensten weltweiten wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Beziehungen zur einheitlichen Menschheit zusammen, in der alle immer mehr erleben, wie sie voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind.

Angesichts der damit verbundenen weltweiten Aufgaben und Probleme, insbesondere auch der globalen Kriege, haben sich daher immer wieder Menschen mit der Idee einer Weltregierung und eines Weltstaates beschäftigt.

So sah der Schriftsteller Ernst Jünger in einem Essay "Der Weltstaat" von 1960 in einer Weltrepublik den einzig verbleibenden Weg. Der Amerikaner Garry Davis rief 1948 die Weltbürgerbewegung ins Leben und forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in die er eindrang, zur Errichtung einer Weltverfassung und einer demokratisch gewählten Weltregierung auf. Namhafte Intellektuelle, darunter Albert Einstein,

André Gide, Albert Camus und Jean-Paul Sartre, bildeten ein Unterstützungskomitee, und 750.000 Menschen aus mehr als 150 Ländern ließen sich innerhalb von 2 Jahren in einem Register als Weltbürger eintragen (Wikipedia).

So verständlich solche idealistischen Bestrebungen sind: Sie stammen aus einem Denken, das die heute gewohnte hierarchische Staatsform, in der - gleich welcher Verfassung - stets eine kleine Elite über die große Masse herrscht, auf die ganze Erde überträgt, in der das Schicksal der ganzen Menschheit der Macht einer kleinen Weltelite ausgeliefert wäre. Das Illusionäre der derzeitigen Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen zu gewährleisten, würde in einer solchen Weltdiktatur dann auch für den Letzten vollends zutage treten.

Von dieser von unten angestrebten Weltbürgerregierung ist, wie es bei Wikipedia dezent heißt, eine "*von den aktuellen Machtkonstellationen dominierte Weltregierung*" zu unterscheiden. Das wäre eine Weltregierung, die von oben, von den Machteliten der führenden westlichen Staaten auf indirektem Wege ausgeübt und weiter vervollkommnet würde. Dafür gibt es

nicht nur Indizien, sondern zahlreiche Belege, und davon soll die Rede sein.

Sukzessive Auflösung der Souveränität der Staaten

Versetzt man sich in die wahnwitzigen Gedanken der Machteliten, die eine Weltregierung anstreben, dann müßte die Entwicklung logischerweise durch die sukzessive Auflösung der Souveränität der Nationalstaaten vorangetrieben werden. Dies wurde auch bereits auf den Haager Friedens-Konferenzen von 1899 und 1907 durch Pläne einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingeleitet, die man nach dem 1. Weltkrieg im "Völkerbund" institutionalisierte.

Als die Vorbereitungen zur Gründung des Völkerbundes liefen, sagte Rudolf Steiner warnend: *"Überstaaten, Überparlamente begründen, das ist so recht ein Zeichen dafür, daß die Menschen nicht herausschlüpfen mögen aus den alten Denknetzen. ..."*

Während man den einzelnen Staat zerklüften muß in seine drei Glieder (wie in Der Mensch als Maß skizziert), wollen die Menschen das Gegenteil. Sie wollen die ganze Erde ... zu einem großen Staat zusammenschweißen. Sie wollen das Gegenteil von dem, was in den Entwicklungskräften der Zeit begründet ist. Deshalb sollte (der Wissende) wirklich einsehen und es auch überführen in sein Wollen, daß ein starkes Anstürmen notwendig ist gegen dasjenige, was heute noch in der ganz entgegengesetzten Richtung geht."

"Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Staaten durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt", welche "die Autonomie der Nationalstaaten systematisch und zum Teil empfindlich beschneiden."

Zu diesen Institutionen gehören die Vereinten Nationen (UN) als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welt-Handels-Organisation (WTO), die EU, die NATO, der Internationale Strafgerichtshof usw.

Dabei muß man sich klar machen, daß die Übertragung nationaler Kompetenzen auf diese Organisationen noch lange nicht an ihr Ende gekommen ist, sondern ständig weitergetrieben wird und dem internationalen Recht, das dadurch geschaffen wird, stets und ausnahmslos Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht zukommt. Die EU gibt bereits ca. 80 % der nationalen Gesetze vor, die von den USA dominierte NATO beherrscht die Militärpolitik ihrer Mitgliedsländer, und welche Macht der IWF auf verschuldete Länder ausübt, erleben wir gegenwärtig in der europäischen Euro-Krise in drastischer Weise.

"Politische Entscheidungsfindung ist in praktisch allen westlichen Ländern weitgehend aus den dafür vorgesehenen verfassungsmäßigen Gremien ausgelagert worden, indem die Entscheidungsvoraussetzungen ... von privaten Stiftungen und Netzwerken oder von supranationalen Institutionen wie EU und UNO erarbeitet werden."

Transparenz ist in solchen Gremien nicht vorgesehen; die Öffentlichkeit bleibt ausgesperrt, und demokratische Kontrolle findet nicht statt. Gewählte Politiker sitzen gewissermaßen nur noch am Ende der Pipeline, und sie haben wenig Einfluß darauf, was in dieser Pipeline transportiert wird, es sei denn, sie gehören selbst den genannten Gremien an. Am Ende beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, abzunicken und der Öffentlichkeit als 'alternativlos' zu präsentieren, was zumeist schon längst entschieden worden ist."

Dieses internationale Netz wird von den Regierungen der Staaten geschaffen, also von den Vertretern der Vertreter der angeblich souveränen Völker, über deren Köpfen dies geschieht, ohne daß sie den geringsten Einfluß darauf ausüben könnten.

Die Kompliziertheit des Entscheidungsverfahrens bedeutet, *"daß eine einmal etablierte Ordnung dieser Art praktisch kaum mehr zu ändern ist, jedenfalls nicht auf Initiative einzelner Akteure oder Staaten hin. Staaten, die einmal in ein solches System verstrickt sind, können es nur als Ganzes akzeptieren oder es ganz verlassen - mit allen Nachteilen und Gefahren, die damit verbunden sind."*

Es ist ein internationales System, das nicht nur die Integrität der Völker und ihre Eigenständigkeit allmählich auflösen, sondern, damit verbunden, die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen und damit jede wahre Demokratie in einem ihm übergestülpten globalen Regelwerk vollends untergehen lassen will.

Welt-Commonwealth

Es liegt auf der Hand, daß eine Weltregierung primär in den Plänen derjenigen liegt, die sowieso durch ihre eigene politische und wirtschaftliche Macht eine Weltherrschaft anstreben: den anglo-amerikanischen Eliten.

Bereits Cecil J. Rhodes (1853-1902), wichtiger Impulsator des britischen Imperialismus, schwebte eine anglo-amerikanische Union vor, welche *"die Regierung der ganzen Welt antreten"* und *"den Frieden der Welt in alle Ewigkeit sichern würde."*

Der mit ihm befreundete W. T. Stead und, wie er berichtete, sowohl die Liberalen unter Lord Rosebury als auch die Konservativen unter Lord Salisbury nahmen diese Idee auf und ergänzten sie mit der einer Föderation der europäischen Staaten, die letztlich unter der Dominanz der anglo-amerikanischen Union stehen müsse.

In dem elitären Kreis des "Round Table", der von Alfred Milner, dem engsten Freund und geistigen Nachfolger Rhodes 1909 gegründet wurde und der bald wesentlichen Einfluß auf die britische Außenpolitik nahm, pflegte man diese Gedanken weiter.

Insbesondere die Mitglieder Philip Kerr und Lionel Curtis *"dachten an die Möglichkeit, ... eine Art Weltgemeinschaft auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage ins Leben zu rufen; aus diesem Hintergrund gingen die britischen Initiativen zur Schaffung des 'Völkerbundes' hervor"*, dessen Präsident der Round-Table Lord Robert Cecil 1923 wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb.

Die USA wurden nur deshalb nicht Mitglied des Völkerbundes, weil sich der US-Senat in seiner Autorität von Woodrow Wilson übergeben fühlte und die Ratifizierung des Versailler Vertrages ablehnte, dessen Bestandteil die Satzung des Völkerbundes war (Wikipedia).

Lionel Curtis forderte in seinem Buch "The Commonwealth of Nations" (London 1916), das britische Commonwealth dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den Weltfrieden herbeizuführen.

Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägtes Welt-Commonwealth geschaffen werden. Philip Kerr förderte diese Idee mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei *"die einzige Endlösung der Weltstaat"*. Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi. *"Europa - worunter der Kontinent ohne die britischen Inseln verstanden wurde - könne sich langfristig zu einem Commonwealth organisieren, was den Beitritt in das künftige Welt-Commonwealth unter transatlantischer Führung erleichtern würde."*

Übergang der Führung auf die USA

Im Ersten Weltkrieg verlor Großbritannien seine Weltmachtstellung de facto an die USA. Aber die britischen und amerikanischen Eliten arbeiten nach wie vor eng zusammen. Ableger des britischen "Round Table" gibt es auch in den USA. Und auf höchster Ebene existiert seit Ende des Ersten Weltkrieges die enge institutionelle Verbindung der je einflußreichsten Denkfabriken Chatham House in London und Council on Foreign Relations in New York, von denen die Richtlinien der Außenpolitik ausgehen.

"US-Präsident Franklin D. Roosevelt unternahm nach dem Scheitern des Völkerbundes noch während des Zweiten Weltkrieges einen zweiten Versuch, eine Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen, und erarbeitete zusammen mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta. Am 1. Januar 1942 beriefen sich 26 Staaten in der Deklaration der Vereinten Nationen auf die Prinzipien der Atlantik-Charta." (Wikipedia) Sie wurden 1945

gegründet und haben inzwischen 193 Mitglied-Staaten.

Doch darf man die Bedeutung der UNO nicht überschätzen. Sie ist nur schwer handhabbar, zumal die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, GB, China, Rußland und Frankreich jeweils ein Vetorecht haben, wenn ihre eigenen Interessen berührt sind. Viel effektiver sind die unter strammer US-Führung oder Abhängigkeit stehenden Organisationen wie NATO, IWF und EU für die anglo-amerikanischen Interessen einzusetzen und zum weiteren Souveränitätsabbau der Nationalstaaten in Richtung einer Weltregierung auszubauen. Wie stark dessen Realisierungswille besteht, wird an folgenden Aussagen einflußreicher Persönlichkeiten deutlich.

James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.2.1950 vor dem US-Senat: *"Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft."* (Wikipedia)

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern, UN-Berater und Mitglied der Trilateralen Kommission schrieb im *CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974*: *"Das 'Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. ... Denn wenn es darum geht die nationale Souveränität zu zerstören, ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen."*

Dazu gehören offensichtlich durch Ausbeutung und Kriege herbeigeführte massenhafte Migrationsbewegungen, die zur Destabilisierung der Staaten, zu Verschmelzungen und Identitätsverlust der Völker führen sollen. Willy Wimmer, früherer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, schildert aus seiner Erfahrung in NATO-Übungen, daß Flüchtlingsströme immer Gegenstand militärischer Planung seien.

Von David Rockefeller, 36 Jahre Direktor, 20 Jahre Vizepräsident und 15 Jahre Vorstandsvorsitzender des Council on Foreign Relations, Gründer der Trilateralen Kommission und Lenker der Bilderberg-Konferenzen, wird vielfach berichtet, er habe beim Bilderberg-Treffen 1991 in Baden-Baden vom 6. bis 9. Juni den Medien dafür gedankt, *"daß sie sich an ihr Versprechen Diskretion zu wahren, beinahe vierzig Jahre lang gehalten haben."*

Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden. Aber die Welt ist jetzt ausgeklügelter und vorbereitet in Richtung auf eine Weltregierung zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

Das klingt authentisch, wenn man hinzunimmt, daß er in seinen Memoiren von 2002 auf Seite 405 offen bekennt: *"Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich als 'Internationalisten' und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen - die einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf."* (Wikipedia)

Eliten-Netzwerk

Es ist auffällig, wie unter den Funktionseliten der westlichen Welt, mit Ausläufern bis in die der Schwellenländer und des postsowjetischen Raums, ein nahezu unangefochtener Konsens über diese Entwicklung besteht. Dabei versteht der größte Teil diese globale Ideologie als Inbegriff der Vernunft, die in Anbetracht der Geschichte alternativlos sei. Die globalen Probleme seien mit den alten nationalen Strukturen überhaupt nicht mehr zu lösen, insbesondere sei der Friede in der Welt nur auf diesem Wege zu erreichen und zu erhalten.

Was einst verheimlicht und als Verschwörungstheorie diskreditiert wurde, wird nun - Rockefeller gab das Signal - offen als notwendiges Mittel zur Bewältigung der weltweiten Krisen

ausgegeben. Gideon Rachman, Elitejournalist der *Financial Times* in London schrieb im Leitartikel vom 7.12. 2008: *"Zum ersten Mal in meinem Leben, glaube ich, die Bildung einer Art Weltregierung ist plausibel. Eine Weltregierung würde viel mehr als die Zusammenarbeit zwischen den Nationen bedeuten. Sie wäre ein Unternehmen mit staatsähnlichen Merkmalen, das durch eine Reihe von Gesetzen gestützt wird."*

David Held, Direktor der *London School of Economics*, einer der renommiertesten Universitäten der Welt, der die Zeitung *The Guardian* "mehr Einfluß auf die derzeitige politische Welt als jede andere Hochschule auf der Erde" bescheinigt (Wikipedia), sagte in einer am 14.4.2009 in 3Sat ausgestrahlten Sendung: *"Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet."* An dieser Umstellung führe auf Dauer kein Weg vorbei, da die neuen globalen Krisen langfristig nicht von einzelnen Staaten, sondern nur von einer Weltregierung gelöst werden könnten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz "Falling Walls" für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten:

"Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? ... Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen." -

"Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist."

Wolfgang Schäuble bezeichnet am 11.1.2013 in Heidelberg ebenfalls globale Strukturen als unausweichlich und notwendig: *"Diese Herausforderungen der Zukunft sind am stärksten geprägt durch das, was wir 'Globalisierung' nennen: eine sich beschleunigende Entnationalisierung und transnationale Verflechtung ökonomischer, politischer und kultureller Systeme. ... Die Globalisierung hat zur Folge, daß das Regulierungsmonopol des Nationalstaates auch außerhalb Europas an seine Grenzen stößt. Dadurch werden neue Formen von Governance hinzutreten."*

Auch der ganz auf absoluter Autorität beruhende Vatikan stimmt in den elitären Chor ein. Am 7.7.2009 meldete "Die Welt": *"Papst Benedikt XVI. hat die Schaffung einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht. ..."*

Die bereits von seinem Vorgänger Johannes Paul II. angeregte, über die UN hinausgehende Weltautorität ist nach Benedikts Worten nötig, 'um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, eine Verschlimmerung der Krisen und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen.' Außerdem gehe es darum, eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren."

Sein Nachfolger Franziskus forderte ebenfalls mit einer neuen Enzyklika am 18.6.2015 *"eine ökologische Wende und wünscht sich, den 1963 verstorbenen Papst Johannes XXIII. zitierend, eine politische Weltregierung ("Weltautorität"), die Umweltschutz wirksamer durchsetzen könnte als Nationalstaaten."* (FAZ vom 18.6.2015)

Vorstufe "Vereinigte Staaten von Europa"

Wie oben angedeutet, pflegten schon die britischen Eliten Anfang des vorigen Jahrhunderts die Idee einer europäischen Föderation unter anglo-amerikanischer Dominanz. Aber nicht nur sie, sondern natürlich auch amerikanische Kreise unterstützten Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Bewegung. Mächtigen Einfluß nahm Winston Churchill darauf. Am 14.5.1947 wurde er in einer Rede in London ganz deutlich:

"Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa

die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles." (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Ein Jahr später, welcher merkwürdiger Einklang, verankerte der Parlamentarische Rat in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP):

"Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweißes der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. Aber ich glaube nicht, daß wir zur Weltregierung kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein." Das bedeutet, auch die deutsche Elite war sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.

Der oben bereits zitierte Journalist Gideon Rachman schrieb in dem Leitartikel in der *Financial Times* vom 8.12.2008 weiter: *"Die Europäische Union hat bereits eine kontinentale Regierung für 27 Länder und könnte ein Modell sein. Die EU hat ein oberstes Gericht, eine Währung, Tausende von Seiten des Gesetzes, einen großen öffentlichen Dienst und die Fähigkeit zur Bereitstellung militärischer Gewalt. Könnte sich das europäische Modell weltweit verbreiten?"* Und das "europäische Modell" wird von der derzeitigen EU mittels der herbeigeführten Krisen unerbittlich zum vollen europäischen Staat vorangetrieben.

Und auch Wolfgang Schäuble plädiert in seiner oben angeführten Rede vom 11.1.2013 für die EU als Vorstufe zu einer globalen Regierung: *"Daher lautet meine erste Begründung für die Notwendigkeit einer weiter fortschreitenden europäischen Einigung, daß eben diese den mit Abstand am weitesten entwickelten Ansatz für neue Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen bildet, also eine Form von Governance, die auch die globalisierte Welt als Ganzes entwickeln muß.*

Diese neuen Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen in Europa sind zugleich ein Beitrag zu unserer globalen Verantwortung, die wir Europäer im Hinblick auf unsere weltgeschichtliche Rolle in den zurückliegenden Jahrhunderten nicht geringschätzen sollten."

Manfred Kleine-Hartlage zieht am Ende seines zitierten Essays ein ernstes Fazit: *"Die Umriss einer durchaus nicht kommunistischen oder faschistischen, wohl aber totalitären und, einmal errichtet, nicht mehr zu beseitigenden globalen Diktatur zeichnen sich deutlich ab. Alle zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Strategien laufen bereits, und dies zum Teil schon seit vielen Jahrzehnten. Ob dieser Prozeß noch umkehrbar ist? Wenn ich Optimist wäre, würde ich sagen: Es ist 1 Minute vor 12." ...<<*

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/15174" berichtete am 8. November 2019 (x1.049/...): >>>Fridays for Future - ein Instrument global-strategischer Interessen

"Fridays for Future" hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einer globalen Klimaschutzbewegung entwickelt. Angesichts der enormen Wucht, mit der diese bereits jetzt Forderungen an die etablierte Politik stellt, gilt es inne zu halten. Betrachtet man nämlich ähnlich große Bewegungen oder Revolutionen in der Vergangenheit, so stellt man fest, daß die Menschen dabei als Werkzeuge fremder Interessen mißbraucht wurden. Könnte dies auch bei "Fridays for Future" der

Fall sein?

Seit Greta Thunberg Mitte 2018 begann, sich aktiv in der Öffentlichkeit gegen die angeblich durch den Menschen verursachte Erderwärmung einzusetzen, hat sich "Fridays for Future" zu einer globalen Klimaschutzbewegung entwickelt. Beim Klimastreik am 20. September 2019 rief die "Fridays for Future-Bewegung" bereits in fast 160 Staaten zum Streik auf.

Angesichts des rasanten Wachstums dieser Bewegung und der enormen Wucht, mit der diese bereits jetzt Forderungen an die etablierte Politik stellt, gilt es innezuhalten, um einen Blick auf ähnlich große Bewegungen oder Revolutionen in der Vergangenheit zu werfen. Denn bereits der spanisch-amerikanische Philosoph und Schriftsteller George Santayana sagte: "Ein Volk, das sich seiner Geschichte nicht erinnert, ist dazu verurteilt, sie erneut durchleben zu müssen."

Betrachtet man die letzten großen Revolutionen der Vergangenheit, wie z.B. die Revolution in Rußland 1917, die chinesische Kulturrevolution 1966, die Farbrevolutionen wie z.B. 2004 in der Ukraine oder den Arabischen Frühling ab 2010, so waren diese Umstürze von langer Hand geplant und die Menschen wurden dabei als Werkzeuge fremder Interessen mißbraucht. Die Oktoberrevolution 1917 in Rußland wurde z.B. von der Finanzelite und insbesondere von den Rothschilds sorgfältig eingefädelt und mit gewaltigen finanziellen Mitteln unterstützt.

Der Führer der chinesischen Revolution Mao Zedong war ein Zögling von "Yale in China", einem getarnten Geheimdienstnetzwerk der US-Elite, das die Maoisten an die Macht brachte. Alle Farbrevolutionen und auch der Arabische Frühling wiederum wurden von den US-Regierungen von langer Hand geplant und mit Milliarden von Dollars durchgesetzt.

Interessanterweise ist jetzt auch die "Fridays for Future-Bewegung" nicht zufällig entstanden. Organisiert und geplant wurde sie bereits 2015 von der "Plant for the Planet-Foundation". Diese kontrolliert jetzt die Finanzen von "Fridays for Future" und kümmert sich auch um die gesamte Organisation der Bewegung. Hinter der Foundation stehen globalistische sogenannte Denkfabriken wie beispielsweise der von David Rockefeller gegründete und auch finanziell unterstützte "Club of Rome".

Auf der Mitgliederliste des "Club of Rome" stehen äußerst einflußreiche Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien, wie z.B. der Medienmogul Ted Turner. Daher ist der kometenhafte Aufstieg von Greta Thunberg und die massive Unterstützung von "Fridays for Future" durch die Medien in keiner Weise mehr verwunderlich. Auch finanziell hat die globale Klimaschutzbewegung mächtige Unterstützer.

So haben Aileen Getty, die Erbin des gewaltigen Getty Erdöl-Imperiums, und auch die Nachfahren der einflußreichen Kennedy-Dynastie bis zum Ende des Jahres Spenden in Höhe von einer halben Milliarde Euro in Aussicht gestellt. Ebenso setzt sich der Multimilliardär George Soros für den Klimaschutz ein.

Er unterstützt mittels seiner "Open Society Foundation" die radikale Klimaschutzorganisation "Extinction Rebellion" (Rebellion gegen das Aussterben). Auf diese Weise wird die junge Klimaschutz-Bewegung durch elitäre Kreise mit mächtigen finanziellen Mitteln ausgestattet, um gewaltigen Druck auf die Politik aufbauen zu können. Hier stellt sich natürlich die Frage, ob es all diesen einflußreichen Personen wirklich um Klimaschutz geht.

Wie in der Sendung "CLUB OF ROME-Schulen" aufgezeigt wurde, ist es nicht das Ziel des "Club of Rome", das Klima zu retten, sondern mittels solch globaler Krisen eine Eine-Welt-Regierung zu erschaffen. Auch David Rockefeller bekannte sich ganz offen dazu, Mitglied einer geheimen Verschwörung zu sein, um dieses Ziel zu erreichen. Der Klimawandel ist somit eine willkommene Gelegenheit, um vor allem die besorgte Jugend für das Ziel der "Eine Welt Regierung" zu mißbrauchen. Greta Thunberg spricht sogar ganz offen aus, daß mit den bestehenden politischen Systemen ihre Ziele nicht zu erreichen sind und ruft damit indirekt zu einem Systemwechsel auf.

Wie interne Dokumente belegen, strebt "Extinction Rebellion" sogar eine internationale Rebellion an und will nach einem Zusammenbruch der westlichen Demokratien die Welt auf den richtigen Kurs bringen. Die Aktivisten dieser extremen Bewegung sind auch keine reinen Idealisten, sondern erhalten pro Woche bis zu 450 Euro "Aufwandsentschädigung" von "Extinction Rebellion" und sollen ab Dezember 2019 sogar über ein reguläres Lohn- und Gehaltssystem bezahlt werden!

Äußerst gefährlich bei der aktuellen Klimaschutzbewegung ist, daß die Jugend gegen die ältere Generation aufgehetzt wird und diese wiederum gegen die Jugend. Dies ist die alte Strategie nach dem Prinzip: "Teile sie und beherrsche sie!" Deshalb ist es äußerst wichtig, sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen, sondern miteinander zu reden und gemeinsam die Werke dieser globalistischen Elite aufzudecken, die uns nur für ihre Ziele mißbrauchen möchte. ...<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 3. Dezember 2019 (x1.000/...): >>Was ist der "Tiefe Staat"?

In den 1980ern hieß der Staatsfeind Nr. 1 Linksterrorismus. Heute hat sich die offizielle Sichtweise des Staatsfeindes auf den sogenannten "Rechtsterrorismus" verlagert. ...

Nach der Ermordung des deutschen CDU-Politikers Dr. Walter Lübcke Anfang Juni 2019 überschlugen sich wochenlang die Meldungen über die Hintergründe der Mordtat. Als Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den sich Lübcke durch eine Äußerung im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Sofort vermittelten die Leitmedien ein fixes Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1". Noch in den 1980ern wurde der Linksterrorismus als "Staatsfeind Nr. 1" bezeichnet.

Wie konnte sich die öffentliche Sichtweise um 180° drehen? Sollen hier möglicherweise die Feindbilder "Rechtsterrorismus" und "Linksterrorismus" von ganz anderen Kräften ablenken, die im Hintergrund den Rechtsstaat und die Demokratie torpedieren? Der renommierte Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten "Tiefen Staat", der mit verdeckter Kriegsführung und Operationen unter falscher Flagge die demokratischen Strukturen weltweit unterwandert hat. Diese Sendereihe widmet sich der Aufdeckung von Mechanismen und Instrumenten dieser Unterwanderung. Was ist der tiefe Staat?

Der Begriff "Tiefer Staat" beschreibt seit den 1970er Jahren demokratisch nicht legitimierte Macht- und Entscheidungsstrukturen in Geheimdiensten, Militär, Politik und Justiz. Seit den 1990er Jahren wurden weltweit agierende Netzwerke enttarnt, die im Verborgenen die Interessen einer heimlichen Machtelite verfolgen. Egal, welche politische Partei aktuell regiert, unter dem Deckmantel der Demokratie wurde und wird unbemerkt die Verwirklichung lang angelegter Pläne* vorangetrieben. Das Ziel sei die Machtausweitung und Geldanhäufung bei den global dominierenden Familien (z.B. Rothschilds, Rockefellers).

Die Mittel sind das durch FED und EZB (US-amerikanische und europäische Zentralbank) dominierte Finanz- und Wirtschaftssystem und die von Geheimdiensten initiierten Kriege, Krisen und Terroranschläge. Zur Verschleierung der Ziele und Mittel wird die öffentliche Meinung über Think-Tanks in enger Zusammenarbeit mit den Leitmedien derart manipuliert, daß selbst menschenfeindliche Handlungen als moralisch berechtigt empfunden werden. Die sichtbaren und unsichtbaren Akteure im Tiefen Staat werden durch ein Belohnungs- und Erpressungssystem gesteuert.

Wer nicht kooperiert oder die Machthierarchie gefährdet, wird im Ruf ruiniert, mit Sanktionen belegt oder ermordet. Verschwörungstheorie? Nein, sondern knallharte Verschwörungspraxis der Machtelite! Und deren Wunderwaffe ist der "Tiefe Staat". ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Dezember 2019 (x1.000/...): >>Jahrhundertealte Geheimpläne

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Ent-

wicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike 1871.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 10. Dezember 2019 (x1.075/...): >>Der Klimawahnsinn gefährdet die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen

Der Klimawahnsinn der letzten Monate zusammengefaßt:

Der Individualverkehr ist eine Quelle von CO₂. Der Individualverkehr muß eingeschränkt werden.

Der Individualtourismus mit Luxuslinern oder Billigflug ist eine Quelle von CO₂. Der Individualtourismus muß eingeschränkt werden.

Der individuelle Verbrauch von Strom und Energie basiert zu großen Teilen nach wie vor auf fossilen Brennstoffen. Fossile Brennstoffe müssen durch unzuverlässige Formen der Stromerzeugung ersetzt, der individuelle Verbrauch von Strom und Energie muß eingeschränkt werden.

Die Landwirtschaft emittiert zu viel CO₂. Die intensive Landwirtschaft muß eingeschränkt werden.

In der Landwirtschaft werden Herbizide eingesetzt, die Panikattacken bei Kenntnislosen auslösen. Der Einsatz von Herbiziden, der intensive Landwirtschaft erst ermöglicht, muß verboten werden.

Der Welthandel basiert auf Schifffahrt. Rund 80 % des globalen Handels wird über Schiffe abgewickelt. Schiffe, so hat die ZEIT neuerdings erkannt, emittieren CO₂, deshalb muß auch der Schiffsverkehr, der globale Handel mit Schiffen eingeschränkt werden.

Merken Sie, in welche Richtung der gesamte Klimaalarmismus weist? Es ist ein großangelegter Versuch, individuelle Rechte zu zerstören und den Lebensstandard von Menschen in westlichen Gesellschaften gleich mit. Menschen, die gut leben, so wohl das Kalkül, sind schwierig zu kontrollieren, denn man kann ihnen nicht einfach den Zugang zu Nahrung und Freiheitsrechten abschneiden, um sie gefügig zu machen.

Die Chinesische Regierung, von deren Vorreiterrolle in Punkto Zerstörung individueller Freiheitsrechte wir gestern berichtet haben, zeigt, in welchen Dimensionen Regierungen mittlerweile nicht nur denken, sondern handeln.

Die Vorgehensweise der Klimaalarmisten ist bifurkal, Bürger sollen regelrecht in die Zange genommen werden.

Die eine Stoßrichtung zielt darauf, Versorgung zu erschweren, etwa Stromversorgung und Zugänge zu Ressourcen, wie z.B. das eigene Auto, den Flug, die Kreuzfahrt zu kontrollieren. Die zweite Stoßrichtung zielt darauf, Produkte und Leistungen so zu verteuern, daß die Zahl derjenigen, die sie sich leisten können, radikal sinkt. Stoßrichtung 1 funktioniert über Verbote oder "den Ausstieg aus Technologien", Stoßrichtung 2 funktioniert über die hohe Subvention von nicht verlässlichen Technologien z.B. der Stromproduktion und über den CO₂-Ablaufhandel.

Egal, welcher Zugang gewählt wird, in jedem Fall sind Bürger diejenigen, die die Folgen der Regelungen zu tragen haben, Folgen, die sich in Freiheitsraub und in einer Verteuernung des jeweiligen Lebensstils niederschlagen, so daß das Leben, das Menschen in westlichen Gesellschaften in den 1960er, 1970er, 1980er, 1990er und 2000er Jahren gewohnt waren, für viele nicht mehr erreichbar sein wird.

Es ist fünf vor Zwölf, wenn dieser Wahnsinn noch gestoppt werden soll, denn die Scharfrichter der individuellen Freiheit sind derzeit in Madrid dabei, in Verträgen die Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung zu beschließen.

Was die Durchsetzung diese Wahnsinns erleichtern soll, sind u.a. Beiträge in Medien, die einst Presse genannt wurden und die ihre Aufgabe heute offenkundig nur noch darin sehen, irgendwelchen Hysterikern und Mächteternkontrolleuren die Möglichkeit zu geben, ihre Hirngespinnste auszuleben und sich bei staatlichen Funktionären anzudienen.

Ein Ablaßhandel wie der auf CO₂-Emissionen ist ein Riesengeschäft. Tatsächlich sind seit 2013 allein 2,5 Billionen US-Dollar in angebliche Maßnahmen gegen den Klimawandel geflossen. Effekt auf den CO₂-Ausstoß: Null. Die Emissionen sind weiter gestiegen und sie werden weiter steigen, denn China und Indien bauen Kohlekraftwerke. Dort ist man daran interessiert, den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu heben, während in europäischen Gesellschaften die Senkung des Lebensstandards politisches Ziel zu sein scheint.

Am Ablaßhandel verdient eine Armada von Kostgängern mit. Kostgänger, die Studien erstellen, die Lobbypolitik für diejenigen betreiben, die alternative Produkte zu denen, die vom Ablaßhandel betroffen sind, vertreiben. Und die angebliche Qualitätspresse, deren Qualitäten vornehmlich darin zu finden sind, Kritik durch Anbiederung ersetzt zu haben, stellt den entsprechenden Kostgängern noch ein Forum zur Verfügung.

In der ZEIT, in der gerade Stimmung gegen den globalen Schiffsverkehr gemacht wird, liest sich das wie folgt:

"Doch während Kohle, Industrie und Verkehr unter Druck sind, ihren Treibhausgasausstoß zu senken, reguliert Europa die Schifffahrt bisher kaum - mit dem Ergebnis, daß die Emissionen in dieser Branche in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind, statt zu sinken. Und weil die Schifffahrt mit dem Welthandel wächst, wird sich daran absehbar wohl kaum etwas ändern. Es sei denn, die Politik ergreift Gegenmaßnahmen.

Es bestehe die Gefahr, daß die Untätigkeit in der Schifffahrt die klimapolitischen Fortschritte in anderen Bereichen zunichte macht, warnen die Experten von T&E. Sie empfehlen, den Schiffsverkehr in den Europäischen Emissionshandel zu integrieren. Das Geld, das die Reedereien dann zahlen, könnte in einen Fonds fließen, der die Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben fördert."

Die "Experten von T&E", sind "Experten", die in einer europäischen Lobbyvereinigung, die sich selbst als "NGO" bezeichnet, arbeiten. T&E charakterisiert sich selbst wie folgt:

"Transport & Environment's (T&E) vision is a zero-emission mobility system that is affordable and has minimal impacts on our health, climate and environment (Die eierlegende Wollmilchsau.)

Since we were created 30 years ago, T&E has shaped some of Europe's most important environmental laws. We got the EU to set the world's most ambitious CO₂ standards for cars and trucks but also helped uncover the dieselgate scandal; we campaigned successfully to end palm oil diesel; secured a global ban on dirty shipping fuels and the creation of the world's biggest carbon market for aviation - just to name a few."

Die deutschen Mitglieder von T&E sind "die Experten" des NABU, der Deutschen Umwelthilfe und der Verkehrsclub Deutschland.

Alle, die sich bei T&E zusammengeschlossen haben, verfolgen das Ziel, fossile Brennstoffe zu ächten, ihren Gebrauch zu unterbinden oder mit hohen Kosten zu versehen. Alle, die dort zusammengeschlossen sind, reiten die Welle der CO₂-Hysterie und werden dabei reich, sehr reich. Es lohnt sich also, die Welt zu retten, bzw. vorzugeben, dasselbe zu tun.

Wundert es jemanden, daß "die Experten von T&E" nun den globalen Handel über Seewege ins Visier genommen haben? Ehrlich gesagt ist es für uns eher erstaunlich, daß sie erst jetzt gemerkt haben, daß man auch durch die Erpressung von Reedern und die Erweiterung des Kinderkreuzzuges auf den globalen Handel per Schiff eine erhebliche Einkommensquelle erschließen kann.

Durch CO₂-Emissionshandel oder durch ein Verbot bestimmter Schiffstypen, Schiffsantriebe. Egal, was am Ende herauskommen wird, die Bürger in Europa müssen dafür bezahlen. Egal, was am Ende herauskommen wird, die Bürger in Europa werden eine Einbuße im Lebensstandard hinnehmen müssen. Egal, was am Ende herauskommen wird, es wird KEINERLEI Effekt auf die globalen CO₂-Emissionen haben, aber maximalen Schaden bei den Bürgern

Europas bewirken. ...

Der weltweite CO₂-Ausstoß im Jahr 2018 betrug 37,1 Gigatonnen. Im Vergleich zu 2017, in dem der Ausstoß bei 36,2 Gigatonnen lag, ist dies ein Plus von 0,9 Gigatonnen. Der gesamte Schiffsverkehr hat, wie in einer Studie aus dem Jahr 2014 geschätzt wird, einen Ausstoß von 796 Millionen Tonnen CO₂. Nehmen wir an, der Ausstoß sei über die letzten vier Jahre um rund 9 % angestiegen, schreiben wir die Emissionen linear fort, dann ergeben sich 868 Millionen Tonnen CO₂.

Der Anteil der Handelsschifffahrt am CO₂-Ausstoß im Jahr 2018 betrug somit knapp 2,2 %. Der Anstieg der CO₂-Emissionen im Vergleich der Jahre 2018 und 2017 betrug 2,4 %. Mit anderen Worten: Selbst wenn die Handelsschifffahrt von heute auf morgen eingestellt würde, würde dies nichts daran ändern, daß die CO₂-Emissionen weltweit weiter steigen. Allerdings würde die Grundversorgung der Bürger mit Lebensmitteln dadurch unmöglich und eine Hungersnot unausweichlich.

Der verbreitete Alarmismus dient einzig und allein der Selbstbereicherung, der Legitimation eines der bislang systematischsten Versuche, Individualrechte und Lebensstandard zu zerstören und Bürger in Abhängigkeits- und Kontrollbeziehungen mit ihren Staaten zu zwingen:

"Es bestehe die Gefahr, daß die Untätigkeit in der Schifffahrt die klimapolitischen Fortschritte in anderen Bereichen zunichte macht, warnen die Experten von T&E. Sie empfehlen, den Schiffsverkehr in den Europäischen Emissionshandel zu integrieren. Das Geld, das die Reedereien dann zahlen, könnte in einen Fonds fließen, der die Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben fördert."

Und natürlich dient der ganze Raubzug auf die Einkommen, für die die meisten Bürger lange arbeiten müssen, der Umverteilung. Die CO₂-Steuer, die der Handelsschifffahrt auferlegt werden soll, wird natürlich auf die Preise umgelegt. In Madrid wird derzeit nicht darüber verhandelt, welche Unternehmen wie viel Abfaß bezahlen müssen, sondern darüber, wie groß die Last sein wird, die den Bürgern in den einzelnen Staaten aufgebürdet wird. Denn es sind Bürger, Sie, wir, die die Kosten tragen müssen, die Kosten für teurere Transportwege, die Kosten für teurere Verpackungen, die Kosten für teurere Erzeugung, die Kosten für teurere Produktion u.v.m.

Die Erträge aus der CO₂-Steuer, die Bepreisung eines Moleküls, ohne das Leben auf der Erde nicht möglich wäre, so kann man nachlesen, sind bereits eine feste Rechnungsgröße im Budget der Klimawandel-Mafia.

Die höheren Kosten, die Senkung des Lebensstandards für viele, das ist der Preis dafür, daß das Klima, nein, der Planet, nein, die Welt vor etwas gerettet wird, was vor einigen Jahrzehnten frei erfunden wurde: dem menschengemachten Klimawandel, für den bislang jeder Beleg fehlt, denn was wir sehen ist Klimawandel, wie er sich seit Jahrtausenden auf der Erde ereignet. Daß Menschen daran einen Anteil haben sollen, ist der erfolgreichste PR-Stunt der letzten Jahrhunderte und der lukrativste obendrein.

Das IPCC hat im Vierten Assessment Bericht aus dem Jahre 2007 die folgende Abbildung des CO₂-Zyklus veröffentlicht, die deutlich zeigt, mit welcher Art von "Wissenschaft" man es bei den Klimaalarmisten zu tun hat:

Die roten Zahlen sollen zeigen, wie sich der Anteil von CO₂ durch menschliche Aktivitäten in der Atmosphäre verändert hat. Sie wurden durch einen simplen Vergleich mit Schätzungen für vor-industrielle Level von CO₂ im Jahre 1750 unter Verwendung der Grundrechenarten fabriziert. Wie man sieht, ist alles, was sich seit 1750 in der Atmosphäre verändert hat, auf menschlichen Einfluß zurückzuführen. Seit 1750 ist die Abgabe von CO₂ durch die Weltmeere konstant geblieben.

Es gab seit 1750 nichts, was zu mehr Pflanzenrespiration von CO₂ geführt hätte, keine Zunahme in der Freisetzung von CO₂ durch verrottende Pflanzen, es gab keine außergewöhnli-

chen Vulkanausbrüche, keine sonstigen Ereignisse, die mit einer hohen CO₂-Emission verbunden sind, einfach nichts. Die Natur bleibt stabil, passiv, hat sich seit 1750 nicht verändert. Alles, was sich seit 1750 verändert hat, ist auf menschlichen Einfluß zurückzuführen.

Wer dieses Märchen glaubt, der muß alle Märchen glauben, zum Beispiel dieses: Die erhöhte Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre sei Ursache einer Erwärmung, die in der Realität so deutlich hinter den Vorhersagen der grandiosen Klimamodelle der Klimaalarmisten zurückbleibt, daß einem Wissenschaftler die Scham ins Gesicht geschrieben wäre, hätte er sich darauf verlassen. Eiskernbohrungen zeigen, daß ein Anstieg des CO₂-Levels in der Atmosphäre einer vorausgegangenen Erwärmung nachfolgt.

Märchen 1 ignoriert jeden Einfluß der Natur auch sich selbst und führt einen Kult anthropogener Einzigartigkeit ein.

Märchen 2 kehrt Ursache und Wirkung um, zerstört damit die Wissenschaft und verlangt von denen, die das Märchen glauben, der Rationalität abzuschwören.

Wenn es darum geht, arbeitende Menschen auszurauben, dann waren die leistungslosen Klassen, die Schwätzperten und sonstigen menschlichen Schilde gegen Probleme, die es ohne sie gar nicht gäbe, immer sehr erfindungsreich. Die Kunst, von der Arbeit anderer zu leben, ist eine der am weitesten entwickelten Künste, ihr derzeitiges Kultobjekt wird von einem UN-Wanderzirkus durch die Länder der Erde getragen, sein Titel: "Menschengemachter Klimawandel".

Übrigens, wenn Sie wissen wollen, warum die Journallie und die politische Kaste, die sich für das Establishment hält, Donald Trump so hassen, hier eine Erklärung:

Patrick Moore, co-founder of Greenpeace: "The whole climate crisis is not only Fake News, it's Fake Science. There is no climate crisis, there's weather and climate all around the world, and in fact carbon dioxide is the main building block of all life." @foxandfriends Wow!

- Donald J. Trump (@realDonaldTrump) 12. März 2019<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 8. Januar 2020 (x1.159):
>>Acht Männer besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung

Jürgen Böning

Seit 2009 berechnet Oxfam, der internationale Verbund von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, die Vermögensverteilung der Welt.

Anhand der Forbes-Liste, die Jahr für Jahr die Privatvermögen der reichsten Menschen der Welt verzeichnet, rechnet Oxfam die Beträge zusammen, bis die Summe so viel beträgt, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt.

Waren es 2009 noch 380 Milliardäre, deren gemeinsames Vermögen so groß war wie das der ärmeren Hälfte der Menschheit, so sind es heute nur noch acht. Im Lauf von zehn Jahren hat eine Vermögenskonzentration stattgefunden, wie sie die Menschheit zuvor noch nicht erlebt hat.

Amazon-Chef Jeff Bezos und Microsoft-Gründer Bill Gates führen die Liste an, New Yorks ehemaliger Bürgermeister Michael Bloomberg belegt Platz acht .

Markt- und Machtentfaltung ihrer Unternehmen und Börsenkurse auf Rekordniveau sorgten für eine immense Steigerung des Geldwertes ihrer Firmenanteile, so daß die Zahl derjenigen, die zusammen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Welt, derart dramatisch sank.

So viel braucht doch kein Mensch!

Dabei geht es gar nicht um Konsum, sondern um Macht. 100 Millionen Mal mehr als eine Person aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung durchschnittlich zur Verfügung hat, können diese Milliardäre gar nicht verbrauchen. Sie konsumieren ihr Vermögen im Unterschied zu den Ärmern der Welt auch gar nicht, sie lassen mit dem Geld produzieren, um ihr Vermögen zu erhalten und es zu vermehren.

Die acht Personen könnten die Hälfte der Weltbevölkerung beschäftigen - mehr Macht hat noch niemand vor ihnen besessen - auch kein Sonnenkönig. Und wenn sie Milliarden Menschen einstellen würden, was sie nicht tun, denn sie beschäftigen auch Personen aus der reicheren Hälfte der Weltbevölkerung, dann verlieren sie durch diesen produktiven Konsum kein Geld. Die Lohnabhängigen verbrauchen ihr Einkommen durch ihren Konsum und müssen immer wieder für Geld arbeiten.

Die acht Personen und die anderen großen und kleineren Kapitaleigner mehren dagegen ihr Vermögen, weil sie das behalten können, was die Lohnabhängigen produziert haben und auf diese Weise immer weitere Produktionsmittel - Fabriken, Büros, Firmen, usw. - erwerben. Sie werden durch das Ausgeben ihres Geldes nicht ärmer, sondern reicher.

Macht und Konsum

Es handelt sich also nicht darum, ob der ärmere Teil der Weltbevölkerung den Produktionsmittelbesitzern ihren Konsum neidet, sondern darum, ob die Lohnabhängigen es zulassen, daß die Besitzer der Produktionsmittel darüber bestimmen, wen sie bei der Kapitalvermehrung beschäftigen, was zu welchem Zweck produziert wird und an welchen anderen Zielen als der Profiterzielung diese Produktion orientiert ist.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 31. Januar 2020 (x1.000/...): >>**Soziale Experimente am Volk**

Beruhet der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt auf einem sorgfältig geplanten Programm? So lehren es zumindest erfolgreiche Täuschungsmanöver der Vergangenheit. Denn in den 60er Jahren ist die Hippie-Bewegung nicht zufällig entstanden ...

Im Jahr 1913 wurde in London das Tavistock-Institut gegründet. Nach dem 1. Weltkrieg bildete es viele "Ableger", so daß ein regelrechtes Netzwerk solcher Institute entstand. Finanziert wurde es zunächst durch das englische Königshaus, später jedoch u.a. von den Rothschilds und den Rockefeller-Stiftungen. Der Auftrag des Instituts bestand darin, Propagandatechniken zur psychologischen Kriegsführung zu entwickeln, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Diese Techniken wurden jedoch nicht nur für Kriegszwecke genutzt. Laut Dr. John Coleman, einem ehemaligen Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes MI6, ist auch der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt das Ergebnis eines sorgfältig geplanten Programms des Tavistock-Instituts. Demnach wurde die Bevölkerung offensichtlich gezielt manipuliert und in diese Richtung gelenkt. Ein Musterbeispiel ist das legendäre Woodstock-Festival im US-Bundesstaat New York, das sich am 15.8.2019 zum 50. Mal jährte.

Das Festival gilt bis heute als Höhepunkt der Hippiebewegung der 1960er Jahre. Ausdruck dieser sog. Jugendbewegung waren Friedens-Demos, neue Musik, sexuelle Freizügigkeit und Drogen. Der Schriftsteller Robin de Ruiter und die Philosophin Dr. Claudia Simone Dorchain sehen in der Hippiebewegung jedoch keine selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen. Diese seien lediglich Opfer eines groß angelegten sozialen Massenexperiments geworden. Demnach wurde die gesamte Hippiebewegung von Handlangern des CIA und des britischen Geheimdienstes MI6 unterwandert und vom Tavistock-Institut gesteuert.

John Lennon, Sänger und Gitarrist der britischen Rockband "The Beatles", sagte hierzu, daß Drogen wie das außergewöhnlich bewußtseinsverändernde LSD mit voller Absicht in der Gesellschaft verbreitet worden waren, um soziales Chaos anzurichten und einen allgemeinen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen. Den Gipfel der Manipulation sieht Dr. Dorchain bei diesem "Drogenexperiment" allerdings darin, daß der jungen Generation diese gezielte Beeinflussung als großer Befreiungsschlag verkauft wurde.

Die erfolgreichen Täuschungsmanöver der Vergangenheit lehren uns, daß die betrogenen

Menschen dafür einen hohen Preis zahlen mußten. So wurde allein durch das "Drogenexperiment" der Hippiebewegung die Gesundheit und das Leben vieler Jugendlicher ruiniert. Deshalb ist es jetzt um so wichtiger, all die Täuschungsmanöver unserer Zeit rechtzeitig ans Licht zu bringen und über die Zusammenhänge zu informieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 9 berichtete im Januar 2020 über den Luftkrieg der Alliierten gegen die deutsche Zivilbevölkerung (x359/12-14): >>**Strategie ohne Moral**

Die Alliierten schreckten vor Terrorbombardements der Zivilbevölkerung nicht zurück. Im Frühjahr 1945 radikalisierten sie ihr Vorgehen weiter.

Die Royal Air Force (RAF) begann die Angriffe auf deutsche Städte am 15./16. Mai 1940. Die deutschen Angriffe auf England setzten nach dem Frankreichfeldzug am 13. August 1940 ein. Großbritannien hatte das Friedensangebot Hitlers abgelehnt.

Am 14. September 1940, zehn Tage nach dem er öffentlich das "Ausradieren" englischer Städte angekündigt hatte, erklärte Hitler gegenüber dem Generalstabschef der Luftwaffe: "... der Angriff auf kriegswichtige Teile ist immer das Wichtigste, weil er Werte zerstört, die nicht zu ersetzen sind. Solange man noch ein kriegswichtiges Ziel hat, muß man auf diesem bleiben." Er befahl Luftangriffe auf London gegen kriegs- und lebenswichtige Ziele.

Royal Air Force (RAF)

1944 rechtfertigte J. M. Spaight, Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, den britischen Bombenkrieg: "Wir boten unsere Städte der Vergeltung dar. Deutschland sollte britische Städte bombardieren, um Roosevelt den Kriegseintritt innenpolitisch zu ermöglichen. Wir begannen, Ziele im feindlichen Hinterland zu bombardieren, bevor die Deutschen anfangen, Ziele im britischen Hinterland zu bombardieren."

Mit der Entwicklung geeigneter Navigationsgeräte zur Auffindung von Städten bei Nacht und Bewölkung im Laufe des Jahres 1941 wies Oberbefehlshaber Charles Portal in einer Direktive vom 15. Februar 1942 darauf hin, "daß die dicht bebauten Wohngegenden die Zielpunkte seien und nicht etwa Hafenanlagen oder Flugzeugfabriken".

Das Flächenbombardement, der unterschiedslose Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, begann - Opfer unter Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräften, französischen Zivilisten sowie "Kollateralschäden" in der neutralen Schweiz wurden in Kauf genommen - und sollte kurz vor Ende des Krieges in Europa mit der Zerstörung Dresdens seinen Höhepunkt erreichen. Dresden war eine jener alten, historischen deutschen Städte, die "mehr einem Feuerzeug gleichen, denn als menschliche Behausung gebaut sind".

Der britische Philosoph Anthony C. Grayling zitiert eine Mitteilung an das Luftfahrtministerium von Arthur Harris, den Oberbefehlshaber des Bomberkommandos der Royal Air Force: "Man drängt mich immer, ausschließlich Brandbomben einzusetzen", schreibt er, "aber ich bin mit dieser Strategie nicht einverstanden. Die moralische (d.h. psychologische) Wirkung von Sprengbomben ist enorm.

Menschen können aus Feuersbrünsten entkommen, und die Zahl der Opfer bei einem reinen Brandangriff wäre verschwindend gering. Zusätzlich zu dem Schrecken des Feuers wollen wir Boches unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, Boches (Schimpfwort für Deutsche) umbringen und Boches terrorisieren. Daher der Anteil an Sprengbomben. Harris' Luftkriegsstrategie war für die Besatzungen der Flugzeuge verlustreich.

Nahezu 45 Prozent kehrten nicht heim, insgesamt kamen 55.573 Flieger bei den Angriffen auf Deutschland um. Auch deswegen wurde Harris oft "Butcher" (engl. für Schlächter) genannt." In seinen Memoiren schrieb Luftmarschall Harris 1947, die Deutschen hätten im Bombenkrieg gegen England ihre Chance nicht wahrgenommen, englische Städte durch Brandbomben zu zerstören.

United States Army Air Forces (USAAF)

Um die Öffentlichkeit in Amerika auf den Kriegseintritt der USA vorzubereiten, setzte die US-Presse fantastische Bedrohungsvorstellungen in die Welt: Deutschland werde von englischen und französischen Kolonialgebieten in Westafrika über Südamerika amerikanische Ziele an der Ostküste mit Bombern angreifen. Angesichts der Möglichkeiten der deutschen Luftwaffe, die kaum den Südtteil der britischen Insel nachhaltig angreifen konnte, war dies eine haltlose Vorstellung. Dabei ging es um die Rechtfertigung einer gewaltigen Rüstung, welche die USA auf die Teilnahme am Krieg vorbereiten sollte.

In diesem Zusammenhang schrieb der englische Generalmajor J. F. C. Fuller bereits 1936: Geld sei "das Bindeglied zwischen Demokratie und Bolschewismus - zwischen oligarchischen und staatskapitalistischen Nationen. Da Deutschland außerhalb dieses goldenen Ringes steht, ist es verdächtig.

Deutschland beginnt bereits mehr mit den Begriffen der Arbeit zu operieren, als mit den Begriffen des Geldes. Führt Deutschland ein vernünftiges Finanzsystem ein, in welchem kein Geld aufgekauft werden kann, dann wird die Goldblase platzen und die Grundlagen des Staatskapitalismus brechen zusammen. Es muß um jeden Preis daran gehindert werden. Daher die fieberhaften Vorbereitungen zu seiner Vernichtung".

Nach der Münchner Konferenz im Oktober 1938 ordnete Roosevelt an, die Planungsgrundlagen für den Aufbau strategischer Luftstreitkräfte zu entwerfen. Danach konnten die amerikanischen und, um das Neutralitätsgesetz zu umgehen, die kanadischen Produktionskapazitäten ausgebaut werden oder über eine kanadische Gesellschaft die Abwicklung von Exporten nach Frankreich und England erfolgen. Ende Januar 1941 begannen Besprechungen zwischen britischen und amerikanischen Generalstäben in Washington. Gegen Deutschland war ein sich ständig steigendes Luftbombardement vorgesehen.

Die USAAF griff am Tage Industrieziele an. Ihre Verbände wurden durch die Flak-Abwehr in Höhen über 7.000 Meter gezwungen. Die Streuung der Bomben war entsprechend weit und traf auch Wohnsiedlungen. Bei schlechter Sicht galten auch Städte als Ausweichziel. In den letzten zwei Monaten des Krieges richteten sich die Angriffe auch gegen Stadtzentren. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 05. Februar 2020 (x1.109): >>**Die Selbstzerstörung Deutschlands**

Transatlantische Kreise bringen Deutschland gegen Rußland in Stellung - deutsche Politiker assistieren bei dem selbstmörderischen Plan.

von *Angelika Eberl*

Politiker sind dem Wohl der Menschen in ihrem Land verpflichtet - Menschen, von denen viele sie gewählt haben. Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands, mit Rußland in Frieden zu leben und fruchtbare Handelsbeziehungen mit China zu pflegen. Es mag ja im strategischen Interesse der USA sein, Europa und den Osten zu entzweien, um ihr eigenes machtpolitisches Süppchen zu kochen. Absolut unverständlich ist es jedoch, daß deutsche Politikerinnen und Politiker devot dabei assistieren - so als hätten sie ihren Amtseid auf Donald Trump und die Profite der US-amerikanischen Rüstungsindustrie abgelegt.

Deutschland ist nicht Initiator dieser politischen Spannungen, aber es wäre das Schlachtfeld kommender Auseinandersetzungen. Es ist fahrlässig und geradezu selbstmörderisch, daß sich Deutsche auf dieses böse Spiel einlassen.

In diesem Frühjahr ist das größte Manöver auf europäischem Boden seit Ende des Kalten Krieges geplant: Defender Europe 20. Rund 20.000 US-amerikanische Soldaten werden samt Ausrüstung und Fahrzeugen von den USA in sechs europäische Staaten verlegt, um von dort aus bis zur östlichen Grenze des NATO-Gebietes vorzudringen. Unterstützt wird die Militärübung von Soldaten und Zivilisten aus ganz Europa. Deutschland soll zur logistischen Drehscheibe werden. Angesichts der hochbelasteten europäischen Vergangenheit ist dies eine

aggressive Provokation gegenüber Rußland.

Die Völker Mitteleuropas müßten eigentlich das vitalste Interesse daran haben, mit ihrem großen Nachbarn Rußland ein gutes Verhältnis zu pflegen. Doch die vergangenen Jahrzehnte wurde Rußlands häufig ausgestreckte Hand zur Versöhnung mit einer fühllosen Kaltschnäuzigkeit zurückgewiesen. Transatlantisch organisierte Politiker und mediale Kampagnen, die seit vielen Jahren die Kriegspolitik der USA unterstützen, bringen Deutschland gegen Rußland und China in Stellung und wenn nicht ein Umdenken einsetzt, dann könnten Krieg und Zerstörung Deutschlands und vielleicht sogar Europas die fatale Folge sein.

Angesichts der Tatsache, daß noch im Jahre 2003 Millionen Menschen in Deutschland gegen den Irak-Krieg demonstrierten, sieht die Lage für die Friedenswilligen im Jahre 2020 ziemlich düster aus. Der in London abgehaltene NATO-Gipfel vom Dezember 2019 hat praktisch ohne nennenswerten Widerstand der Mitgliedsländer die Vorgaben der USA übernommen: eine noch aggressivere Politik gegenüber Rußland und die Eindämmung Chinas.

Da die NATO der bewaffnete Arm der EU ist, bedeutet dies, daß Europa in diese Politik einbezogen werden wird. Und dies könnte für Deutschland und Europa selbstmörderisch sein. Doch eine diesbezügliche Einsicht scheint bei der deutschen Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer nicht vorhanden zu sein, wie ihre Grundsatzrede im November zeigte.

Grundsatzrede der Verteidigungsministerin

Am 7. November 2019 - zwei Tage vor dem "Schicksalsdatum" der Deutschen - hielt die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer an der Universität der Bundeswehr München eine Grundsatzrede. Sie sprach von der "russischen Aggression" in der Ukraine und der "Annexion der Krim", dem weltweiten Terrorismus und dem "machtpolitischen Aufstieg Chinas", der mit einem "Herrschaftsanspruch" einhergehe:

"... Es besteht breite Übereinstimmung, daß Deutschland angesichts der strategischen Herausforderungen aktiver werden muß. ... Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen.

Nicht einfach nur abwarten, ob andere handeln, und dann mehr oder weniger entschlossen mittun, oder auch nicht mitzutun. ... Unsere Partner im Indo-Pazifischen Raum - allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien - fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. ...

Wir sind die Handelsnation, die von internationaler Verlässlichkeit lebt. Wir sind neben China führend in der internationalen Containerschifffahrt - und auf freie und friedliche Seewege angewiesen. ... Denn natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen, zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas".

Die im Zitat behauptete "breite Übereinstimmung" besteht nicht. Umfragen aus jüngerer Zeit beweisen, daß die große Mehrheit der Deutschen keine Bundeswehreinmärsche im Ausland will. Aber was die Bevölkerung will, zählt offenbar nicht.

Danach appellierte Kramp-Karrenbauer an das schlechte Gewissen: "... unsere Partner wünschten sich ein klares Zeichen der Solidarität". Das ist Verdummung, denn es besteht kein Militärbündnis mit Australien, Japan, Südkorea und Indien. Diese Länder sind zwar Handelspartner, aber keine militärischen Verbündeten. Außerdem ist auch China unser Handelspartner. Doch mit dem Satz, Deutschland habe "natürlich eigene strategische Interessen" läßt die CDU-Vorsitzende die Katze aus dem Sack. Damit sagt sie unverblümt, daß Krieg als Mittel zur Durchsetzung von "Interessen", also von Handelsinteressen oder sonstiger "Interessen", zulässig sei.

Das ist aber nicht der Fall, denn das UNO-Gewaltverbot besagt eindeutig, daß internationale Konflikte ohne Gewalt gelöst werden müssen. Außerdem fordert das deutsche Grundgesetz,

daß die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten muß. Wenn man bedenkt, daß es noch im Jahre 2003 "die größte Demo aller Zeiten" gegen den Irak-Krieg gegeben hatte, bei der "Millionen Menschen ... auf die Straße gegangen" waren, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) damals schrieb, dann stellt diese Rede Kramp-Karrenbauers einen weiteren Dambruch für die Ziele der transatlantischen Falken dar. Denn endlich, nach so vielen Jahren unermüdlicher Indoktrination, haben sie einige politische Entscheidungsträger in Deutschland so weit gebracht, daß diese bereit sind, in künftigen Kriegen deutsche Bodentruppen in weit entfernte Auslandseinsätze zu entsenden, "bei denen getötet und gestorben wird", wie eine Moderatorin am 24. Oktober 2019 in einer ZDF-Fernsehsendung formulierte. Immerhin sage die CDU-Vorsitzende ehrlich, "was alle meinen, wenn sie sagen, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen". Kramp-Karrenbauers Vorstoß kommt nicht aus heiterem Himmel. Von transatlantischen Kreisen und ihren Medien wurde das friedliebende deutsche Volk jahrzehntelang bearbeitet, um es allmählich für Auslandseinsätze bereitzumachen.

Jahrzehntelange Bearbeitung des deutschen Volkes

Gegen den Zweiten Golfkrieg 1990 gab es in Deutschland heftige Proteste und Demonstrationen. Der Spiegel schrieb unter dem Titel: "Nie mehr Täter sein" am 28. Januar 1991: "Als er (Bundeskanzler Helmut Kohl, Anmerkung der Autorin) sich am vergangenen Mittwoch endlich zum Krieg am Golf äußerte, setzte es erst mal Prügel für die Friedensfreunde auf Deutschlands Straßen: Bei manchen Marschierern bestürze ihn, so Kohl, 'die moralische Gleichgültigkeit, die krasse Verdrehung der Tatsachen und das bewußte Aufpeitschen von Emotionen'. ...

Doch weil sich die Kampierer vor amerikanischen Konsulaten niederlassen, weil immer wieder 'ein Blut für Öl' skandiert wird und 'Amis raus aus Saudi-Arabien', sind Israelis, Amerikaner und Briten verstört: 'Viele, vor allem die Jungen, sehen nicht die Parallelen zwischen dem deutschen Angriff auf Polen 1939 und der irakischen Besetzung Kuwaits 1990', monierte die Financial Times".

Keine Frage, Irak war damals der Aggressor. Dennoch verdient die Vorgeschichte Beachtung: Der irakische Präsident Saddam Hussein hatte sich zuvor beklagt, daß Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate sich nicht an die vereinbarten OPEC-Förderquoten gehalten hätten, was dem Irak Milliardenverluste verursache. Kuwait würde außerdem schräg unter der Landesgrenze irakische Ölfelder anbohren. Am 25. Juli 1990 erklärte er der US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, es sei nicht akzeptabel, daß Kuwait den Preis für Erdöl tief halte und auf Kosten des Irak sein Territorium ausgeweitet habe. Glaspie antwortete darauf:

"... Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie dem Grenzkonflikt mit Kuwait. ... Wir hoffen, daß Sie das Problem mit den Ihrer Meinung nach passenden Mitteln lösen können."

Ramsey Clark, ehemaliger US-Justizminister unter Präsident Lyndon B. Johnson ist der Meinung, daß Glaspie damit dem irakischen Diktator eine Falle gestellt habe.

Der seinerzeit breite Widerstand zeigte, daß viele Deutsche - obwohl sie die näheren Umstände nicht kannten - dennoch das richtige Gefühl hatten, daß es hier primär um Öl und imperiale Machtinteressen ging. Dennoch sah sich Wolf Biermann veranlaßt, diese Friedensfreunde in einem Artikel der ZEIT vom 1. Februar 1991 zu schmähen:

"Damit wir uns richtig mißverstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf".

Acht Jahre später, am Abend des 24. März 1999, begann der ordinäre, völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien - und Deutschland war dabei. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der Außenminister Josef Fischer (Die Grünen), der Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), der abtretende Außenminister Klaus Kinkel (FDP) und auch der abtretende Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) sprachen

chen sich für eine Kriegsbeteiligung aus und verkauften sie - unter Einsatz von Phrasen und Lügen - als "humanitären" Einsatz.

Die deutschen Massenmedien unterstützten dies mit verlogener Kriegspropaganda, wie im WDR-Dokumentarfilm "Es begann mit einer Lüge" dargestellt. Deutschland war zum unkritischen Erfüllungsgehilfen imperialistischer US-Politik geworden.

Dies war wie der Wegfall einer wirksamen Schranke. Zwei Jahre später, nach den Anschlägen des 11. September 2001, rief der damalige US-Präsident George W. Bush den NATO-Bündnisfall aus und forderte einen Auslandseinsatz der Verbündeten in Afghanistan. Der Angriff auf Afghanistan ab dem 7. Oktober 2001 war ein illegaler Angriffskrieg ohne UN-Mandat.

Doch als es 2003 erneut unter einem Vorwand gegen Saddam Hussein gehen sollte, regte sich Widerstand in Deutschland. "Die größte Demo aller Zeiten" titelte die FAZ am 16. Februar 2003:

"Welttag des Protestes: Millionen Menschen sind am Samstag auf die Straße gegangen, um gegen einen Irak-Krieg zu protestieren. Die Berliner Kundgebung wurde zur größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik".

Die Schröder-Regierung nahm an diesem Krieg gegen den Irak nicht teil. Doch die damalige Oppositionspolitikerin Dr. Angela Merkel lehnte diesen "Alleingang" entschieden ab und berief sich auf die Ansprache des evangelischen Bischofs Wolfgang Huber im ökumenischen Gedenkgottesdienst anlässlich des ersten Jahrestages von 9/11 im Berliner Dom. -

Und diese Predigt hatte es mit ihrer Wirkung in sich an diesem hoch traumatischen Datum: Huber verkündete, die Worte der Bergpredigt "Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden" würden oft als Aufforderung verstanden, Unrecht einfach hinzunehmen. Doch das sei ein Mißverständnis. Es gehe Jesus, dem Bergprediger, nicht darum, Gewalt und Unrecht passiv hinzunehmen. Beides zu überwinden, sei das Ziel.

"Selig sind die Friedensstifter - nicht die Friedfertigen also, sondern die Friedensverfertiger. Das ist die entscheidende Botschaft der Bergpredigt. Ein Jahr nach dem 11. September ist unserer Welt zu wünschen, daß es zu einer Achse des Friedens kommt. Denn auch der Frieden läßt sich in einer globalisierten Welt nur noch global sichern".

Mit dieser Auslegung lieferte Bischof Huber der Christdemokratin Merkel die Vorlage, das Wort "Friedensstifter" so deuten zu können, daß die demokratieliebenden Staaten sich zusammmentun müßten, um einen Diktator zu bestrafen, der mit 9/11 gar nichts zu tun hat! Und wenn man bedenkt, wie der sogenannte "War on Terror" seitdem den ganzen Nahen Osten in Flammen setzt, dann entlarven sich die Worte "Friedensstifter" und "Achse des Friedens" in diesem Kontext zu grausamen Phrasen.

Zwei Tage später, am 13. September 2002, sagte Merkel in ihrer Rede im Bundestag, die Globalisierung verlange von uns, über das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit neu zu denken. Beides sei nicht zu trennen, und beides könnten wir für unsere Länder nur durchsetzen, wenn wir eine Allianz der Staaten dieser Welt bildeten, die Demokratie und Freiheit wollen und Deutschland keine Alleingänge mache.

"Und am 11. September haben wir alle in einem beeindruckenden Gottesdienst im Berliner Dom der Opfer des 11. September gedacht. Bischof Huber hat gesagt: Selig die Frieden stiften, denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt - aus der Bergpredigt. Und er hat es uns ausgelegt ...".

Oppositionsführerin Merkel hielt also die Führer der Allianz der Willigen, den damaligen US-Präsidenten George W. Bush und den britischen Premierminister Tony Blair, für "Friedensstifter" im Sinne der Bergpredigt.

Aber Frieden stiften diese nicht, und für vernünftige Menschen war schon damals absehbar, daß der Frieden nicht mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und Bomben gesichert werden kann. Heute, 16 Jahre später, versinkt der Irak noch immer in Chaos und Gewalt. Der

Frieden wurde nachhaltig zerstört.

Beachtenswert sind die Karriereschübe, die Huber und Merkel bald darauf hinlegten: Bischof Wolfgang Huber wurde 2003 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Dr. Angela Merkel 2005 deutsche Bundeskanzlerin.

Die Friedensdemonstration hatte allerdings Wirkung gezeigt - doch die Kriegsfalken gaben sich nicht geschlagen. Neue Vorstöße kamen: Am 22. Mai 2010 ließ der damalige Bundespräsident Horst Köhler verlauten, Deutschland "müsse mit seiner Außenhandelsabhängigkeit zur Wahrung seiner Interessen im Zweifel auch zu militärischen Mitteln greifen". Dies galt damals noch als Tabubruch.

Vier Jahre später, am 31. Januar 2014, eröffnete Bundespräsident Joachim Gauck die 50. Münchner Sicherheitskonferenz mit einer Rede, in der er praktisch "mehr Verantwortung" Deutschlands in der Welt forderte.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reagierten seinerzeit positiv auf Gaucks Rede.

Die Medien unterstützten die neuen deutschen Hardliner. Ein weiteres Beispiel dafür ist ein Artikel vom 10. Januar 2016 der Berliner Morgenpost, der die Rolle Joseph Fischers und seines Staatssekretärs im Außenamt, Wolfgang Ischinger, beim Jugoslawienkrieg positiv darstellt:

"Fischer stimmte, kaum im Amt, zu, daß erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz geschickt wurden. Deutsche Tornados bombardierten Belgrad mit dem Ziel, die serbische Regierung zum Einlenken zu zwingen. Gleichzeitig wurde ihr ein Friedensplan vorgelegt ... Und wohl auch kein Zufall, daß Ischinger als Staatssekretär seine Hände im Spiel hatte. Zudem hatte Fischer den Nicht-Grünen Ischinger befördert und damit zu seinem wichtigsten Mitarbeiter gemacht".

Nach Donald Trumps Wahlsieg biederte sich Wolfgang Ischinger, seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, am 11. November 2016 der neuen US-Regierung durch einen Artikel in der New York Times an, indem er schrieb:

"Aber wo immer Mr. Trump hinschauen wird, er wird keine besseren Partner für die Arbeit finden, die strategischen Interessen der USA zu sichern und als Multiplikator für ihre militärische Macht zu dienen".

Anfang 2018 hebt sich General Sir Nicholas Carter, damals Kommandant der britischen Landstreitkräfte, besonders markant hervor. In seiner Rede beim Royal United Services Institute im Vereinigten Königreich warnte er am 22. Januar vor Rußland und verlangte das, was Kramp-Karrenbauer laut ihrer Rede vom 7. November 2019 bereit ist zu liefern: Carter forderte "Boots on the ground", also Bodentruppen der NATO-Verbündeten. Ab diesem Zeitpunkt verstärken sich auch die medialen Kampagnen in diesem Sinne:

Pressekampagne zur Vorbereitung von Kramp-Karrenbauers Grundsatzrede?

Die US-NATO-Botschafterin Kay Hutchison gab am 8. Juni 2018 ein Interview im Deutschlandfunk, in dem sie sagte: "Wir wünschen uns, daß Deutschland Führung übernimmt."

Als größte Volkswirtschaft in Europa sei Deutschland das Land, das am meisten beitragen könne - und aus Sicht der USA deswegen auch eine Führungsrolle im europäischen Bündnis übernehmen sollte. Die Nato-Botschafterin der USA meint also, Deutschland solle auch im Falle einer Konfrontation mit Rußland eine führende Rolle übernehmen.

Kay Hutchinson kennt die deutsche Geschichte. Die Moderatorin wies sie auf die belastete Vergangenheit hin. Doch Hutchison entschuldigte die Deutschen. Deutschland sehe leider noch nicht, daß es über seine Vergangenheit hinausgewachsen sei und daß es heute "demokratisch" und ein "Wächter der Demokratie" sei.

Sie glaube, daß sich Europa eine deutsche Führungsrolle wünsche, weil Deutschland so erfolgreich aus seiner dunklen Geschichte herausgekommen sei und die Wiedervereinigung ge-

schafft habe. Es gäbe keinen Grund, warum Deutschland nicht die Führungsrolle in Europa innehaben sollte, aber das bedeute auch, daß man in der Lage sein solle, sich selbst zu verteidigen. Daß dies für Deutschland die Vernichtung bedeuten würde, wird von ihr nicht gesagt.

Zwei Monate später, am 11. August 2018, gab Wolfgang Ischinger dem Tagesspiegel ein Interview, in dem er folgende, bemerkenswert grenzdebile Aussage machte:

"Als deutscher Botschafter in den USA habe ich gerne gesagt: In der Geschichte haben wir Deutschen oft auf der falschen Seite gestanden. Nun werden wir immer auf der richtigen Seite stehen".

Scheint Ischinger zu denken, man mache immer alles richtig, wenn man nur auf der Seite des Westens stehe? Angesichts der Tatsache, daß die Eliten der USA schon früher andere Staaten durch Fallenstellen schachmatt gesetzt haben, wie z. B. den Irak unter Saddam Hussein, eine absolut hirnlose Bemerkung.

Am 5. Mai 2019 drängte US-Botschafter Richard Grenell Deutschland zu höheren Rüstungsausgaben. Bald darauf, angesichts der dubiosen Vorfälle um den britischen Tanker im Persischen Golf im Sommer, konnten sich gleich drei Deutsche vorstellen, daß Deutschland "mehr Verantwortung übernimmt": Am 26. Juli gab Karl-Theodor zu Guttenberg dem CNBC ein Interview zum Thema, zwei Tage darauf forderte Wolfgang Ischinger die deutsche Beteiligung an einer EU-Schutzmission im Golf. Und auch Grünen-Chef Robert Habeck zeigte sich am 3. August 2019 offen für einen derartigen Einsatz.

Der Präsident der Berliner Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, attestierte im Cicero am 5. September 2019 China einen "Griff nach der Welt" und behauptete, "daß der Aufstieg Chinas dramatische Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa haben" werde.

"Langfristig werden die großen europäischen Staaten allerdings, sofern sich der weltpolitische Aufstieg Chinas auch militärisch immer deutlicher realisieren wird, nicht darum herumkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des "global players" gerecht werden will".

Das klingt wie die Blaupause für die Rede der Verteidigungsministerin vom 7. November 2019.

Doch schon vorher machte Kramp-Karrenbauer am 21. Oktober einen Vorstoß, indem sie eine internationale Sicherheitszone in Nordsyrien forderte, für den sie von Friedrich Merz zwei Tage und von Wolfgang Ischinger drei Tage später gelobt wurde.

Und dann meldete sich am 29. Oktober noch Wolfgang Schäuble zu Wort. Im Tagesspiegel heißt es:

"Schäuble fordert stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Der Bundestagspräsident will Deutschlands Bündnisfähigkeit stärken: Wolfgang Schäuble rückt vom Parlamentsvorbehalt ab und plädiert für eine Syrien-Schutzzone. ... Es gebe durchaus Unterstützung in der Bevölkerung für mehr deutsche Verantwortung, betonte der Bundestagspräsident. 'Eine Mehrheit will, daß Deutschland sich nicht nur für die eigene Sicherheit, sondern auch die seiner Verbündeten und bei der Terrorismusbekämpfung engagiert'."

Dieser Satz ist die Unwahrheit, wie die oben angeführten Umfragen zeigen.

Man sieht, welche massive Kampagne von diesen relativ wenigen, aber prominenten Politikern vor der Grundsatzrede der Verteidigungsministerin stattgefunden hat - eine Kampagne, die die Medien begleiten - bis hin zu Talkshows wie Maybrit Illner, bei denen auch Sigmar Gabriel, mittlerweile Vorsitzender der Atlantikbrücke, in diesen Tenor einstimmt.

Als Krönung des Ganzen hielt dann am 8. November 2019 — also einen Tag vor dem "Schicksalstag" der Deutschen — die seinerzeit designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von

der Leyen eine Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, in der sie sagte:

"Europa muß auch die Sprache der Macht lernen."

Die sogenannte Soft power reiche heute nicht mehr aus, wenn sich die Europäer in der Welt behaupten wollten.

"Das heißt zum einen, eigene Muskeln aufbauen, wo wir uns lange auf andere stützen konnten - zum Beispiel in der Sicherheitspolitik."

Die EU brauche mehr militärische Fähigkeiten. Zum anderen müsse sie die vorhandene Kraft stärker nutzen, um europäische Interessen durchzusetzen.

Fazit

Die transatlantischen Hintergrundmächte drängen sehr stark, daß Deutschland - und womöglich alle EU-Staaten - künftig das Leben ihrer Soldaten für die Wirtschaftsinteressen des Westens einsetzen sollen.

In einem Beitrag bei KenFM zitiert der Historiker Wolfgang Effenberger den ehemaligen Stabschef General Omar N. Bradley mit seiner Aussage im Hinblick auf die eben gegründete NATO vom 20. Juli 1949 vor dem US-Kongreß:

"Erstens werden die Vereinigten Staaten mit den strategischen Bombenangriffen betraut, ... denn die erste Priorität in der gemeinsamen Verteidigung ist unsere Fähigkeit, Atombomben zu transportieren. Zweitens wird die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten und der westlichen Seemächte die Hauptseeoperationen, einschließlich des Schutzes der Seewege, durchführen. Die Westeuropäische Union und die übrigen Staaten werden die Verteidigung der eigenen Häfen und Küsten übernehmen. Drittens sind wir der Meinung, daß der Hauptteil der Landstreitkräfte aus Europa kommen sollte."

Der Hauptteil der Landstreitkräfte soll aus Europa kommen. Das muß man zusammenbringen mit der, ebenfalls in Effenbergers Artikel zitierten Aussage des Generals a.D. Gerd Schmückle, ehemaliger stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, der die neuen Interventionsziele der NATO auf den Punkt brachte:

"Letzten Endes entscheiden die Interessen der Vereinigten Staaten darüber, wo interveniert wird. Alles dreht sich um die Ökonomie. Wo gibt es Öl, wo sind die zukünftigen Ölquellen?". Es geht also nicht um "eigene strategische Interessen" Deutschlands oder der EU, wie Kramp-Karrenbauer behauptet, sondern um die Interessen der Vereinigten Staaten. Das Schockierende an der Formulierung vom 7. November 2019 ist, daß die deutsche Verteidigungsministerin die rechtliche, völkerrechtliche und grundgesetzliche Frage gar nicht gestellt hat.

Die deutsche Bundeswehr ist nicht dazu da, um Interessen durchzusetzen. Und schon gar nicht ist sie dazu da, um die Interessen des US-Imperiums durchzusetzen. Zudem: Von China und Rußland geht überhaupt keine Gefahr aus. So sieht es jedenfalls Oberstleutnant a.D. Jochen Scholz.

Daß Krieg als Mittel zur Durchsetzung egoistischer Handelsinteressen oder anderer Interessen zulässig sei, postuliert Kramp-Karrenbauer in aller Öffentlichkeit. Ist ihr denn nicht klar, daß sie damit den Vorwand liefert, diese Rede später einmal so zu behandeln wie einige bewußt mißverständene Reden von Kaiser Wilhelm II.? Ist ihr nicht klar, daß diese Rede später als Beleg für die angebliche deutsche Kriegslust dienen kann - obwohl 73 Prozent der Deutschen heute keinen Krieg wollen? Man muß doch die Frage stellen: Was heißt das, daß so ein unverblümter, sich rein auf Interessen beziehender Vorstoß von einer Deutschen kommt?

Daß dieser Vorstoß mit transatlantischen Kreisen abgesprochen ist, erscheint, bei Betrachtung der in diesem Essay geschilderten Kampagnen, ziemlich sicher - auch, daß eine Frau das machen sollte. Aber erkennen Kramp-Karrenbauer und all die anderen deutschen Transatlantiker, die sie unterstützen, denn nicht, daß sie damit in eine Falle laufen?

Eine Falle deshalb, weil die Bundesrepublik eben nicht so einfach - "wie jeder Staat der Welt strategische Interessen" kriegerisch einfordern kann, denn sie liegt in der Mitte Europas und

hat die meisten Nachbarn. Deshalb kann sie sich keinen Krieg erlauben, weil die Gefahr viel zu groß ist, daß ein mächtiger, außereuropäischer Kriegsgegner ein Nachbarland als Verbündeten gewinnen könnte - und dann wäre Deutschland wieder einem Zweifrontenkrieg ausgesetzt.

Um alle Deutschen wieder und weiterhin in ein geistiges Gefängnis der Schuldgefühle bannen zu können, das bisher Deutschland jahrzehntelang so erfolgreich helotisiert hat, brauchen diejenigen, die hinter dem Vorhang agieren, unbedingt eine Kriegsbeteiligung Deutschlands an einem künftigen großen Krieg. Und wenn den Hintergrundmächten gar ein Weltkrieg mit deutscher Beteiligung gelänge, dann würde das den Grund liefern, ein für alle Mal mit den Deutschen Schluß zu machen - wenn sie nicht durch Atomschläge bereits physisch verschwunden sind.

Wie gewaltig muß doch die Indoktrination gewisser deutscher Eliten sein, daß sie diese Gefahr nicht sehen?<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 9. Februar 2020 (x1.000/...): >>>**Schaden größer als Nutzen bei derzeit vorgeschriebenen Impfstoffen**

Interview mit *Robert Kennedy jr.*

In den USA ist seit 1989 eine deutliche Zunahme von neurologischen, allergischen und Autoimmunkrankheiten bei Kindern zu verzeichnen. Ist es Zufall, wenn jede dieser Krankheit auch als Impfstoff-Nebenwirkung auf den Beipackzetteln von Impfstoffen aufgelistet ist? Warum ist es in den USA im Wesentlichen unmöglich, einen Impfstoffhersteller zu verklagen? ...

Robert F. Kennedy jr., Harvard-Absolvent und Umweltschützer sowie Neffe von John F. Kennedy, hat *Kla.TV* erfreulicherweise im Dezember 2019 ein Interview gegeben. Kennedy ist Präsident und Gründer der *Waterkeeper Alliance* sowie Vorsitzender und Gründer der *Children's Health Defense*, einer Organisation, die sich der Gesundheit der Menschen und der unseres Planeten widmet.

Deren Mission ist es, die Krankheitsepidemien in der Kindheit zu beenden. Kennedy scheut sich nicht, die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Er arbeitet unermüdlich daran, die Lügen des CDC (US-Seuchenschutzbehörde) und die anderer Regierungsorganisationen bloßzustellen, um die engen Verbindungen ans Licht zu bringen, die Forscher zu großen Pharmaunternehmen haben. Unermüdlich kämpft er um eine offene Debatte über Impfungen.

Seinen Anspruch formuliert er so: "Was wir brauchen, ist Wissenschaft, keine Zensur. ... Ich will robuste, transparente Sicherheitsstudien und unabhängige Regulierungsbehörden." Sehen Sie nun das Interview mit Robert F. Kennedy jr.

Interviewer: Stellen Sie sich vor, Sie treffen im Aufzug eines New Yorker Wolkenkratzers auf ein unfreiwilliges Publikum. Die Tür schließt sich und jemand neben Ihnen sagt: "Mr. Kennedy, ich finde es toll, was Sie mit *Waterkeeper* machen. Ich respektiere Ihre Arbeit sehr, aber ich kann nicht gegen Impfungen sein. Ich glaube, Sie stellen sich gegen die Wissenschaft." Was würden Sie ihnen sagen?

Kennedy: Nun, zunächst einmal würde ich sagen, daß ich nicht gegen Impfungen bin. Ich will nur sichere Impfstoffe, die wie andere Medikamente getestet werden. Und ich schätze, das Wichtigste, was ich über Impfstoffe sagen würde, ist, daß wir sie alle mit Vorsicht und Skepsis betrachten sollten, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Alle 72 Impfstoffe, die jetzt für amerikanische Kinder vorgeschrieben sind, werden alle von einem von vier Unternehmen hergestellt. Und alle vier dieser Unternehmen sind Serienverbrecher, die in den letzten zehn Jahren 35 Milliarden Dollar - Milliarden Dollar - an Strafen und Bußgeldern bezahlen mußten, als Schadenersatz für den Betrug mit den Behörden, für die Fälschung der Wissenschaft, für die Täuschung von Ärzten und Beamten und für die Tötung von Hunderttausenden von Amerikanern mit Medikamenten, von denen sie wuß-

ten, daß sie gefährlich sind, von denen sie wußten, daß sie Menschen töten würden. Und sie haben es niemandem erzählt. Also wissen Sie, die eine Sache ist: Warum sollte jemand glauben, daß diese vier Unternehmen ihr kriminelles Verhalten geändert haben, wenn es um Impfungen geht? Die andere Sache ist, daß die Impfungen die einzige Gelegenheit sind, bei der sie niemals erwischt werden können, weil der US-Kongreß es im Wesentlichen unmöglich gemacht hat, einen Impfstoffhersteller zu verklagen.

Interviewer: Die einzige Gelegenheit, bei der sie niemals erwischt werden können?

Kennedy: Sie können nie erwischt werden. Denn sie werden in all den anderen Fällen gefaßt. Und selbst wenn sie erwischt werden, egal wie fahrlässig sie sind, egal wie böartig sie waren, egal wie gefährlich die Zutat ist, egal wie ungeheuerlich die Verletzung, man kann sie nicht verklagen. Also gibt es keine Konsequenzen. Es gibt keine Konsequenz, wenn sie Dich durch einen Impfstoff krankmachen. Es gibt keinen Anreiz für sie, es sicherer zu machen.

Zweitens: Auch müssen die Impfstoffe nicht getestet werden. Es ist das einzige Medizinprodukt, das weder als Medikament noch als Medizinprodukt jemals einem Doppelblind-Placebo-Test unterzogen wird, was aber die einzige Möglichkeit ist, ein Risikoprofil für ein Produkt zu ermitteln und festzustellen, ob dieses Produkt tatsächlich mehr Probleme abwendet, als es verursacht.

Es gibt also keinen Anreiz - sie wissen nicht, ob es sicher ist oder nicht, was sie Ihnen verkaufen. Sie haben keine Möglichkeit, das zu wissen, weil sie keinen der 72 Impfstoffe, die sie jetzt an die amerikanische Öffentlichkeit verkaufen, auf Sicherheit geprüft haben.

Interviewer: Und sie müssen es nicht.

Kennedy: Drittens: Impfstoffe sind gesetzlich vorgeschriebene Produkte. Es gibt keine Ausweichmöglichkeit, so daß man sagen könnte: Weißt du, ich will das nicht kaufen, weil ich denke, es könnte mir schaden. Das funktioniert nicht, also gibt es buchstäblich keinen Anreiz für sie, ihr Produkt sicher zu machen. Und wissen Sie, die andere Sache, von der ich meine, daß die Leute im Fahrstuhl dies wissen sollten, ist diese: Wir sollten sehr, sehr skeptisch und mißtrauisch gegenüber Impfstoffen sein, weil wir uns bereits inmitten der größten Epidemie chronischer Krankheiten in der Geschichte der Menschheit befinden!

Und übrigens, ich habe drei Impfungen bekommen, als ich ein Kind war, und das galt als völlig ausreichend. Die heutigen Kinder bekommen 72 Impfungen und der Zeitplan für Impfungen hat sich seit 1989 am dramatischsten verändert. Und diese Epidemie chronischer Krankheiten begann laut EPA (United States Environmental Protection Agency) im Jahr 1989. Wenn Sie also vor 1989 geboren sind, haben Sie eine 12 %ige Chance, eine chronische Krankheit zu bekommen. Wenn Sie nach 1989 geboren sind, haben Sie eine 54 %ige Chance. Es handelt sich hierbei um neurologische Entwicklungsstörungen.

Wissen Sie, ich habe nie jemanden gekannt, der diese hatte, als ich ein Kind war: ADD, ADHD, Sprechverzögerung, Sprachentwicklungsverzögerung, TICS, Narkolepsie, ASD, Autismus. Autismus stieg von einem bei 10.000 auf eines bei 34 Kindern. Niemand hat uns je erklärt, wie das passiert ist. Es scheint so, als würde sich niemand dafür interessieren. Die Autoimmunkrankheiten wie Rheumatische Arthritis und jugendlicher Diabetes, die demyelinisierenden Krankheiten sind nach 1989 ebenfalls explodiert ... und sind jetzt eine Epidemie in unseren Kindern.

Was die allergischen Erkrankungen betrifft: Ich habe nie jemanden gekannt, der eine Erdnußallergie hatte. Ich hatte 10 Geschwister und wahrscheinlich 70 Cousins, doch ich kannte niemanden mit einer Erdnußallergie. Aber meine Kinder haben Erdnuß-Allergien und man findet sie jetzt überall. Woher kommen sie? Lebensmittelallergien, Rhinitis, Ekzeme, Asthma, all die allergischen Krankheiten, Anaphylaxie explodierten nach 1989.

Also auf dieser Liste mit den drei Kategorien gibt es etwa 300 Krankheiten, die anerkannt sind. Und ist es ein Zufall, daß jede dieser 300 Krankheiten auch als Impfstoff-Nebenwirkung

auf den Beipackzetteln der Impfstoffe aufgeführt ist? Und übrigens, wenn jemand mit einer anderen Erklärung kommt, dann segne ihn Gott.

Eine CDC kann nicht einfach immer wieder sagen: Wir wissen nicht, wo es herkommt, das ist alles ein großes Rätsel. Das CDC ist das "Center for Disease Control". Was tun sie, um diese chronische Krankheitsepidemie zu kontrollieren? Buchstäblich nichts. Und der Grund dafür ist, daß sie wissen, woher sie kommt. Es kommt von den Impfstoffen! Und das ist sehr, sehr klar durch die unabhängige Wissenschaft geworden, die vor allem jetzt in anderen Ländern durchgeführt wurde, aber ein Teil davon kommt auch aus den Vereinigten Staaten. Hauptsächlich, wissen Sie, in anderen Ländern.

Die CDC hat alles getan, um sicherzustellen, daß die Wissenschaftler diese Studien nicht durchführen. Die Wissenschaftler machen sie dennoch. Und es gibt eine Menge Regierungswissenschaftler unter ihnen. Sie werden bestraft und ins Exil geschickt, die Fördergelder werden ihnen entzogen, aber sie bleiben trotzdem dran. Und es ist erschreckend, wenn man ihre anerkannten Studien liest!

Interviewer: Und sind einige dieser Regierungswissenschaftler auf der Big-Pharma-Gehaltsliste?

Kennedy: Oh, da gibt es Regierungswissenschaftler auf der Gehaltsliste der großen Pharmaunternehmen, die diese epidemiologischen Studien verdrehen, um aufzuzeigen, daß sie keinen Zusammenhang zwischen zum Beispiel Autismus und Impfstoffen finden können ... oder zumindest dem MMR-Impfstoff. Aber es gibt auch unabhängige, wirklich großartige Wissenschaftler der Regierung: Leute wie Ari Goldman, der die Windpocken-Impfstoffstudien durchgeführt hat, und Bart Classen, der ein Wissenschaftler der NIH (National Institutes of Health) war, der einen Zusammenhang zwischen Diabetes und Impfstoffen gefunden, und die größten epidemiologischen Studien der Geschichte dokumentiert hat.

Und viele, viele andere, die dann ihren Job verlieren. Judy Mikovits, die, wie Sie wissen, krebserregende Affen- und Mäuse-Retroviren in Impfstoffen gefunden hat, die mit ziemlicher Sicherheit die Schuld an der Explosion von Weichteil- und Knochenkrebs bei den Babyboommern und bei der heutigen Generation tragen. Also das waren Wissenschaftler der Regierung, die ihre Arbeit verloren, weil sie Zusammenhänge entdeckten und sich weigerten, sich zurückzuziehen und zum Schweigen gebracht zu werden. Aber es gibt sie, na Sie wissen schon, die man die Voreingenommenen nennt.

Das sind diejenigen Wissenschaftler, die Geld von der CDC und der Pharmaindustrie annehmen, um genau diese Art von listigen Studien zu machen, die zeigen sollen, daß Impfstoffe nicht in Verbindung stehen mit irgendwelchen krankmachenden Nachwirkungen. Aber diese eine Studie, die sie bisher nie gemacht haben, ist diejenige die Sie machen würden, wenn Sie wirklich diese Frage der Auswirkungen von Impfstoffen beantworten wollten. Die würde darin bestehen, sich eine ungeimpfte Bevölkerung anzusehen und die Gesundheitsergebnisse mit einer geimpften Bevölkerung zu vergleichen.

Interviewer: Aber wurde solch eine Studie nicht schon mal durchgeführt?

Kennedy: Nein, nun, sie wurde von unabhängigen Wissenschaftlern durchgeführt. Ich habe etwa 41 dieser Studien, Zusammenfassungen davon, auf meinem Instagram account veröffentlicht. Und jede dieser Studien zeigt, daß die geimpften Kinder viel kränker sind.

Interviewer: Und die CDC ignoriert dies einfach.

Kennedy: Oh und was ich der CDC und anderen gesagt habe, die sich über meinen Aktivismus in dieser Angelegenheit beschwert haben, ist Folgendes: Zeigen Sie mir nur eine Studie, die zeigt, daß geimpfte Kinder gesünder sind als ungeimpfte Kinder! Ich werde diese Studie auf meiner Website veröffentlichen und ich werde zurückgehen, ich werde die Children's Health Defense verlassen und mich wieder dem Schutz von Flüssen widmen, was ich viel lieber tun möchte. Sie werden niemanden diese Studie machen lassen, weil sie wissen, was pas-

siert, wenn sie es tun. ...

Interviewer: Ja, nach Ihrer Erklärung kann ich nachvollziehen, wie die Leute bei der CDC sagen könnten: Okay, nun, wir müssen ein paar Lügen zulassen, damit das Gemeinwohl geschehen kann. Wir wollen sicherlich keine Polio-Epidemie mehr und wir brauchen die Impfstoffe dafür. Aber ich habe mir Ihre Videopräsentation angesehen, die Sie in Hawaii gehalten haben und wo Sie übrigens erwähnten, daß Sie eine neue Enkelin haben - Herzlichen Glückwunsch - und in diesem Video war für mich die interessanteste Folie die, die gezeigt hat, daß Krankheiten im neunzehnten Jahrhundert fast vollständig bis zum frühen 20. Jahrhundert ausgerottet waren. Und dann kam die Einführung von Impfstoffen nach dieser fast vollständigen Ausrottung.

Kennedy: Ja, ich kann nur sagen, daß die Masern vor der Einführung des Impfstoffs zu 96,9 % in diesem Land und zu etwa 99 % in Großbritannien ausgerottet waren. Und wissen Sie, daß sich die CDC darauf tatsächlich beruft? Wissen Sie, viele Leute denken oder behaupten, daß für diesen großen Rückgang der Sterblichkeit im 20. Jahrhundert tatsächlich die Impfstoffe verantwortlich sind. Die CDC hat tatsächlich, zusammen mit der Johns-Hopkins-Universität, eine Studie durchgeführt, von der ich diese Woche Auszüge auf meinem Instagram Account veröffentlicht habe.

Und die Schlußfolgerung der CDC, ihre eigene Schlußfolgerung, die in der Fachzeitschrift der amerikanischen Vereinigung der Kinderärzte veröffentlicht wurde, also in der amerikanischen Vereinigung der Kinderärzte, sie sind die stärksten Impfbefürworter der Welt. Und die Schlußfolgerung der CDC war, daß Impfstoffe fast nichts mit dem Rückgang dieser Krankheiten und der Sterblichkeit durch Infektionskrankheiten im zwanzigsten Jahrhundert zu tun hatten. Daß es die Hygiene war, es die Kläranlagen waren, es die Chlorbehandlung des Wassers war, es die elektrische Kühlung war, die half, die Ernährung zu verbessern. Und diese Verbesserungen, die technischer Art waren, hatten fast nichts mit Medizin zu tun.

Interviewer: Wow, das waren also die eigenen Schlußfolgerungen der CDC.

Kennedy: Die Schlußfolgerung der CDC selbst. Und wissen Sie, Sie können sich die Schlußfolgerung der Studie ansehen, die ich auf Instagram, ich denke vor vier Tagen, veröffentlicht habe. Und wenn Sie zu meinem Instagram-Feed gehen, sehen Sie ein Zitat davon. Wenn Sie auf den Link zu dieser Studie gehen und sich die Originalstudie anschauen, steht dort geschrieben: Der Rückgang von Krankheiten im 20. Jahrhundert hatte fast nichts mit Impfstoffen zu tun.

Interviewer: Sie erwähnten all die modernen aktuellen Krankheiten, von denen wir sagen, daß sie von Impfstoffen kommen, was die CDC leugnet. Und auf der Website der CDC habe ich den Impfkalender für Kinder nachgeschlagen, der vier oder fünf notwendige Impfstoffe enthält, jeweils drei bis fünf Dosen, die normalerweise mit zwei Monaten beginnen, aber bei Hepatitis beginnt man sogar bei der Geburt. Und dann geht man auf die nächste Seite und da steht "Probleme" sowie "ernsthafte Probleme": "Nach der DTaP-Impfung (Dreifachimpfung) wurden lang andauernde Anfälle, Koma, Bewußtseinsstörungen und dauerhafte Hirnschäden gemeldet.

Diese Berichte sind extrem selten." Und es heißt: "Wie bei jeder Medizin besteht eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit, daß ein Impfstoff eine schwere Verletzung oder den Tod verursacht". Wird hier über die Anzahl der Verletzungen und Todesfälle, die durch Impfstoffe verursacht werden, gelogen?

Kennedy: Nun, sie haben ein System, ein Überwachungssystem, das VAERS, vaccine adverse event reporting system, genannt wird. Und dieses System wurde entwickelt, um Impfschäden zu verbergen. Und in der Tat gibt es eine Studie des HHS (United States Department of Health and Human Services), die 2010 von Harvard Pilgrim (Harvard Pilgrim Health Care) in Auftrag gegeben und von Harvard-Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Sie kam zu dem

Ergebnis, daß weniger als 1 % der Impfschäden überhaupt gemeldet werden.

Weniger als 1 %. Und trotzdem hat die Regierung vier Milliarden Dollar an Menschen mit Impfschäden ausgezahlt. Multiplizieren Sie das also mit 100 und Sie erhalten eine Vorstellung - mit mehr als 100, da weniger als 1 % gemeldet werden. Und dort, wo diese Studie durchgeführt wurde, benutzten sie tatsächlich das maschinelle Zählsystem, anstatt eines freiwilligen Systems. Und mit dem maschinellen Zählsystem fanden sie heraus, daß etwa 2,6 % der Impfungen, also etwa jede 39te Impfung, Schaden verursacht.

Interviewer: Nicht eine in einer Million.

Kennedy: Nicht einer von einer Million, wie sie es öffentlich sagen. Und wenn die Leute das wüßten, würde sich niemand mehr impfen lassen, weil beim Impfen eine Schädlichkeitsrate von 2,6 % besteht. In den Gardasil-Studien bekamen 2,3 % der geimpften Mädchen innerhalb von sechs Monaten eine Autoimmunkrankheit - von den Mädchen, die den Impfstoff bekamen. Und das bei einer Impfung, die angeblich dazu gedacht ist, Krebs zu verhindern, der erst 50 Jahre später auftritt.

Interviewer: Ein technischer Fehler verhinderte leider die Aufzeichnung des Interviews in seiner vollen Länge. Den wichtigsten Satz, den Robert Kennedy im restlichen Teil des Interviews verlauten ließ, ist folgender: "Wir haben wirklich gute wissenschaftliche Erkenntnisse, die darauf hinweisen, daß praktisch alle derzeit vorgeschriebenen Impfstoffe weitaus mehr Schaden anrichten, als die ursprüngliche Krankheit es tun würde, gegen die sie vermarktet werden."

Um mehr über Kennedys Bemühungen zu erfahren und sich über die neuesten Impfnachrichten auf dem Laufenden zu halten, verweisen wir auf den untenstehenden Link zu Children'sHealthDefense.org sowie auf die Rubrik Gesundheit und Medizin bei Kla.TV. ...<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-

8): >>>Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben

Von *Gerhard Wisniewski*

Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt.

Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt. Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegsführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und

wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:

"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch

"Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.

Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).

Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er zielt "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".

Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.

Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel'schen Worte. Allerdings:

Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg".

Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.

Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.

Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).

Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie,

mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur.

Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.

Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.

Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klimaforschung"):

Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten.

Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen

Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.

"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berühmte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.

Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.

Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.

Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg über-

haupt zu erkennen.

Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.

Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24).

Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:

- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?
- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen - womöglich konventionellen - Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".

Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk- und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und

benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium: "Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten.

Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe.

Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?" Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/-46-49): >>**Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"**

Von *Gerhard Wisnewski*

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekanntem Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.

Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.

Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. "Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht", berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: "Denen ist so langweilig, daß sie uns ständig mit der Entlaß-Frage nerven". Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).

Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter so-

gar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.

Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff" gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne "drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist" (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein "ungewöhnlicher Medikamentencocktail" tun: "Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert.

Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen." Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn "verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir" (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.

Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen "geimpft" beziehungsweise "gedopt", die in der SAGE Beobachterstatus haben.

Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor "Ausbruch" der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus, Influenza A (H1N1) beeindruckend schnell

aus, so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluß: "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht." Für alle Länder - wow!

Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose "Schweinegrippe" war bis dahin die größte und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das "Marketing" hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den "Konsumenten" gleich zwangsweise zu verabreichen - nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten "Masernimpfung" verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer "Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2" über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewußtsein: "Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig."

Ja, Sie haben richtig gelesen:

1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.
2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.

So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie?

Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Daß zwischen dem Impfstoff "Pandemrix" (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie "ein direkter Zusammenhang besteht", sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar "als erwiesen an", schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz "nicht nachweisbar" gewesen sei, sei in Finnland "ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt" worden. Die jungen Leben lägen "in Trümmern", schrieb "Die Presse".

Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.

In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle

Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.

Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.

Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.

Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927). "Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).

1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".

Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.

Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 22. März 2020 (x1.160):

>>**Volle Kraft gegen Nord Stream 2**

Hannes Hofbauer

Washington im Wirtschaftskrieg

Am 20. Dezember 2019 unterzeichnete US-Präsident Donald Trump den "National Defense Authorization Act". Das Militärbudget für 2020 wird dort mit 738 Mrd. US-Dollar veran-

schlägt. Darin enthalten ist auch das "Gesetz zum Schutz der europäischen Energiesicherheit", mit dem Sanktionen gegen den Bau von Nord Stream 2 in Kraft treten.

Dies ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen macht die Selbstverständlichkeit Angst, mit der ein russisch-deutsches Energieprojekt im US-amerikanischen Militäretat abgehandelt wird. Und zum anderen verblüfft selbst geübte US-Kritiker der imperialistische Duktus und die Frechheit, in Washington ein Gesetz zum "Schutz der europäischen Energiesicherheit" zu beschließen.

Das Repräsentantenhaus hatte dem Gesetzespaket mit 377 gegen 48 Stimmen zugestimmt, im Senat waren die Mehrheitsverhältnisse ähnlich. Nord Stream 2 ist eine auf 1.220 Kilometer Länge ausgelegte Pipeline, die - neben der bereits seit 2011 bestehenden Nord Stream - sibirische Gas in deutsche Industrieanlagen und Haushalte pumpen soll.

Der mehrheitlich in Staatbesitz (50 Prozent und eine Aktie) befindliche russische Konzern Gazprom, der größte des Landes, ist Projektbetreiber; neben ihm sind Energieriesen aus Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Österreich finanziell am 10-Milliarden-US-Dollar-Unternehmen beteiligt.

In zwei Rohrsträngen, die zwischen dem russischen Städtchen Ust-Luga und dem nahe Peenemünde gelegenen Lubin die Ostsee queren, sollten ursprünglich Anfang 2020 jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas geliefert werden. Die US-Sanktionen zielen darauf ab, das ganze Projekt, das kurz vor der Fertigstellung ist, zu torpedieren.

Drohbrief im Mafia-Stil

Die US-Sanktionspolitik folgt immer demselben Muster. Nach der Ortung des Feindes, in diesem Fall Deutschland und Rußland bzw. die energetische Zusammenarbeit der beiden, werden exterritoriale Sanktionen erlassen, die alle Staaten, Firmen und Personen betreffen, die US-Interessen im Wege stehen. Konkret bedeutet dies im Fall des Angriffs auf Nord Stream 2, daß Konten gesperrt, Besitztitel eingezogen, Vermögen enteignet und Einreiseverbote erlassen werden.

Die Strafmaßnahmen haben Unternehmen im Visier, die sich - wie es im Gesetzestext heißt - an Verlegearbeiten von Rohren in einer Tiefe von 30 Metern in der Ostsee beteiligen. Das zielt auf die Schweizer Spezialfirma "Allseas", die zurzeit als einzige vor Ort in der Lage ist, diese Aufgabe zu bewältigen. In flachen Gewässern steht auch ein russischer Rohrverleger im Einsatz, den diese Sanktionen - vorerst - nicht betreffen.

Die letzten 160 Kilometer der weitgehend fertiggestellten Pipeline harren ihrer Fertigstellung. Zwar gibt es auch ein russisches Spezialschiff, das die Tiefsee-Verlegung machen könnte. Dieses muß dafür allerdings erst umgebaut und vom pazifischen Wladiwostok in die Ostsee geschleppt werden. Weil die "Akademik Tscherski", so der Name des Verlegerschiffes, sich im Eigentum von Gazprom befindet, könnte jedoch der ganze Konzern unter die US-Sanktionen fallen - was bisher nicht der Fall ist.

Wer nun denkt, es wäre vielleicht möglich, ein anderes Spezialschiff zu leasen oder zu kaufen, wird durch das Sanktionsgesetz eines schlechteren belehrt. Auch all jene Personen und Unternehmen, die sich an einem solchen Geschäft beteiligen würden, hätten US-Strafmaßnahmen zu gewärtigen.

Die Schweizer Gesellschaft "Allseas" hat bereits am Tag nach der Unterzeichnung des Sanktionsgesetzes sämtliche Arbeiten eingestellt und die Ostsee verlassen, obwohl theoretisch eine Frist von 30 Tagen dafür eingeräumt worden war. Das hektische Ende der Verlegearbeiten hat mit einem wahrhaftigen Drohbrief an den Geschäftsführer von "Allseas" zu tun, den die beiden US-Senatoren Ted Cruz und Ron Johnson am 18. Dezember 2019 an den Chef des Schweizer Unternehmens, Edward Heerema, geschrieben haben.

Darin heißt es unumwunden: "Wir verstehen, daß Rußland Allseas eine gute Stange Geld bezahlt, um die Arbeiten an Nord Stream 2 fertigzustellen. Die Konsequenzen würden ihr Un-

ternehmen allerdings zermalmen und hätten tödliche rechtliche und wirtschaftliche Folgen, wenn Sie auch nur einen Tag weiterarbeiten würden."

Um zu verstehen, was genau damit gemeint ist, listen die beiden Senatoren alle Schiffe auf, die im Eigentum von "Allseas" stehen und weisen darauf hin, daß im Falle des Bruchs der Sanktionen "ihre Schiffe unter US-Rechtsprechung fallen und zu eingefrorenem Vermögen würden."

Der Abschluß des Briefes liest sich dann wie eine üblicherweise mündlich vorgetragenen Drohung im kriminellen Milieu: "Sie haben die Wahl: Hören Sie JETZT auf und verlassen Sie die Arbeit an der Pipeline unfertig ... oder machen Sie den törichten Versuch, die Pipeline fertigzustellen und riskieren für ihr Unternehmen, daß es für immer vorbei mit dem Geschäft ist."

Der Brief vom 18. Dezember trägt den Briefkopf des "United States Senate" und ging in Kopien an die US-Außen-, Finanz- und Energieminister Pompeo, Mnuchin und Brouillette. Bleibt noch anzumerken, daß Senator Ted Cruz, der Verfasser des Drohbriefes und des Sanktionsgesetzes, einer der bestbezahlten Lobbyisten für US-amerikanische Öl- und Gaskonzerne ist. Sein Sicherheitsberater Daniel Vajdich, wurde vom ukrainischen Gasriesen Naftogaz mit der Aufgabe betraut, die Lobbyarbeit gegen Nord Stream 2 zu orchestrieren.

Schon vor den US-Sanktionen hatten Dänemark und die EU-Kommission, beide mutmaßlich auf Zuruf Washingtons, der neuen Ostsee-Pipeline Steine in den Weg gelegt. Daß sich Trump so lange Zeit lassen konnte, um mit dem Sanktionsgeschütz aufzufahren, ist der dänischen Regierung zu verdanken.

Die hatte nämlich über ein halbes Jahr die Erteilung einer Baugenehmigung in dänischen Gewässern verzögert, so daß es erst Ende Oktober 2019 - im dritten Prüfungsverfahren - eine Freigabe für die Routenführung südöstlich der Insel Bornholm gab. Brüssel wiederum glaubte, dem bereits seit langem geäußerten Unmut der USA mit einer eigenen Richtlinie den Wind aus den Segeln nehmen zu können.

Am 23. Mai 2019 beschloß die Kommission, daß EU-Regeln auch auf Länder angewendet werden können, die nicht EU-Mitglieder sind. Für den russischen Energieriesen bedeutet dies, daß er nicht zugleich Gasproduzent und Betreiber der Pipeline sein darf.

Diese zur Zerschlagung staatlicher Energie- und Verkehrsunternehmen EU-weit durchgesetzte Regel soll auch für Nord Stream 2 gelten. Gazprom wird damit gezwungen, seine Leitung auch anderen Gaslieferanten zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen führt diesbezüglich einen Rechtsstreit mit der Europäischen Union und hält in der Hinterhand einen Verkauf der Eigentümerrechte an Rosneft, einer mehrheitlich in Staatsbesitz befindlichen russischen Aktiengesellschaft, bereit.

Wie es nun technisch weitergeht, mag niemand konkret voraussagen. Russische Stellen sprechen davon, Ende 2020 die verbliebenen 160 Kilometer verrohrt haben zu können. "Ich hoffe, daß die Arbeit bis Ende des laufenden Jahres oder im ersten Quartal des kommenden Jahres abgeschlossen wird", erklärte Wladimir Putin anläßlich des Besuches von Angela Merkel im Januar 2020. Er könnte sich irren, denn es spricht einiges dafür, daß der US-Kongreß weitere Sanktionsverschärfungen plant. In einem nächsten Schritt wäre es möglich, auch den europäischen Partnern von Gazprom mit einem Wirtschaftskrieg zu drohen.

Würden bei einer solchen Ausweitung die Energieriesen Uniper und Wintershall (Deutschland), Engie (Frankreich), Shell (Niederlande-Großbritannien) und OMV (Österreich) klein begeben und das Projekt im Ostseesand versinken lassen? Oder anders gefragt: Welche Möglichkeiten von Gegenmaßnahmen haben sie, um die Sabotage an Nord Stream 2 zu konterkarieren? Um der Beantwortung solcher Fragen näher zu kommen, bedarf es einer Analyse der Hintergründe, die Washington zu solch drastischen Handlungen treibt.

Ökonomische Konkurrenz oder geopolitische Vorherrschaft

Die ökonomische Rationalität hinter dem US-Wirtschaftskrieg liegt auf der Hand. Seit Jahren versuchen die USA, ihre Position auf den Gasmärkten der Welt auszubauen. Die mit viel Aufwand betriebene Förderung von Schiefergas soll sich dereinst bezahlt machen. Die technischen Möglichkeiten der Verflüssigung erlauben eine weltweite Verschiffung. Seit Mai 2016 liefern US-Firmen Flüssiggas nach Europa und wollen damit - peu à peu - Gazprom vom Markt drängen. Rechnen tut sich die Sache zurzeit nicht, sind doch die Energiepreise im Keller.

Also braucht es politische Hilfe mittels simpler Erpressung der möglichen Abnehmer, Gas künftig aus den USA zu kaufen. BRD-Wirtschaftsminister Peter Altmaier will für Fracking-Flüssiggas den Bau von Terminals in Deutschland ermöglichen. Noch steht allerdings kein entsprechender Hafen bereit. Anders in Polen, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Malta, wo bereits die LNG-Monster anlanden. "Kauft Gas aus den USA", lautet die Devise.

Nachdem ein unmittelbares Konkurrenzprojekt zu den Gazprom-Leitungen, die EU-Nabucco-Röhre aus Aserbaidschan, 2013 phänomenal gescheitert ist, rüsten nun Israel und Zypern auf, um Gas aus dem Mittelmeer nach Europa zu pumpen. Die "Eastmed" soll das Gasfeld Leviathan, das im Meer vor der israelischen Küste liegt, mit einem vor Zypern gelegenen Feld verbinden und Gas über Griechenland und Italien nach Europa bringen. Der dafür notwendige zwischenstaatliche Vertrag wurde im März 2019 in Anwesenheit von US-Außenminister Pompeo unterzeichnet.

Ankara hat gegen die 1.900 Kilometer lange Röhre bereits Protest erhoben, weil es selbst Anspruch auf einen Teil der Gasvorkommen erhebt. Diesmal packt Brüssel die Sanktionskeule aus und will der Türkei Bohrungen rund um Zypern verbieten. Die EU anerkennt Nordzypern nicht als Staat. Anfang 2020 wurden die Vermögen von zwei türkischen Projektbetreibern in der EU eingefroren und deren Repräsentanten die Einreise verboten.

Womit wir bei der geopolitischen Dimension von Nord Stream 2 angelangt wären. Heftig gegen dieses Projekt ausgesprochen haben sich von Anfang an die Ukraine, Polen und die baltischen Staaten. Kiew fürchtet Einbußen im Gastransitgeschäft. Politik und Ökonomie gehen in diesem Fall Hand in Hand. Tatsächlich hat Moskau Ende Dezember 2019 den damals auslaufenden Liefervertrag durch einen für Kiew wesentlich schlechteren ersetzt.

Statt einem jährlichen Volumen von ca. 90 Milliarden Kubikmetern werden ab 2021 nur mehr 40 bis 50 Milliarden Kubikmeter russisches Gas ins ukrainische Netz eingespeist. Für den Verbrauch vor Ort reicht das völlig aus, die Transitmenge schrumpft allerdings heftig, und damit das Geschäft mit russischem Gas. Nord Stream und das ebenfalls mit russischem Gas betriebene Turkstream stehen als Alternative bereit.

"Nord Stream 2 ist kein wirtschaftliches, sondern ein geopolitisches Projekt", bringt der ehemalige US-Botschafter in Kiew und Direktor der "National Defense University", John Herbst, die amerikanische Position in einer hochkarätig besetzten Diskussion im Atlantic Council auf den Punkt. Washington betrachtet den internationalen Gasmarkt mit den Augen eines militärischen Hegemon und fühlt sich berechtigt, für seine Kontrolle wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen und notfalls militärische Aktionen durchzuführen.

Moskau wiederum geht nüchtern an die Auseinandersetzung heran. "Das Ziel (der Sanktionen) ist natürlich nicht die Sorge um die europäische Energiesicherheit", so Außenminister Lawrow, "sondern das Durchboxen von amerikanischem Flüssiggas auf dem Markt Europa. Das ist ein schreiendes Beispiel für unlautere Konkurrenz und Politisierung des Energiebereichs."

Scharfe Kritik am amerikanischen Vorgehen kommt auch von Gerhard Schröder, der den Aktionärsausschuß der Nord Stream AG in der Schweiz präsidiert. "Die USA wollen bestimmen,

mit wem wir Handel treiben dürfen und mit wem nicht. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Wir sind nicht der 51. Bundesstaat der USA", so der Altkanzler.

Mittlerweile setzt Gazprom auf Diversifizierung. Von der russischen Schwarzmeerküste in Anapa wird seit 8. Januar 2020 Gas nach Lüleburgaz in den europäischen Teil der Türkei geleitet. Die Eröffnung nahmen die Präsidenten Rußland, der Türkei und Serbiens vor. Belgrad gilt als einer der Abnehmer. Damit hat Gazprom Bulgarien und die EU düpiert, die 2014 das Projekt South Stream mit ihren Entflechtungsvorschriften boykottiert hatten. Wenn sich Bulgarien demnächst dennoch an die Türkstream anschließen sollte, werden EU-Zwischenrufe überhört werden können.

Die US-Sanktionspolitik gegen Gazprom stößt in deutschen Landen auf sehr unterschiedliche Reaktionen. Anfeuernde Rufe, wie man sie aus anti-deutschen Kreisen erwarten könnte, sind nicht zu hören, auch deshalb, weil Wirtschaftspolitik dort kein Thema ist. SPD-Außenminister Heiko Maas meinte eher kleinlaut, daß europäische Politik in Europa entschieden werden solle, ohne konkrete Vorschläge zu machen, wie dies umzusetzen sei.

Angela Merkel tönt ähnlich, aus der US-geschützten Deckung traut sie sich freilich auch nicht. Klaus Ernst von der Partei Die Linke wiederum betonte, daß Rußland Gas zu "einem einigermaßen anständigen Preis zuverlässig und vor allem in ausreichender Menge" liefern würde. Und die Grünen fordern, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden, meinen damit aber vor allem das russische Gas.

Hannes Hofbauer ist Redaktionsmitglied von Lunapark 21. Von ihm erschien zum Thema: Feindbild Rußland. Geschichte einer Dämonisierung (Promedia Verlag). <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.



Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München.

Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt." <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. April 2020 (x1.000/...):
>>**Verdeckte Kriegsführung & teuflische Besessenheit**

Der einzelne Mensch für sich genommen ist potentiell gut, schöpferisch, liebenswert. Daß er aber dennoch unter den Einfluß teuflischer Besessenheit geraten kann, wird längst von Medizin, Psychologie, Religion und Bildung attestiert.

Dieser Dokumentarfilm legt daher einmal den Finger auf teuflisch besessene Eliten, die einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Ihre hybride Kriegsführung fordert mehr Menschenleben als jeder frühere, konventionelle Krieg. Der Film dokumentiert zehn wichtige Schauplätze solcher Kriegsführung. ...

Matthäus 8, 16: "Als es aber Abend geworden war, brachten sie viele Besessene zu Jesus; und er trieb die Geister aus mit seinem Wort, und er heilte alle Leidenden."

Der Mensch an sich ist gut, schöpferisch - liebenswert. Daß er allerdings unter teuflische Besessenheit geraten kann, wird seit je von allen Religionen attestiert.

Längst müssen aber auch Medizin, Psychologie, Wissenschaft, Bildung usw. kapitulierend zugeben, daß das Unerklärlichste unter dem Himmel einzig durch teuflische Besessenheit erklärbar wird. Laut Evangelien bestand der Dienst von Jesus Christus etwa zu einem Drittel aus Dämonen-Austreibungen.

Was sind die typischen Merkmale teuflisch Besessener? Jede vernünftige Kommunikation mit ihnen ist von vorneherein absolut unmöglich. Sie kennen kein Mitgefühl, kein Erbarmen, keine Einsicht, keine Reue. Weder Logik noch Wahrheit ist bei ihnen vorhanden. Besessene sind nur und einzig auf ihre eigenen Triebe, Begierden, Interessen, Lüste, Süchte usw. fixiert.

Es gibt viele Arten der Besessenheit: von Unreinheiten bis zu blutigen Exzessen, von Boshafigkeiten bis zu mörderischen Quälsüchten, von der Pädophilie bis zum Kannibalismus, von der Kleptomanie bis zur Volksplünderung, von notorischer Streitsucht bis zur gnadenlosen Zerstörungswut, von der Rechthaberei bis zum diktatorischen Meinungszwang, von der Gewohnheitslüge bis zum professionellen Dauerbetrug jeder Gattung usw. usf.

Die Probleme, die sie verursachen, sind unzählbar. Wie bringt man es z.B. einem kleinen Kind bei, falls seine Eltern teuflisch besessen sind? Dieselbe Frage muß leider auch auf Völkerebene gestellt werden: Wie bringt man es ahnungslosen Völkern bei, deren Regierungen in den Bann teuflisch Besessener geraten oder gar selber von dieser Sorte sind? Wer hier vorschnell religiösen Extremismus wittert, irrt. Bedauerlicherweise ist genau diese Tragik zu einem Hauptproblem der Weltgemeinschaft geworden.

Was wir alle wie kleine Kinder nicht hören wollen, muß aber dennoch einmal deutlich gesagt sein: Völker, nehmt es zur Kenntnis, daß teuflisch Besessene einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Sie meinen, von satanischem Wahn getrieben, die ganze Welt unterwerfen und beherrschen zu müssen. Wir dürfen dabei die Abwesenheit von Bomben nicht weiter mit der Abwesenheit von Krieg verwechseln! Denn seit Jahren treiben solch wahnhaftige Eliten diese neue Form des Krieges voran - er kann bedenkenlos als Dritter Weltkrieg auf hybrider, sprich vielfältiger und vor allem verborgener Ebene bezeichnet werden.

Ihr Ziel: eine Neue Weltordnung unter ihrer totalen Kontrolle. Ihre hybride Kriegsführung richtet dabei mehr Schaden auf allen Ebenen an und fordert mehr Menschenleben als jeder

frühere Krieg, der mit konventionellen Waffen, sprich Bomben usw. geführt wurde. Die gute Nachricht: So wie es schon immer einen Weg gab, die Einwirkung teuflischer Mächte zu bannen, gibt es einen solchen auch auf aktuell höherer Ebene. Jesus war ständig damit beschäftigt, den Einfluß dämonischer Wesen außer Kraft zu setzen. Auch aus der Gewalt gegenwärtig besessener Eliten gibt es daher einen Ausweg. Doch darüber mehr am Schluß.

1. Demographie

Wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Zielobjektes an erster Stelle. In demographischer Hinsicht wird seine Vernichtung vorab durch psychologisch-soziale Maßnahmen eingeleitet: so etwa durch die Bekämpfung traditioneller Rollenbilder, durch Schwächung der Institution Ehe, durch immer zahlreichere Formen der Empfängnisverhütung, durch Förderung von Abtreibungen bis mittlerweile schon nach der Geburt, u.v.m. Der soziale Niedergang wird durch diese Eingriffe effektiver besiegelt als durch jeden Bombenkrieg. Millionen potentieller "Feinde" werden gar nicht erst geboren.

2. Nationalstaaten

Um ihrer Neuen Weltordnung willen treiben hybride Kriegstreiber gezielt den Untergang aller bestehenden Nationalstaaten voran. Einmal mehr werden Flüchtlingsströme als "Migrationswaffe" verwendet - übrigens ein sowohl altbekanntes als auch bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen. Ursachen für Migrationswellen liegen in gezielt geführten Kriegen, Konflikten und Revolutionen. So werden unsere Sozialsysteme gleichsam hybrid bombardiert - mit dem Ziel, alle Nationalstaaten zu destabilisieren und sie durch die Errichtung eines einzigen sozialistischen Gesellschaftssystems zu ersetzen.

3. Technologien

Weltführende Wissenschaftler haben für diese Kriegstreiber Technologien entwickelt, mit denen sie die gesamte Menschheit beliebig lenken, nach Belieben krank machen und auch töten können: Atombomben, tödliche Viren als biologische Kampfzettel, Gentechnologien, Überwachungsgeräte an jeder Ecke und im Weltall - und tausenderlei mehr - gehören zu ihrer Standardausrüstung.

4. Gesundheit

Auch auf die Gesundheit zielt die hybride Kriegsführung ab: Fast alle ursprünglich natürlichen Heilmethoden wurden längst zur chemischen Arzneimittelbehandlung umgeleitet. Sollen unter dem Würgegriff der Pharma zunehmend alle Völker gelenkt, nach Belieben eingeschränkt, mit Verboten verhängt, noch restlos ausgeplündert und systematisch ruiniert werden?

Es wird Zeit, all dieses Treiben einmal gründlich zu untersuchen, ob sich hinter der vorgegebenen gesundheitlichen Vorsorge nicht etwa ein hybrider Kriegstreiber verbirgt. Pharma-Industrielle verdienen immerhin täglich Milliarden an unseren Krankheiten. Und obgleich ihre Produkte längst als Hauptursache fast all unserer Krankheiten entlarvt wurden, zeigen sich deren Verfilzungen zu allerlei Großmächten als so teuflisch unnachgiebig, daß bislang keinerlei Änderungen eintreten konnten.

5. Verarmung und Versklavung

Die hybride Kriegstaktik vernichtet gerade weltweit gezielt unsere Wirtschaft - mit Ziel auf die restlose Plünderung, Verarmung und Versklavung aller Völker. Um nur einmal zwei hybride Schachzüge unter tausenden ähnlicher zu nennen: Die zur Geldfälschung ermächtigte Hochfinanz, sprich die FED, reißt sich seit über 100 Jahren täglich Milliarden-Gewinne ohne sachliche Gegenleistung unter den Nagel. Durch immer teuflischere Derivate, sprich Finanzwetten und Börsentricks plündern die mit ihr verfilzten Geldeliten gnadenlos alle Nationen aus, treiben sie gezielt in den Ruin, in die Verarmung - in die totale Versklavung!

Muß die gegenwärtige Corona-Pandemie vielleicht sogar für die gezielte Verschleierung jenes weltweiten Finanz-Kollapses herhalten, der aufgrund kriminellster Finanzwetten entstanden

ist? So könnte die Schuld am gerade stattfindenden wirtschaftlichen Totalzusammenbruch gleichsam dem Corona-Virus in die Schuhe geschoben werden.

6. Massenmedien

Seit Jahrzehnten belügen von finsterner Macht gesteuerte Massenmedien die Weltgemeinschaft, so daß bald jeder zweite Mensch der Meinung zustimmt, daß die Presse nicht die Wahrheit berichtet. Wie ist es zugleich möglich, daß sich dennoch nie etwas ändert? Zeigen sich hier derart starke Verfilzungen zu teuflischen Schattenmächten, daß sich keine unabhängige Regierung der Welt gegen sie zu erheben wagt?

7. Bildung

Eine weitere hybride Attacke zielt auf unsere Bildung. Ist der totale Zusammenbruch unserer Bildungssysteme das Ziel? Durch zum Beispiel unkontrollierte Migration, durch die zunehmend künstliche Intelligenz auf dem Weg der Digitalisierung? Bildungsermächtigte zwingen zumindest schon einmal weltweit unsere Kinder in Frühsexualisierung, in den Gender-Wahnsinn und vielerlei mehr.

Sollten eines Tages irgendwelche übergeordneten Mächte den Weltnetzstecker ziehen, zeigten sich dann nicht alle Völker in einem Moment als verdummt? Ein rasender Bildungszerfall ist daher im Ansturm. Der künftige Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften ist voraussehbar. Ist der Totalzusammenbruch von Infrastruktur und Wirtschaft Programm? Die UNO und ihre hörigen Politiker treiben zumindest schon einmal allerlei sabotageähnliche Maßnahmen und Gesetze voran.

8. Wirtschaft

Auch unsere gesamte Wirtschaft steht im Kreuzfeuer dieser neuartigen, verdeckten Kriegsführung. Haben es die Saboteure unter dem Deckmantel des Umweltschutzes und der Reduzierung von CO2 gezielt auf unsere gesamte Produktion und den Konsum abgesehen? Zumindest wurde die gegenwärtige Klima-Hysterie mit Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion von langer Hand geplant: Schon 2016 erschien das am grünen Tisch erarbeitete Strategiepapier "Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt".

"The Climate Mobilization" - eine US-amerikanische Gruppe hinter dem Strategiepapier - fördert die totale Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung des angeblich menschengemachten Klimawandels. ... (Quelle: <https://www.theclimatemobilization.org/emergency-mode>) Die USA diktiert durch sie wieder das Vorbild: Die ganze Gesellschaft soll ihre individuellen Bedürfnisse für das große Ziel der Neuen Weltordnung unter dem Vorwand der Klimaretterung opfern.

9. Energieversorgung

Auch unsere Energieversorgung liegt im Fadenkreuz der hybriden Kriegstreiber. Deutschland und Westeuropa verlieren durch ihren Atom- und Kohle-Ausstieg gerade ihre Energie-Souveränität. Die untergejubelten "erneuerbaren, aber ineffizienten Energien" führen dabei gezielt in die totale Abhängigkeit von Energie-Importen.

10. Nahrungsversorgung

Nicht einmal vor unserer Nahrungsversorgung macht die verdeckte Kriegsführung halt: Landwirtschaftliche Produktionen werden immer mehr durch Vorschriften und Auflagen eingeschränkt. Folge davon ist das Bauernsterben und die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln.

In dieser Weise könnte man noch vieles aufzählen: die hybride Kriegsführung gegen unsere Verkehrsplanungen und Infrastrukturen, gegen Natur und Wetter, gegen alle konservativen Trends in der Politik, gegen jede Religion außer gegen den Satanismus, den Angriff auf unsere Gesundheit durch flächendeckenden Mobilfunkausbau, welcher durch 5G noch drastisch verstärkt wird und fatale Folgen auch auf die Tier- und Pflanzenwelt haben wird, usw. usf.

Bezüglich aller Angriffsziele muß zusammenfassend festgestellt werden, daß sie systematisch

den Ratschlag von Sun Tsu umsetzen.

Sun Tsu war ein chinesischer Kriegsstratege der Antike, der schon etwa 500 Jahre vor Christus schrieb: "Die größte Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist. Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. ... Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Hetzt die Jungen gegen die Alten. Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter ..."

Abschließend also noch zur Frage, wie die Völker aus dem Würgegriff ihrer besessenen Angreifer befreit werden können. Das Geheimnis eines erfolgreichen Exorzisten, sprich Teufels-austreibers, liegt bekanntlich in seinem gestählten, sprich unerschütterlichen Willen.

Richtet er diesen gezielt gegen eingenistete Dämonen aus und befiehlt jenen, aus dem Besessenen herauszukommen, erzeugt er damit eine geistliche Feuersbrunst und die Dämonen fliehen in Panik. Genau dasselbe wird daher geschehen, sobald die unter dem hybriden Krieg gepeinigten Völker das diabolische Spiel durchschauen und Kraft ihres vereinigten Willens allen teuflischen Werken und dadurch Mächten den Riegel vorschieben.

Die synergische Entschlossenheit der Völker wird gleichsam jene stählerne Kette um den Teufel winden, wie es schon vor 2.000 Jahren prophetisch skizziert wurde.

Offenbarung 20 bringt die Entmachtung der Wurzel allen Übels mit folgendem Bild zum Ausdruck: "Und ich sah einen Engel aus dem Himmel herabkommen, der den Schlüssel des Abgrundes und eine große Kette in seiner Hand hatte. Und er ergriff den Drachen, die alte Schlange, die der Teufel und der Satan ist; und er band ihn für tausend Jahre und warf ihn in den Abgrund und schloß zu und versiegelte über ihm, damit er nicht mehr die Nationen verführe ..." (V. 1-3).

Die geschundene Menschheit sollte allerdings nicht passiv darauf warten, bis irgendein Engel vom Himmel herabschwebt und diesen Job für sie ausführt - die erwachten Völker selber sind letztlich mit dieser Kette gemeint. Der Engel, wörtlich Gesandte, symbolisiert nur unser Zeitalter der Überwindung des Unbezwingbaren. Die aufrichtigen Völker selber aber sollen zu jener unüberwindbaren Kette, sprich allseitigen Einheit gegen hybride Bösewichte werden.

Zu dieser Kette werden sie, wann immer sie gründlich über die hybride Tragik aufgeklärt werden. Zunehmend machen sie sich bereits in vereint stählernem Willen gegen diese üblen Werke und Mächte auf. Und auf diese Weise entziehen sie den Kriegstreibern unweigerlich jede teuflisch gesponserte Energie, jeden fremd verliehenen Mut, jede satanische Phantasie und Visualisierungsmacht.

So geraten die zuvor Unbezwingbaren unaufhaltsam in geistige Schockstarren, versinken über Nacht in Furcht und Schrecken, in Verzagtheit und Ohnmacht. Die vereinigte Willenskraft der Völker und ihr synergischer Ruf des Guten soll, kann und wird all dem benannten Spuk ein Ende machen. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/20144" berichtete am 28. Mai 2020 (x1.138/...): >>>Stellvertretende Generaldirektorin der WHO läßt BOMBE platzen: Impfungen töten & Ursachen werden vertuscht!!!

WHO vertuscht gefährliche bis tödliche Impfnebenwirkungen!

In einer enthüllenden Videoaufnahme gestand Dr. Soumya Swaminathan, die stv. Generaldirektorin für Impfprogramme der WHO, daß einige Impfstoffe gefährlich seien und Menschen töten. Wenige Tage zuvor hatte sie aber der Öffentlichkeit ein anderslautendes Zeugnis über die Sicherheit von Impfstoffen gegeben. Während die Massenmedien zu ihrem Geständnis schweigen, werden Epidemien heraufbeschworen und die Notwendigkeit drakonischer Impfgesetze beworben. Dienen Impfungen nun tatsächlich unserer Gesundheit oder (etwa doch) einer anderen Agenda?

Der Global Vaccine Safety Summit, zu Deutsch: Globaler Gipfel zur Impfstoffsicherheit, ist eine zweitägige Veranstaltung, die vom 2. bis 3. Dezember 2019 von der Weltgesundheitsorganisation organisiert wurde und am Hauptsitz der WHO in Genf in der Schweiz stattfand.

In einer enthüllenden Videoaufnahme der Veranstaltung kamen erschütternde Tatsachen ans Licht: Eine führende Wissenschaftlerin der Vereinten Nationen, Dr. Soumya Swaminathan, stellvertretende Generaldirektorin für Programme der Weltgesundheitsorganisation, gestand, daß einige Impfstoffe gefährlich sind und Menschen töten können.

Sie machte diese Aussage während des globalen Sicherheitsgipfels der WHO, nur wenige Tage, nachdem sie der Öffentlichkeit versichert hatte, daß Impfstoffe eines der sichersten Werkzeuge der Menschheit seien.

Wenn Impfstoffe Menschen töten können, warum werden sie von der Regierung als sicher bezeichnet? Und warum werden Menschen diffamiert, die die Sicherheit in Frage stellen?

Weitere skandalöse Aussagen im Rahmen der WHO-Konferenz ...

Im Rahmen des Global Vaccine Safety Summits sind noch weitere besorgniserregende Geständnisse gefallen, die selbstverständlich nicht für die Öffentlichkeit gedacht waren und auch in den Berichterstattungen der Medien vollständig ausgeblendet wurden.

Zum Beispiel war davon die Rede, daß Impfstoffadjuvantien, das sind Zusatzstoffe in Impfungen, den Zelltod und die Schädigung von Geimpften erhöhen.

Fachleute wie Dr. Stephen Evans, Professor für Pharmakoepidemiologie, erklärte, daß Zusatzstoffe in Impfungen die Reaktogenität multiplizieren würden. Reaktogenität bedeutet nichts anderes als die Nebenwirkungen von Impfstoffen, die bekanntermaßen extrem schädlich sind und langfristige Schäden oder gar Tod verursachen. Und diese Gefahr werde - laut seiner Aussage - durch die Zusatzstoffe in Impfungen multipliziert.

Diese Aussage der Warnung vor Langzeiteffekten durch Zusatzstoffe in Impfungen wurde durch den anwesenden Dr. Martin Howell Friede bestätigt.

Prof. Heidi Larson ... meinte wortwörtlich: "Wir haben eine sehr wackelige Front, die anfängt, Impfstoffe und die Sicherheit von Impfstoffen in Frage zu stellen. Wenn die Experten an vorderster Front anfangen zu hinterfragen oder nicht das Gefühl haben, daß sie genug Vertrauen in die Sicherheit haben, um der Person, die ihnen die Fragen stellt, standzuhalten ...". Der Satz von ihr war nicht vollständig, doch selbst an diesem unvollständigen Satz kann jeder erkennen, daß es hier wahrscheinlich gar nicht mehr um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung geht. Jedenfalls sollte man bei solchen Aussagen aufhorchen, auch wenn diese Zitate eigentlich nicht für alle bestimmt waren.

An dieser Konferenz sind einige Eingeständnisse gefallen, die zeigen, daß die WHO Angst davor hat, daß viele Ärzte und Krankenschwestern anfangen, die Sicherheit und die Impfstoffe in Frage zu stellen und sich der koordinierten Vertuschung von Impfverletzungen bewußt werden. Sie finden weitere Aussagen dieser Konversation beim Impfkongreß im Quellen-Link nach der Sendung.

Fazit: Die WHO hat an diesem globalen Impfgipfel klar gestanden, daß sie keine Ahnung hat, wie gefährlich Impfstoffe wirklich sind und die Massenmedien haben bewußt nicht über das skandalöse Geständnis berichtet. Statt dessen werden angebliche Epidemien heraufbeschworen, um eine Notwendigkeit für drakonische Impfgesetze zu suggerieren. An dieser Stelle müßte sich jeder wache Verstand fragen, ob Impfungen tatsächlich unserer Gesundheit oder nicht eher einer anderen Agenda dienen.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Weltgesundheitsorganisation "WHO" (x356/5): >>Wie vertrauenswürdig ist die WHO?

Wenn irgendwo auf der Welt Krankheiten ausbrechen, ist sie gefragt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die auch bei Corona die Zügel als globaler Befehlskörper in der Hand hält. In Genf, in der Schweiz, hat die WHO ihren Hauptsitz. 194 Staaten sind Mitglied der UN-

Sonderorganisation. Über 7.000 Menschen arbeiten weltweit für sie. Am 11. März 2020 erklärte sie Corona offiziell zu einer Pandemie. Kritiker werfen der WHO jedoch vor, oft zu Gunsten der Pharmaindustrie und weniger zum Wohl der Menschheit zu handeln. Die Organisation hänge zu sehr von privaten Spendern ab. Was ist dran an diesen Vorwürfen?

Die ZEIT: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates"

Wußten Sie, daß die Agenda der WHO längst von einem Superreichen vorgegeben wird? Das behaupteten die deutsche Zeitung ZEIT und der Sender ARTE in seiner Dokumentation "Die WHO: Im Griff der Lobbyisten". ... Die 194 Mitgliedsländer zahlen Pflichtbeiträge. Die WHO kann frei entscheiden, was sie damit macht. Doch das ist nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets.

Der Großteil besteht aus Spenden von finanzstarken Ländern wie den USA, Großbritannien oder Japan, aber kommt auch von Stiftungen und anderen Organisationen. Ganz vorne mit dabei: Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung als zweitgrößter Geldgeber der WHO hinter den USA. Die von Gates aufgebaute Impfallianz GAVI (siehe S. 7 f.) ist bei den Geldgebern an vierter Stelle.

Deshalb kommt die deutsche Wochenzeitung ZEIT zu dem Schluß: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates", so der Titel eines Artikels. "Die wichtigste Organisation der Weltgesundheit, die WHO, hat ein Problem: Sie ist pleite und deshalb auf Spenden angewiesen. Verliert sie darüber ihre Unabhängigkeit?" David McCoy, einer der führenden Experten im Bereich Weltgesundheit, wird von der ZEIT als Experte herangezogen.

Er sagt, die Agenda der WHO werde immer mehr von privaten Spendern bestimmt, vor allem von Bill Gates. Würde die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aufhören, jährlich Millionen US-Dollar nach Genf zu schicken, würde die WHO womöglich in sich zusammenfallen. Entsprechend großen Einfluß habe der Milliardär auf das inhaltliche Programm.

Was sagt das über die Glaubwürdigkeit der WHO, wenn einer der reichsten Menschen der Welt sie anscheinend als sein persönliches Werkzeug einsetzen kann? Aus Gates' Steuererklärung von 2014 gehen übrigens Investitionen in Pharmaunternehmen wie Novartis und Glaxosmithkline klar hervor. Wenn die WHO den UN-Staaten empfiehlt, Medikamente und Impfstoffe einzukaufen (siehe S. 14 ff.), wird demnach auch der schon prall gefüllte Geldbeutel von Bill Gates noch etwas dicker. Sollte man die empfohlenen Maßnahmen dieser laut ZEIT fremdgesteuerten Behörde nicht mit höchster Vorsicht genießen?

"Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Organisation ab. Wir sind darauf angewiesen, daß sie optimal funktioniert, aber das ist ganz und gar nicht der Fall."

Corinne Lepage, ehemalige französische Umweltministerin über die WHO.

(Tilman Knechtel)<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 18. Juni 2020 2021 (x1.062): >>Der Tod vor unserer Haustür

Die Airbase Ramstein hilft mit, den Terror in der Welt anzuzünden - die deutsche Bevölkerung ist darüber zu wenig informiert.

von *Angela Mahr*

Von Ramstein aus geschehen Drohnenmorde, also Tötungen aus unbemannten Flugzeugen ohne rechtliche Grundlage. Über Ramstein wird daher Völkerrecht gebrochen. Obwohl es zu diesem brisanten Thema gute Dokumentarfilme gibt, herrscht in der Bevölkerung weitgehend Unwissenheit.

Nicht nur die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender beschweigen Ramstein, auch die Bürger sind kaum darüber informiert, daß von deutschem Boden aus wieder skrupellos getötet wird. Warum ist das so, und wie können wir das ändern? Dieser Text entstand auf der Grundlage einer kurzen Rede der Autorin anlässlich der "Kündigt Ramstein Air Base Jetzt" am 30. Mai 2020 vor dem Brandenburger Tor.

Ramstein ist bis heute ein Tabuthema

Rammstein ist eine Metal Band. Ramstein-Miesebach ist eine rheinland-pfälzische Stadt im Landkreis Kaiserslautern. Aber Ramstein ist auch der größte US-Militärstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten. - Wer alles weiß das? Bis heute sind das wenige Menschen in Deutschland.

Mehr als 8.000 US-Soldaten sind auf der Air Base tätig. Insgesamt leben etwa 52.000 US-Amerikaner rund um den Stützpunkt (Stand: September 2013). Über die Air Base Ramstein werden über 90 Prozent der Personen- und Frachttransporte der US-Streitkräfte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt. Es handelt sich um ein 1.400 Hektar großes Gelände, betrieben von der United States Air Force, mit eigenen Shoppingmalls, Bars und Bowlingbahnen. Die Ramstein Air Base ist der größte Militärflugplatz der USA außerhalb der Vereinigten Staaten.

Von Ramstein aus geschehen Drohnenmorde, also Tötungen aus unbemannten Flugzeugen ohne rechtliche Grundlage. Über Ramstein wird daher Völkerrecht gebrochen.

Als Filmemacherin war ich viel in Asien unterwegs. Immer war es mir ein tiefes inneres Anliegen, daß verschiedene Kulturen voneinander lernen. Dazu aber brauchen wir Frieden! Und wir brauchen die Möglichkeit, über andere Länder neutral zu berichten. Haben wir diese Möglichkeit überhaupt? Und wie präsent ist der Drohnenkrieg in unseren Medien?

Den Drohnenkrieg gibt es seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Grundlage für diese Kriegsführung - also die Rechtfertigung dafür, daß wir mit Drohnen Menschen töten - ist der sogenannte Krieg gegen den Terror. Drohnenmorde geschehen oft auf Verdacht. Manchmal genügt das Aussehen der Opfer für ein Todesurteil.

Man muß sich das so vorstellen: Oft sind es sehr junge Operator aus Militär und Geheimdienst, die vor einem Bildschirm sitzen, etwas aus der Vogelperspektive sehen, und dann in etwa so kommunizieren:

"Sind das Kinder oder Jugendliche? Sind sie in wehrfähigem Alter? Sind die 12 oder 15?"

In den USA sind solche Abteilungen der Air Force manchmal unterbesetzt, weil zu wenig Leute diese Jobs machen wollen. Es kann, auch wenn die ausführenden Soldaten nicht vor Ort im Kampfgeschehen sind, für sie zu posttraumatischen Belastungsstörungen und schweren psychischen Problemen führen.

Der Mythos, die Drohnen träfen nur eindeutig identifizierte Terroristen und dies präzise, ist also falsch. Es sterben dabei viele Zivilisten, auch Kinder und ganze Hochzeitsgesellschaften. Technisch ist der Drohnenkrieg nur möglich durch die Satellitenrelaisstation in Ramstein, welche die Steuerung der Drohnen vor Ort ermöglicht. Die USA sind dafür schlichtweg zu weit weg.

Wie nennt man das Töten von Menschen ohne Prozeß und Urteil, und wie nennt man das Töten von unschuldigen Zivilisten aus politischen Gründen? Man nennt das Terror! Wie soll Terror durch Terror verschwinden?

Der Whistleblower Brandon Bryant ist ein ehemaliger Drohnenpilot. Nach eigenen Angaben hat er mehr als 1.600 Menschen getötet. Ihm wurde schlecht, als er sich diese Zahl bewußt gemacht hat. Er gab mehrere Interviews und machte bekannt, was in Ramstein geschieht.

Eigentlich ist das doch unvorstellbar: Wir sind hier in Deutschland friedliebende Menschen. Wir wollen keinen Krieg. Wenn jemand in unserem Land etwas Kriminelles tut, bekommt er einen Prozeß, und bei uns gibt es keine Todesstrafe. Aber wir sind durch Ramstein an den Drohnenmorden beteiligt! Was geschieht da in unseren Köpfen?

Kopfkino vom Krieg gegen den Terror

In unseren Köpfen läuft das Narrativ vom Krieg gegen den Terror. Aber wer von uns war in Afghanistan, in Pakistan oder im Jemen? Wir kennen die Menschen dort gar nicht! Dennoch glauben wir, daß es dort Terroristen gibt, die den Weltfrieden gefährden. Und wir glauben, wir

hätten das Recht, diese Menschen umzubringen. Warum? Weil es immer und immer wieder in den Medien erzählt wird.

Diese Rahmenerzählung ist auch in den Köpfen der Soldaten, die die Drohnen steuern. Brandon Bryant sagt, er dachte damals, "das sind schlechte Menschen, und wir tun gut daran, sie loszuwerden". Allein das Wort Terrorist gibt also einen Menschen zum Abschluß frei? Wollen wir wirklich Teil von diesem System sein?

Jedes unschuldige Drohnenopfer verschärft zudem die Entwicklung von Wut, Haß und die Bereitschaft zur Radikalisierung. Terror erzeugt Terror.

Die Bedeutung der US-Basis Ramstein für den Drohnenkrieg ist seit 2013 bekannt. Was bekommen wir seither zu sehen?

Betrachtung der Filmlandschaft in Schlaglichtern

2014 erklärte Brandon Bryant in einem sehr guten Dokumentarfilm des ARD-Magazins "Panorama" ausführlich, daß der Drohnenkrieg ohne Ramstein gar nicht funktionieren würde. Liebe Kollegen von der ARD: Danke dafür!

Im Jahr darauf brachte das ZDF die Doku "Tod aus der Luft", einen guten, sehr kritischen Film über den Drohnenkrieg. Die schrecklichen Folgen werden im Film dargestellt. Die Rolle von Ramstein - und damit von Deutschland - wird leider nur in einem kurzen Satz erklärt, in insgesamt einer Dreiviertelstunde Filmlänge. Dazu werden in einer Landkarte die Zielorte eingeblendet, Ramstein selbst aber nicht. Wer kaum Vorwissen dazu hat, wird den einen Satz vermutlich nicht verarbeiten können.

Und wie ist es heute? Jedes Jahr protestieren mehrere Tausend Menschen friedlich in Ramstein, aber es wird fast nichts darüber im Fernsehen berichtet.

Kabel eins sendete im Jahr 2017 den Film "Little USA". Es ist ein fröhlicher Film über den Alltag eines jungen US-Soldaten, der beim Bowlen, beim Shoppen und beim Verladen von Frachten gezeigt wird. Der Drohnenkrieg wird darin gar nicht erwähnt.

Der Kinofilm "National Bird", 2017 vom NDR mitproduziert, ist sehr gut, wirklich empfehlenswert. Die Filmemacher dieser deutsch-amerikanischen Koproduktion begleiten US-Whistleblower, die aus dem Drohnenprogramm ausgeschieden sind. Leider wird im Film nicht erklärt, daß der Drohnenkrieg via Ramstein läuft.

Für Arte sprach Maik Meuser mit Brandon Bryant über Ramstein. Das Video dazu ist leider nicht auffindbar. In der Arte-Mediathek heißt es unter der kurzen Notiz lediglich: "Kein Video verfügbar".

Die amerikanische Doku "Rise of the Drones" von 2013 sendete Arte unter dem deutschen Titel "Drohnen - Von der Waffe zur Überwachung". Im Abspann wird der US Air Force, der US Army, und der US Navy gedankt. Der Film handelt hauptsächlich von Technik. In den 52 Minuten wird die Kritik am Drohnenprogramm in aufgeregten vier Minuten abgehandelt und im Anschluß daran durch ruhige, souverän wirkende Interviewpartner wieder relativiert.

Nach meinem Empfinden handelt es sich überwiegend um einen Werbefilm für militärische Drohnen. Im Kommentar des Films heißt es zum Thema Afghanistan im Oktober 2001:

"Seit diesem ersten Einsatz haben Drohnen sich als so effektiv erwiesen, daß die Air Force jetzt mehr Piloten dafür ausbildet als für bemannte Flugzeuge".

Trägt das zur Völkerverständigung bei? Ramstein wird im Film gar nicht erwähnt.

Zusammengefaßt bedeutet das: Uns fehlen die Zusammenhänge! Wenn es um Ramstein geht, fehlen die Drohnen. Wenn es um Drohnen geht, dann fehlt Ramstein. In beiden Fällen fehlt der Bezug zum 11. September. Und wenn es um 9/11 geht, dann fehlt Ramstein, es fehlen die Drohnen, und es fehlt das dritte Gebäude, das an diesem Tag einstürzte: Es heißt WTC7 - und da ist kein Flugzeug hineingeflogen.

Wie soll man sich da zurechtfinden?

Wer sich überrascht oder erschlagen fühlt von Zusammenhängen, die er oder sie nicht kannte,

darf sich da nichts vorwerfen. Wenn wir immer das konsumieren, was aktuell geschrieben und gesendet wird, kommen wir ins Schleudern. Es ist viel zu viel - und man erfährt über Ramstein so gut wie gar nichts.

Deshalb ist meine Empfehlung, sich gezielt zu informieren. Am besten informieren wir uns in verschiedenen Medien - in den etablierten und in den sogenannten alternativen -, allerdings gezielt zu Themen und zu bestimmten Fragestellungen. Darüber hinaus ist es wichtig geworden, sich themenbezogen durch Experten, Whistleblower und Autoren zu informieren, die unabhängig veröffentlichen. Viele von ihnen geben Interviews und schreiben Bücher, manche halten Vorträge oder haben einen eigenen YouTube-Kanal.

Dieses Vorgehen ist zu allen wichtigen Themen möglich, sei es zu den Themen Frieden, Wirtschaft, Umwelt, soziale Gerechtigkeit und auch zum Thema Corona.

Wir sollten auch mehr und mehr selbst entscheiden, wie wichtig uns welches Thema ist und unseren Medienkonsum entsprechend selbst dosieren. Warum sollte jemand anderes als wir selbst darüber bestimmen, was wirklich wichtig ist?

Ebenso führt die einseitige Konzentration auf Aktualität meiner Meinung nach in die Irre. Viel zu oft wurden schon viel zu lange viel zu verlogene Geschichten erzählt und aufgrund der angeblichen Aktualität bis ins Detail vom Leser oder Zuschauer verinnerlicht. Die angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak 2003 sind vielleicht das bekannteste Beispiel dafür.

Viel effektiver ist es doch, gezielt nach Fragestellungen vorzugehen. So findet man auch, das ist meine Erfahrung, in den NATO-nahen Medien noch die interessantesten und kritischsten Artikel, etwa mit Google News. Es gibt ja fast überall ehrliche und mutige Journalisten. Ihre Geschichten landen dann nur meistens nicht auf den Titelseiten.

Eine aktuelle Entwicklung stimmt mich optimistisch: US-Präsident Donald Trump plant offenbar den Abzug von mehreren Tausend US-Soldaten aus Deutschland. Der SWR bezieht sich hierzu auf das Wall Street Journal und auf Infos aus Regierungskreisen der USA. Demzufolge würden 9.500 der derzeit in Deutschland dauerhaft stationierten 34.500 US-Militärs bis September 2020 abgezogen.

Zum Abschluß noch mein Appell an meine Kolleginnen und Kollegen, an alle Journalisten: Wir leben heute in turbulenten und auch revolutionären Zeiten. Auch heute gibt es mutige Menschen, die das Zeitgeschehen kritisch hinterfragen. Laßt sie bitte zu Wort kommen so wie damals Brandon Bryant.

Gebt eure Bedeutung für unsere freie Meinungsbildung, für unsere Demokratie nicht einfach auf!

Liebe Journalisten, ich weiß nicht, ob euch das klar ist: Die Macht liegt nicht unbedingt immer da, wo die größten Waffen sind. Sehr viel Macht liegt bei euch. Die Macht liegt in jedem einzelnen von uns.

Bitte vereinbart eure Macht mit eurem Gewissen. Wir alle leben nicht ewig. Am Ende vom Tag können wir nichts mitnehmen, außer dem Ausmaß an Wahrheit und Liebe, das wir gelebt haben.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 29. Juli 2020 (x1.000/...):

>>Dringender Weckruf: Corona-Impfung greift in DNA ein!

... Nach monatelangen massiven Beschränkungen der Persönlichkeitsrechte sehnen sich viele Menschen wieder nach einem "normalen Leben", mit allen persönlichen Freiheiten. Der Schlüssel zu dieser Rückkehr liegt gemäß Bundesforschungsministerin Anja Karliczek nur in einem noch zu entwickelnden neuen Impfstoff.

Dafür will die Bundesregierung laut Tagesschau bis zu 750 Millionen Euro ausgeben. Unmißverständlich bringt es ein Eckpunktepapier der Bundesregierung auf den Punkt: "Die Corona-Pandemie endet, wenn ein Impfstoff für die Bevölkerung zur Verfügung steht." Diese absonderliche Definition zum Ende der Corona-Pandemie wirft die Frage auf: Übt der Impfloobbyist

Bill Gates möglicherweise doch mehr Einfluß auf die Regierung aus als offiziell zugegeben wird?

Dieser möchte nämlich laut ARD-Interview vom 12. April 2020 die gesamte Weltbevölkerung von 7 Milliarden Menschen gegen Corona durchimpfen. Allerdings mußte selbst Gates in einem Interview offen zugeben, daß er durch diese Corona-Impfung 700.000 Impfschadensfälle erwartet. Da bereits nach der "Schweinegrippe-Impfkampagne" viele irreversible Impfschäden, wie z.B. die Schlafkrankheit Narkolepsie, anerkannt werden mußten, dürfte diese Prognose weit untertrieben sein.

Wir bringen Ihnen heute einen dringenden Weckruf, der vor einer noch weit größeren Gefahr durch neuartige Impfstoffe gegen Coronaviren warnt, weil diese Impfstoffe direkt in die DNA des Menschen eingreifen. Diese sogenannten RNA-Impfstoffe könnten nämlich noch weit mehr als die von Gates bereits prognostizierten 700.000 Impfschadensfälle verursachen. Diese Besorgnis wird von einer Vielzahl von Experten bestätigt.

Wir nennen hier nur zwei Beispiele: Dr. med. Wolfgang Wodarg ist Lungenfacharzt, langjähriger Leiter eines Gesundheitsamtes, SPD-Bundestagsabgeordneter von 1994-2009, langjähriger Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im deutschen Bundestag, Initiator des Schweinegrippe-Untersuchungsausschusses Als Arzt und Gesundheitspolitiker sagt er: "Diese Impfung verändert den Menschen, der geimpft wird, genetisch.

Wir regen uns auf über genetisch veränderte Pflanzen und Tiere. Jetzt sollen wir durch solche Impfungen gentechnisch verändert werden ... Jetzt sollen Milliarden Menschen geimpft werden. Das ist völlig unverantwortlich. Ich kann den Menschen nur empfehlen: Lassen Sie ihre Kinder nicht impfen, lassen Sie sich nicht impfen mit einem so fahrlässig in kurzer Zeit hergestellten Impfstoff. Das ist Geschäftemacherei."

Professor Dr. Stefan Hockertz ist ein deutscher Wissenschaftler, Direktor des Instituts für Experimentelle und Klinische Pharmakologie und Toxikologie am Universitätskrankenhaus Eppendorf von 2003-2004; seit 2004 ist Hockertz selbstständig. Er erklärt die neuartige RNA-Impfung wie folgt: Es soll "freies genetisches Material ... in unsere Zellen direkt hineingebracht werden und dann von unseren Zellen abgelesen werden.

Dies bedeutet ganz klar eine gentechnologische Veränderung des Menschen. ...

Wir wissen insbesondere nicht, ob nicht auch in den Keimzellen, also den Eizellen der Frau oder den Spermazellen des Mannes, dieses genetische Material eingebaut wird und damit vererbt wird."

Offensichtlich wissen auch die Impfstoffhersteller um die Gefahr von Erbgutveränderungen, denn die Teilnehmer an der klinischen Erprobung dieser neuen "Gen-Impfstoffe" müssen sich zu einer strengen Schwangerschaftsverhütung verpflichten. Daß bei diesen unverantwortlichen "Gen-Experimenten" am Menschen nicht mit offenen Karten gespielt wird, zeigt auch die Tatsache, daß im Gentechnikgesetz Genveränderungen direkt am Menschen nicht verboten, sondern per Definition ausgenommen sind.

Daß der Gesetzgeber die Impfstoffhersteller bei empfohlenen oder verordneten Impfungen obendrein noch von jeglicher Haftung für Impfschäden an Leib und Leben der Bürger befreit hat, stellt einen politischen Skandal ohnegleichen dar.

FAZIT: Ein auf Gen-Manipulation basierender Impfstoff wird keinesfalls eine Pandemie beenden, sondern könnte eine dramatische menschliche Katastrophe auslösen. Genveränderte Lebensmittel sind als solche offen zu deklarieren und werden von der Mehrheit der Bevölkerung strikt abgelehnt.

Noch weit mehr Menschen würden eine Impfung rigoros ablehnen, wenn sie offen und transparent darüber informiert würden, daß diese direkt ihre eigenen Gene verändert. Hier wird definitiv eine rote Linie überschritten, denn die Bevölkerung ist nur deshalb arglos, weil die Massenmedien fast nie kritisch über Impfungen berichten. Die Gretchenfrage lautet daher:

Warum klären die Massenmedien die Bevölkerung nicht über die Risiken dieser RNA-Impfung umfassend auf? Könnte dieses unverantwortliche Verschweigen bzw. Beschwichtigen gar durch Pharma-Werbeinnahmen erkaufte worden sein? ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 16. August 2020 (x1.000/...): >>Der perfide Plan des "World Economic Forum" 2020

Daß es sich bei Corona nicht um eine Pandemie, sondern um eine Plandemie handelt, kann man mit wenigen Klicks auf der Internetplattform des "World Economic Forum" (WEF) 2020 feststellen. Es geht um eine digitale Transformation der Welt via Corona, die gravierende Auswirkung auf die gesamte Menschheit hat, nämlich das Ende der Natur geschaffenen Menschheit. ...

Erstens: Wir wissen, daß Corona eben viele Logikprobleme bietet. Bei den einen Versammlungen ist es ansteckend, bei anderen Versammlungen ist es nicht ansteckend. Wir wissen, daß Corona oftmals in Quarantäne nicht ansteckend ist. Wir wissen, daß Corona hauptsächlich in öffentlichen Räumen mit Klimaanlage ansteckend ist. Wir wissen, daß es viele, viele verschiedene Symptomaten gibt, die nicht einheitlich einem "Virus" oder sonstigem zuzuordnen sind, sondern sehr, sehr, sehr unterschiedliche Krankheitsbilder.

Und wir wissen, daß Corona im Prinzip in den schweren Verläufen mit Lungenaffektion usw. die Symptome von Feinstaub hat, dieselben Patienten, also dieselbe Klientel hat, also daß die älteren Menschen mit Diabetes und Herz-Kreislaufvorerkrankungen eher daran sterben. Gut, das wissen wir. Das fragen wir uns alles - dann wissen wir auch, daß der Corona-Virus direkt zielgenau die Selbstständigkeit trifft, jede Form von Selbstsicherung, kleine Geschäfte, kleine Betriebe. Corona wird so oft ausgerufen, bis der letzte Betrieb, bis der letzte Laden verstaatlicht ist - bis wir alle am bedingungslosen, also universellen Grundeinkommen hängen, wie es Papst Franziskus schon längst fordert. ...

Dann gehen wir weiter, wir wollen wissen, ist es eine Plandemie oder ist es eine Pandemie. Dann gehen wir weiter auf das World Economic Forum, WEF 2020. Dort klicken wir an: "Plattform", von "Plattform" gehen wir auf die "Covid Action Platform" das Zeichen ist übrigens dasselbe wie bei "Black lives matter" (US-Bewegung "Schwarze Leben zählen"). Von dort gehen wir dann weiter, scrollen also ganz ... weit runter, bis wir zur schematischen Darstellung von einem Corona-Virus kommen. Dort klicken wir die "Covid Transformations Map" an, das ist die digitale Transformation der Welt via Corona.

Deswegen heißt sie auf dem World Economic Forum "Corona Transformations Map". Wir warten, bis diese aufgegangen ist. Wir klicken jetzt an: "Avoiding COVID-19 Infection and Spread". (Vermeidung von COVID-19-Infektion und Ausbreitung) Dann sehen wir diese Pfeile, die sich hineindrehten, so daß es oben auf "Global Governance" (Globale Steuerung") geht. So, dann wissen wir, Corona will die globale Regierung, also einer Weltregierung auf den Thron helfen. Deswegen heißt sie auch "Corona" - sie will die NWO krönen.

Dann wissen wir eigentlich jetzt schon an diesem Punkt, daß es keine Pandemie ist, sondern eine Plandemie - - - daß alles Absicht ist! Keine Verschwörungstheorie, sondern Masterplan vom World Economic Forum, wo Bill Gates eine sehr große breite Position hat. So, wenn wir das angeklickt haben, sehen wir auch "Global Health", schaut euch das an. Dann klickt in "Global Health" hinein. Dann dreht sich die ganze Scheibe wieder und ihr könnt euch mal kurz anschauen, was alles mit "Global Health" gemeint ist - unter anderem eben - genau! "Engineering".

Dann gehen wir von dort aus auf "Biotechnology". Das dreht sich rein, und dann schaut euch an "Enhanced Genes" (verbesserte Gene). Dann gehen wir dort auf "Human Enhancement", zu Deutsch Menschenverbesserung, übersetzt: Eugenik, Menschenzucht. Und wenn wir das in der Mitte stehen haben, dann kommt ihr auf das Genom "Engineering", das heißt 5G. Wir wissen alle, daß Bestrahlung, egal in welcher Form, schnell oder eben langsam sterilisiert. 5G

ist permanente Dauerbestrahlung, und das wird die Keimzellen und Genome unserer Kinder zerschießen.

In 10 bis 15 Jahren werden wir feststellen, daß sie keine Kinder mehr kriegen können: Massensterilisation! Das heißt, Schöpfungskinder wird es nicht mehr geben, also durch die Natur geschaffene Kinder, sondern nur noch industriell produzierte Kinder. Industrielle Menschenherstellung nennt sich das. Genom-Engineering (Eingriffe ins Erbgut) - alles schon vorge-dacht! Daß, wenn wir keine Kinder mehr kriegen können - auch nicht sollten - weil sie ja 58,6 Tonnen CO2 ausstoßen und deswegen die Umwelt belasten und wir wahrscheinlich eine CO2-Währung bekommen - - - müssen wir bei der Firma einen Antrag stellen, ob wir überhaupt ein Kind bekommen und wenn, dann ein "genom-engineertes" Kind.

Damit sind wir ein Produkt der Firma, der Industrie. So und jetzt geht bitte - und das ist das Letzte - auf "Neuroscience" (Neurowissenschaften), also wenn ihr "Human Enhancement" habt, dann findet ihr auch "Neuroscience" oder geht auf "Biotechnology", dann findet ihr "Neuroscience". Klickt in "Neuroscience" rein, in die Mitte, und dann seht ihr, daß man versucht, auf der neurologisch-biologischen Ebene zum Decision-Making (Entscheidungsfindung), zum "Behaviourism" (Verhaltensweise) zu kommen, das ist die Steuerung des freien Willens. Alles auf dem World Economic Forum sichtbar. Keine Verschwörungstheorie - - - Masterplan! Schaut es euch an.

Nochmal zu der "Neuroscience", mit der wir dann "Decision-Making" und "Behaviour" steuern, also den freien Willen und das Verhalten der Menschen. Dieses "Decision-Making" - ich hab das schon mal reingestellt - gibt es eine Studie, wie man mit Nanopartikeln, die sich neuronal andocken, und 5G-Wellen bzw. Mobilfunkwellen eben den Willen beeinflussen und steuern kann. Das ist das Ende der Menschheit! Das ist die Entmenschlichung der Menschheit! Das ist der Angriff auf alles Menschliche, was es auf Erden gibt! Und es ist, als würde man den Seelenbaum vom "Avatar" zerschießen, bombardieren, zerstören.<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 19. September 2020 folgender Bericht über die "Souveränität" der Bundesrepublik Deutschland \(x1.014/...\): >>Vasallenpolitik](https://kenfm.de ...)

Die deutsche Regierung beugt sich einmal mehr dem Tiefen Staat der USA

Ein Standpunkt von *Peter Frey*

Das Beharren der Deutschen Regierung, insbesondere auch der Deutschen Kanzlerin Angela Merkel, auf die Fortführung und Fertigstellung des Projekts Nord Stream 2, war ein Symptom für gewisse Emanzipationsbestrebungen gegenüber der "einzigartigen Nation", sprich den USA. Inzwischen unterwerfen sich die Spitzen in Berlin jedoch auch bei diesem Thema immer mehr dem unverhohlenen ausgeübten Druck aus Washington.

Der Umgang deutscher Politik mit dem Druck, den diese aus den USA in Bezug auf die Fortführung und Fertigstellung einer zweiten Erdgas-Pipeline aus Rußland für den mitteleuropäischen Markt erfuhr, ist ein Lehrbeispiel dafür, wie die Machtverhältnisse im sogenannten transatlantischen Bündnis tatsächlich aufgestellt sind. Der Kotau bei Nord Stream 2 vor den Eliten der "einzigartigen Nation" verschmilzt nunmehr mit dem dienenden Handeln in anderen Bereichen von Politik und Wirtschaft; darin selbstverständlich eingeschlossen die "Coronakrise".

Mehr noch, wird immer offensichtlicher, daß die europäischen Staaten sogar die Drehbücher für die Umsetzung US-amerikanischer, ja globaler Elitenpolitik, als politisch-mediale Vorgaben entgegennehmen und brav umsetzen. Das globale Projekt der "*Bekämpfung eines tödlichen Virus*" weist klar erkennbar Parallelen zum Abwürgen des regionalen, allerdings strategisch bedeutsamen Erdgasprojekts mit Rußland auf. Mit allen möglichen Tricks will man dieses zum Scheitern bringen, und geradezu zwangsläufig wird auf betrügerische Mittel zurückgegriffen.

Was hinter der Sabotage von Nord Stream 2 tatsächlich steckt, zwitschern die Spatzen seit Jahren von den Dächern. Es ist nur allzu offensichtlich, daß Wirtschafts- und Politeliten aus den USA einerseits einen Mitbewerber - der ein deutlich attraktiveres Angebot vorzuweisen hat - aus dem Erdgasgeschäft mit Mittel- und Westeuropa herausdrängen möchten.

Sich der US-Alternative von Fracking-Gas zuzuwenden, ist jedoch einfach nur wirtschaftlicher Unsinn. Ganz so wie in der "Coronakrise" sich der einflußreiche und global vernetzte Pharmasektor enormer Subventionen aus den öffentlichen Kassen Dutzender Staaten erfreut - und überhaupt erst dadurch seine Geschäftsmodelle profitabel gestalten kann -, pumpt man staatliche Gelder in die Fracking-Gas-Infrastruktur und legt gleichzeitig die entstehenden höheren Kosten auf die Kunden um.

Das Ganze ist auch ökologisch unsinnig, was die vorgeblichen Ökoaktivisten der deutschen Grünen trotzdem nicht davon abhält, Stimmung für diesen Umweltfrevel mit Fracking-Gas zu betreiben. Dabei müßten deren Politspitzen - was die Nutzung von Fracking-Gas betrifft - normalerweise im Kreis laufen; aber was ist schon normal. Ausgerechnet deren Klimahysteriker, die sich kaum einkriegen, die "Treibhausgas-Katastrophe" herbeizubeten, befürworten ein Projekt, bei dem enorme Mengen von Methan freigesetzt werden. Methan wird als "Treibhausgas" die 85fache Wirkung von Kohlendioxid zugerechnet.

Dabei weiß die angebliche Öko-Partei seit langem ganz genau, was Fracking für desaströse Auswirkungen auf die Umwelt hat, wie eine von ihr selbst gefertigte Analyse aus dem Jahre 2011 aufzeigt.

Die grüne Agenda ist somit eine verbohrt, mittels jahrzehntelanger transatlantischer Indoktrination erworbene, beziehungsweise angepaßte Ideologie, welche sich offensichtlich hervorragend zur Einführung neuer, Geld vermehrender Wirtschaftsprojekte ausnutzen läßt. Und so sind die Grünen auch Vorreiter eines globalen Umweltfrevels, welcher mit der weltweiten "Erneuerung des Pkw-Parks" durch Elektroautos verbunden ist.

Das korreliert eindrucksvoll mit einem vor ihren Ziehvätern dienenden Rußland-Haß, womit die Grünen auch im Deutschen Bundestag einen Teufel tun werden, nationale Interessen zu vertreten. Vielmehr sind sie bereits seit geraumer Zeit Aktivisten bei allem, was die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland in Mitleidenschaft zieht - womit wir zur Inszenierung dieser Tage kommen.

Es sind gute Zeiten, um zu erkennen, wie billig die Vorwände und Provokationen eigentlich sind, über die man die eigene, abhängige, von fremden Interessen gesteuerte Politik zu legitimieren sucht, und das eben nicht nur, was die sogenannte Coronakrise betrifft.

Als der damalige US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell seit 2019 immer unverhohlener mit Drohgebärden gegenüber dem deutschen "Partner" aufwartete, um die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu verhindern, waren die Reaktionen aus den Regierungskreisen in Berlin - nun ja - kläglich. Washington focht es nicht an, daß seine Sanktionsdrohungen durch kein Völkerrecht gedeckt sind, und auch nicht, daß es die deutsche Regierung damit bloßstellte.

Was da im Hintergrund noch für Drohungen aus den USA bei deutschen Politikern einlaufen, wissen wir nicht, aber es gibt diese mit Sicherheit. Womit wir zum Prinzip von Ursache und Wirkung, zu kausalen Zusammenhängen kommen. Politik verdreht diese nämlich oft und gern, um den Bevölkerungen erzwungenes, unakzeptables, oft völkerrechtswidriges und nicht zuletzt - auch aus Sicht der eigenen Interessen - absurdes Handeln, als notwendig, gar alternativlos verkaufen zu können.

Aufmerksame Zeitgenossen werden geradezu zwangsläufig auf die sogenannte Skripal-Affäre gestoßen. Um was ging es damals eigentlich: um die Aufklärung eines Verbrechens? Natürlich nicht, vielmehr gab es einen enormen Druck aus den USA auf die europäischen Staaten, neue Sanktionen gegen Rußland zu verhängen, und zwar gegen deren ureigene wirtschaftliche und politische Interessen.

Dafür mußte ein Vorwand geschaffen werden, der vom Skript her gar nicht blöd genug sein konnte. Hauptsache er würde emotional stark genug wirken, um das Bild der bösen Gift spritzenden Russen aus Putins Kreml als Bedrohung der alternativlosen westlichen Demokratie in die Herzen und Hirne der Menschen pressen zu können.

Nicht starke Indizien, geschweige denn Beweise - welche ja auch niemals offengelegt wurden - zählten, sondern ganz einfach nur die über Jahrzehnte aufgebauten Feindbilder. Feindbilder benötigen keine Rationalität, keine logischen Argumentationsketten. Sie bedienen sich vielmehr aus der emotionalen Trickkiste der Propaganda, schüren Ängste und Mißtrauen, verunglimpfen, diffamieren.

Im privaten Alltag würde man Menschen, die so etwas befeuern, meiden, ehe man ihnen erlaube. Was bei Letzterem arg negative Konsequenzen im sozialen Zusammenleben zur Folge hätte. Aber den Haßpredigern aus Politik und Medien wird noch immer, mehr oder weniger blind vertraut, deren holzschnittartige Bilder von Gesellschaften und Menschen unkritisch aufgenommen, und leider auch weitergegeben.

Die *"Vergiftung"* Nawalnys ist nichts weiter als die billige Kopie der Inszenierung des *"von den Russen vergifteten Skripals"*.

So also wurde einmal mehr das Bild des im Kreml hockenden, heimtückischen Giftmischers aus der bordeigenen Giftküche (der Propaganda) geholt, einzig um die eigene Unterwerfung unter die US-Interessen als angeblich souveräne, begründete Politik verkaufen zu können. Der Drang zum Ausbau der eigenen Macht ist immer verbunden mit dem versichernden, buckelnden Blick zu den noch Mächtigeren.

Noch einmal schauen wir auf die US-Politik. So wie seine Vorgänger vertritt auch Donald Trump als US-Präsident die Interessen mächtiger Verbände aus Industrie und Finanzen. Dazu gehört auch der Öl- und Gassektor. An diesem Punkt wird offenkundig, daß das Protestpotential einer deutschen Öko-Partei gegen Trumps Ignoranz transatlantischer Klimaziele rasch schwindet, wenn es ans Eingemachte geht.

Denn es ist Donald Trump höchstselbst, der vehement Druck auf die europäischen Staaten ausübt, das Fracking-Gas aus den USA zu beziehen. Nur so kann die Sparte dort überhaupt überleben. Der Ölpreis lag in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich unter der Gewinnschwelle und neben hunderten, kleinen Förderunternehmen sind davon auch Hedgefonds und logischerweise auch der weltgrößte Ausrüster für Fördertechnologie, Halliburton betroffen.

Zusammengefaßt bleibt zu sagen: Mit einer Schmierkomödie versucht sich die deutsche Regierung auf Druck der USA aus einem für beide Seiten - die russische wie die deutsche - vorteilhaften Vertrag herauszuwinden, und handelt damit klar ersichtlich wider die eigenen Interessen. Auch das ist alternativloses Handeln der Marke Angela Merkel. Es ist der Preis, wenn man einmal an der Macht schnupperte, denn die Überhebung schließt die Unterwerfung ein, und der Hegemon der letzten einhundert Jahre ist noch nicht abgetreten. Neben der "Coronakrise" ist dafür auch der Hick-Hack um Nord Stream 2 ein beredtes Beispiel. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 8. November 2020 (x1.000/...): >>Erzbischof deckt "Great Reset" durch Covid-19 auf

... Der ehemalige Apostolische Nuntius in den USA, Vatikandiplomat und Titularerzbischof Carlo Maria Viganò, macht wiederholt von sich reden. Am 26. August 2018 enthüllte er, daß Papst Franziskus über die sexuellen Mißbrauchsfälle an Minderjährigen des Ex-Kardinals Theodore McCarrick schon seit Juni 2013 informiert war und nicht erst seit Juli 2018, als die New York Times darüber berichtete.

Seitdem ist er von seinen Ämtern und Aufgaben suspendiert und lebt im Untergrund. Aus Sicherheitsgründen hält Viganò seinen Aufenthaltsort geheim. Nachdem er sich 2020 mehrmals kritisch zu den Corona-Maßnahmen äußerte, wandte er sich nun Anfang November 2020 in

einem offenen Brief an den US-Präsidenten.

Hier einige Auszüge aus dem ins Deutsche übersetzten Brief:

OFFENER BRIEF

An den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ...

Herr Präsident, Erlauben Sie mir, Sie in dieser Stunde, in der das Schicksal der ganzen Welt durch eine globale Verschwörung gegen Gott und die Menschheit bedroht ist, anzusprechen. Ich schreibe an Sie als Erzbischof, als Nachfolger der Apostel, als ehemaliger apostolischer Nuntius der Vereinigten Staaten von Amerika. ...

Täglich spüren wir, wie sich die Angriffe derjenigen mehren, die die eigentliche Grundlage der Gesellschaft zerstören wollen: die natürliche Familie, die Achtung vor dem menschlichen Leben, die Liebe zum Heimatland, die Freiheit der Bildung und der Wirtschaft. Wir sehen, wie Staatsoberhäupter und religiöse Führer diesem Selbstmord der westlichen Kultur und ihrer christlichen Seele Vorschub leisten, während die Grundrechte der Bürger und Gläubigen im Namen eines gesundheitlichen Notstands verweigert werden, der sich immer mehr als Instrument für die Errichtung einer unmenschlichen, gesichtslosen Tyrannei entpuppt.

Ein globaler Plan mit der Bezeichnung "Great Reset" ist im Gange. Sein Architekt ist eine globale Elite, die die gesamte Menschheit unterwerfen will, indem sie Zwangsmaßnahmen durchsetzt, mit denen die individuellen Freiheiten und die der gesamten Bevölkerung drastisch eingeschränkt werden. In mehreren Ländern wurde dieser Plan bereits genehmigt und finanziert, in anderen befindet er sich noch in einem frühen Stadium. Hinter den Staats- und Regierungschefs der Welt, die Komplizen und Vollstrecker dieses infernalischen Projekts sind, stehen skrupellose Persönlichkeiten, die das Weltwirtschaftsforum und Veranstaltungen wie "Event 201" finanzieren und für ihre Agenda werben.

Der Zweck des Great Reset ist die Einführung einer Gesundheitsdiktatur, die auf die Verhängung libertizider Maßnahmen abzielt, versteckt hinter verlockenden Versprechungen zur Sicherung eines universellen Einkommens und zum Erlaß individueller Schulden. Der Preis für diese Zugeständnisse des Internationalen Währungsfonds ist der Verzicht auf Privateigentum und das Festhalten an einem von Bill Gates in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Pharmakonzernen geförderten Impfprogramm gegen COVID-19 und COVID-21.

Abgesehen von den enormen wirtschaftlichen Interessen, die die Befürworter des Great Reset motivieren, wird die Einführung der Impfung mit der Forderung nach einem Gesundheitspaß und einem digitalen Personalausweis einhergehen, mit der sich daraus ergebenden Kontaktverfolgung der Bevölkerung der ganzen Welt. Diejenigen, die diese Maßnahmen nicht akzeptieren, werden in Internierungslagern eingesperrt oder unter Hausarrest gestellt, und ihr gesamtes Vermögen wird konfisziert.

Herr Präsident, ich nehme an, daß Ihnen bereits bekannt ist, daß in einigen Ländern der Great Reset zwischen Ende dieses Jahres und dem ersten Trimester 2021 aktiviert wird. Zu diesem Zweck sind weitere Lockdowns geplant, die offiziell durch eine angebliche zweite und dritte Welle der Pandemie gerechtfertigt werden. Sie wissen sehr wohl, welche Mittel eingesetzt wurden, um Panik zu säen und drakonische Einschränkungen der individuellen Freiheiten zu legitimieren, die auf raffinierte Weise eine weltweite Wirtschaftskrise provozieren.

Nach den Absichten ihrer Architekten wird diese Krise dazu dienen, eine Rückkehr der Nationen von dem Great Reset unmöglich zu machen und damit einer Welt den letzten Schlag zu versetzen, deren Existenz und Erinnerung vollständig ausgelöscht werden soll.

Aber diese Welt, Herr Präsident, umfaßt Menschen, Zuneigungen, Institutionen, Glauben, Kultur, Traditionen und Ideale: Menschen und Werte, die sich nicht wie Automaten verhalten, die nicht wie Maschinen gehorchen, weil sie mit einer Seele und einem Herzen ausgestattet sind, weil sie durch ein geistiges Band miteinander verbunden sind, das seine Kraft von oben bezieht, von jenem Gott, den unsere Gegner herausfordern wollen, so wie es Luzifer zu Be-

ginn der Zeit mit seinem "non serviam" tat. ...

Bis vor einigen Monaten war es leicht, diejenigen als "Verschwörungstheoretiker" zu verleumden, die diese schrecklichen Pläne anprangerten, von denen wir heute sehen, daß sie bis ins kleinste Detail ausgeführt werden. Niemand hätte bis Februar dieses Jahres gedacht, daß in all unseren Städten Bürgerinnen und Bürger verhaftet werden, nur weil sie auf die Straße gehen, atmen, ihr Geschäft offen halten und am Sonntag in die Kirche gehen wollen. Doch nun geschieht es überall auf der Welt ...

Und während sich die Politiker in ihren Palästen verbarrikadieren und Dekrete wie persische Satrapen verkünden, scheitern die Geschäfte, schließen die Läden, und die Menschen werden daran gehindert, zu leben, zu reisen, zu arbeiten und zu beten. Die katastrophalen psychologischen Folgen dieser Operation sind bereits sichtbar, beginnend mit den Selbstmorden verzweifelter Unternehmer und unserer Kinder, die von Freunden und Klassenkameraden getrennt sind und denen gesagt wird, sie sollen dem Unterricht folgen, während sie zu Hause allein vor dem Computer sitzen. ...

Und doch taucht inmitten dieses düsteren Bildes, dieses scheinbar unaufhaltsamen Vormarschs des "unsichtbaren Feindes", ein Element der Hoffnung auf. Der Feind weiß nicht zu lieben, und er versteht nicht, daß es nicht ausreicht, ein allgemeines Einkommen zu sichern oder Hypotheken zu kündigen, um die Massen zu unterjochen und sie davon zu überzeugen, wie Vieh gebrandmarkt zu werden.

Dieses Volk, das allzu lange die Mißbräuche einer haßerfüllten und tyrannischen Macht erduldet hat, entdeckt wieder, daß es eine Seele hat; es versteht, daß es nicht bereit ist, seine Freiheit gegen die Homogenisierung und Aufhebung seiner Identität einzutauschen; es beginnt den Wert der familiären und sozialen Bindungen, der Bande des Glaubens und der Kultur zu verstehen, die ehrliche Menschen vereinen.

Dieser Great Reset ist zum Scheitern verurteilt, weil diejenigen, die ihn geplant haben, nicht verstehen, daß es immer noch Menschen gibt, die bereit sind, auf die Straße zu gehen, um ihre Rechte zu verteidigen, um ihre Lieben zu schützen, um ihren Kindern und Enkeln eine Zukunft zu geben. Die nivellierende Unmenschlichkeit des globalistischen Projekts wird angesichts des entschlossenen und mutigen Widerstands der Kinder des Lichts kläglich zerbrechen. ... Gott segne die Vereinigten Staaten von Amerika!

Carlo Maria Viganò Titularerzbischof von Ulpiana. Ehemaliger apostolischer Nuntius in den Vereinigten Staaten von Amerika.<<

Der deutsche Ökonom Klaus Schwab und der französische Ökonom Thierry Malleret berichteten 2020 in ihrem Buch "Covid-19. The Great Reset" (x363/8): >>"Viele von uns fragen sich, wann sich die Dinge wieder normalisieren werden. Die kurze Antwort lautet: niemals."<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x358/79) = Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen, Seite 79.

x355	Barmettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x356	Barmettler, André (Hg.): <u>Corona-Hysterie ohne Beweise</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 32. Mai 2020. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x359	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Dresden 1945</u> . Die Toten, die Täter und die Verharmloser. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

Internet

x948	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/04/die-europaeische-union-von-anfang-an-instrument-der-us-geostrategie/#more-5772 - November 2019
x949	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/09/23/die-eu-als-vorstufe-zu-einer-weltregierung/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.026	https://www.planet-wissen.de/technik/energie/elektrizitaet/blackout-deutschland-ohne-strom-100.html - September 2021
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.062	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/der-tod-vor-unserer-haustur – Januar

	2022
x1.075	https://eike-klima-energie.eu/2019/12/10/der-klimawahnsinn-gefaehrdet-die-lebensgrundlagen-von-milliarden-menschen/ - März 2022
x1.109	https://www.rubikon.news/artikel/die-selbsterstörung-deutschlands - April 2022
x1.138	https://www.kla.tv - April 2022
x1.158	https://www.lunapark21.net/harmloser-vermoegensverwalter/#more-4715 - September 2022
x1.159	https://www.lunapark21.net/acht-maenner-besitzen-mehr-als-die-aermere-haelfte-der-weltbevoelkerung/#more-5206 - September 2022
x1.160	https://www.lunapark21.net/volle-kraft-gegen-nord-stream-2/#more-5890 - September 2022
x1.165	https://www.kla.tv - September 2022
x1.165	https://www.kla.tv - September 2022
x1.166	https://www.nachdenkseiten.de/?p=49420 - September 2022
x1.167	https://www.nachdenkseiten.de/?p=50975 - September 2022